

Preussische Allgemeine

Nr. 47 · 26. November 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Der Mann dahinter

Während sich Olaf Scholz auf die Übernahme der Kanzlerschaft vorbereitet, soll Lars Klingbeil neuer SPD-Co-Chef werden. Ein Porträt **Seite 3**



Geschichte Wussten die USA vorab vom Angriff auf Pearl Harbor? **Seite 11**



Reise Kelchsau hofft aufs Ende des neuen Lockdowns in Österreich **Seite 21**

FOTOS: FLORIAN GAERTNER/PHOTOTHEK/PA, MAURITIUS, SILVIA SEEBACHER

AUFGEFALLEN

Der Umgang mit Kimmich: Ein Alarmruf

Es scheint, als habe sich ein Rudel von Medienmachern wie eine gierige Meute in den FC-Bayern-Star Joshua Kimmich verbissen. Sobald erneut eine Quarantäne für den Fußballer und einige seiner Mannschaftskollegen angeordnet wird, ist von der „Gruppe um Joshua Kimmich“ die Rede, als handele es sich bei dem 27-Jährigen um eine Art Rädelsführer.

Um zu begreifen, wie absurd und durchschaubar die Kampagne gestrickt ist, sollte man noch einmal an den Anfang zurückgehen. Was hat der Profisportler verbrochen? Auf minutenlanges, intensives Nachfragen eines Journalisten hin hatte Kimmich angegeben, sich erst impfen lassen zu wollen, wenn ein erprobter „Totimpfstoff“ zugelassen sei, weil es mit den neuartigen mRNA-Substanzen noch keinerlei Langzeiterfahrungen gebe.

Dem mag man zustimmen oder nicht. Doch: Das Grundrecht, selbst zu entscheiden, welche medizinischen Eingriffe man an seinem Körper zulässt, wird bei der Jagd auf den Fußballer völlig ignoriert. Welche Schleuse wir öffnen, wenn wir irgendwelchen Autoritäten (politischen, medizinischen oder wissenschaftlichen spielt keine Rolle) die Macht einräumen, über unseren Körper zu bestimmen, flankiert von gezielt entfachtem öffentlichen Druck, das scheint kaum jemandem bewusst zu sein. Hier fällt auf, wie weit die historische Erinnerung an Machtmissbrauch bereits aus dem Gedächtnis vieler Deutschen verschwunden ist. **H.H.**

GESUNDHEITSPOLITIK

Plan- und konzeptlos in den nächsten Corona-Winter

Während die Infektionszahlen dramatisch ansteigen, zeigen sich die politisch Verantwortlichen wieder einmal nicht vorbereitet

VON RENÉ NEHRING

Fast zwei Jahre nach Entdeckung des neuartigen Coronavirus und rund ein Jahr nach Beginn der Impfungen dagegen erlebt Deutschland in Sachen Corona ein Déjà-vu: Seit Anfang Oktober steigen die Zahlen der täglich registrierten Neuinfektionen scheinbar unauffällig, allein am Freitag vergangener Woche waren es rund 65.000 neue Fälle – wohlgernekt an einem einzigen Tag. Auch die Zahlen der schweren Krankheitsverläufe und der Todesfälle in Verbindung mit dem Coronavirus steigen seitdem, wenngleich nicht so sprunghaft.

Ein Déjà-vu-Erlebnis bietet auch die deutsche Gesundheitspolitik, allen voran Minister Jens Spahn. Doch auch die anderen Entscheider vermitteln nicht das Gefühl, Herren des Geschehens zu sein – oder nur ein realistisches Bild von der Lage zu haben. So gibt es bis heute keine verlässlichen Angaben darüber, wie viele Menschen ursächlich an Corona gestorben sind und wie viele lediglich mit dem Virus. Dass eine solche Erhebung – die zwingend erforderlich ist, um die Gefahr von Corona endlich fundiert bewerten und bessere Schutzmaßnahmen entwickeln zu können – möglich ist, zeigen die Italiener (siehe die Meldung auf Seite 6).

Undurchsichtig ist auch die Lage in den Krankenhäusern. So musste die Öffentlichkeit unlängst zur Kenntnis neh-

men, dass trotz zusätzlicher Milliarden des Bundes für den Ausbau der Krankenhauskapazitäten heute tausende Intensivbetten weniger zur Verfügung stehen als noch vor einem Jahr (wie viele Plätze genau abgebaut wurden, scheint niemand genau zu wissen, zumindest gibt es in den Statistiken unterschiedliche Angaben). Bleibt die Frage, was aus den vielen Sondermitteln geworden ist beziehungsweise wohin diese geflossen sind.

Streitthema Impfen

Fatal ist, dass die Gesundheitspolitik aufgrund ihres mangelhaften Wissensstandes noch immer keine spezifischen Schutzkonzepte für die Bedürfnisse der jeweiligen Alters- und Berufsgruppen entwickelt hat – zum Beispiel für Schulen, Betriebe oder die Krankenhäuser und Pflegeheime. Stattdessen drohen abermalige Lockdowns und Ausgangssperren für ganze Bevölkerungsgruppen wie die Ungeimpften – sowie eine gesetzliche Impfpflicht für all jene, die sich bislang einer Immunisierung verweigern.

Natürlich ist es für die behandelnden Ärzte mehr als ärgerlich zu wissen, dass sich unzählige Infektionen sowie die meisten schweren Krankheitsverläufe und Todesfälle durch eine Immunisierung mit einem Vakzin vermeiden ließen. Gleichwohl ist es erschreckend zu sehen, wie wenig Aufwand in eine überzeugende Aufklärung der Impfskeptiker investiert und

stattdessen über administrative Zwangsmaßnahmen nachgedacht wird (siehe hierzu auch den Kommentar auf Seite 8).

In diesem Zusammenhang ist auch das Wort vom „Wellenbrecher“ zurück. Zwar wird dieses derzeit noch ohne den Zusatz „Lockdown“ gebraucht, doch haben Gesundheitsexperten in den letzten Tagen wiederholt von „Wellenbrecher-Maßnahmen“ gesprochen. Worauf das hinauslaufen kann, zeigte sich Ende Oktober 2020, als Bundeskanzlerin Merkel einen „Wellenbrecher-Lockdown“ verkündete, der zunächst nur vier Wochen dauern sollte, „um Weihnachten zu retten“, letztlich jedoch mehr ein halbes Jahr andauerte und den Deutschen empfindliche Eingriffe in ihre Grundrechte mit teilweise nächtlichen Ausgangssperren und Demonstrationsverboten brachte.

Das jüngste Beispiel für die Planlosigkeit der deutschen Corona-Politik ist der Umgang mit den Weihnachtsmärkten. Just in der Woche nach Totensonntag, in der die Märkte öffnen dürfen, verfügen zahlreiche Länder und Kommunen auch schon wieder deren Schließung. Die Händler, für die das Advents- und Weihnachtsgeschäft fast immer die wichtigste Einnahmequelle im Jahr ist, erleiden nicht nur drastische Einnahmeausfälle, sondern bleiben auch noch auf den Waren sitzen, die sie gerade erst gekauft haben.

Für den bevorstehenden Winter verheißt all das nichts Gutes.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Das Datenchaos bei der Erfassung von Geimpften und Ungeimpften **Seite 4**

Kultur

In Halle an der Saale erstrahlt die Himmelsscheibe von Nebra in neuem Glanz **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit feierte ihr 30-jähriges Bestehen **Seite 13**

HINWEIS

Beilage Dieser Ausgabe liegt eine Information von „CATO – Magazin für neue Sachlichkeit“ bei



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Populismus Während linke Parteien in Europa seit Langem etabliert sind, galten rechte Kräfte als Randfiguren des Politikbetriebs. Anders als in Deutschland hat sich dies in den vergangenen Jahren vielerorts geändert

Der Wandel einstiger Schmuddelkinder

Ein Überblick über die Lage in verschiedenen europäischen Ländern

VON ROBERT MÜHLBAUER

Der Umgang mit rechten Konkurrenzparteien spaltet nach wie vor die europäischen Parteien. In Deutschland sitzt nun zum zweiten Mal die Alternative für Deutschland im Bundestag. Die etablierten Parteien versuchen sie mit einem scharfen Ausgrenzungskurs zu schwächen und zu isolieren. Die Rhetorik ist scharf, unversöhnlich auf beiden Seiten. In einer bemerkenswerten Formulierung hatten sowohl CDU-Chef Markus Söder als auch der gescheiterte CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet gesagt, man müsse die AfD „bis aufs Messer“ bekämpfen. Gemeinsame parlamentarische Initiativen oder Absprachen sind völlig tabu, zumindest in Westdeutschland. In Mitteldeutschland könnte die Abgrenzung indes bald erodieren.

Österreich

Ein Blick ins europäische Ausland zeigt, dass dort die Schwesterparteien von CDU/CSU keineswegs alle die dortigen sogenannten Rechtspopulisten ausgrenzen. Einige haben sogar zeitweilig Koalitionen mit ihnen geschlossen, wie etwa die Österreichische Volkspartei (ÖVP) mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), bevor dieses Bündnis nach der Ibiza-Affäre zerbrach. Andere ließen Regierungen dulden oder kooperieren punktuell, manche nähern sich inhaltlich den Rechten oder „Rechtspopulisten“ an, wie man gerade beim Nachbarn westlich des Rheins beobachten kann.

Frankreich

Die extreme Ausgrenzung in Frankreich scheint zu Ende. Früher war dort die Rede von einem „cordon sanitaire“ – wörtlich: Seuchenabwehrgürtel –, der um den Front National gelegt werden sollte. Doch diese Strategie hat sich nicht bewährt und wird gelockert. Der rechte TV-Journalist Éric Zemmour, der vor einem „großen Austausch“ der Bevölkerung durch islamische Zuwanderer warnt, hat als (noch nicht offiziell erklärter) Präsidentschaftskandidat einen kometenhaften Aufstieg in Umfragen geschafft und zieht viele Blicke auf sich. Plötzlich gilt Marine Le Pen nicht mehr als die „extreme Rechte“, sondern wird schon als die „Moderatere“ wahrgenommen.

Die Rechte beherrscht in Frankreich nach einem Jahrzehnt mit blutigen islamischen Terroranschlägen und Aufständen in den Ghettos der Vorstädte den nationalen Diskurs über Einwanderung, Islam und Identität. Das hat zur Folge, dass die wichtigsten Kandidaten von „Les Républicains“, der Partnerpartei der deutschen CDU/CSU, einen scharf immigrationskritischen Kurs eingeschlagen haben. Michel Barnier, früherer EU-Kommissar und Brexit-Unterhändler, verlangt ein mehrjähriges Moratorium, also einen temporären Stopp für außereuropäische Zuwanderung. „Frankreichs Mitte-Rechts tanzt nach Zemmours Immigrationspfeife“, titelte jüngst die Londoner Wirtschaftszeitung „Financial Times“. Wer nächstes Jahr gegen Präsident Emmanuel Macron in die Stichwahl kommt, ist unklar, aber sowohl Le Pen als auch Zemmour haben gute Chancen.

In Skandinavien haben sogenannte rechtspopulistische Parteien schon seit drei Jahrzehnten die nationale politische Landschaft aufgewühlt und verändert. In Kopenhagen, Oslo und Helsinki nahmen sie in den letzten Jahren direkt oder indirekt Einfluss auf Regierungen und haben inhaltlich den Kurs mitgeprägt. Besonders deutlich ist das in Dänemark, wo die regierenden Sozialdemokraten die Einwanderungs- und Integrationspolitik inzwischen weitgehend den Forderungen der rechten Dänischen Volkspartei angepasst haben. Auch wenn die Volkspartei bei der Folketing-Wahl 2019 Federn ließ, hat sie inhaltlich doch viel bewegt.

Skandinavien

Bemerkenswert ist die Entwicklung in Schweden. Viele Jahre wurden die Schwedendemokraten (SD), die einst Wurzeln im harten rechtsextremen La-

ger hatten, von den anderen Parteien komplett ausgegrenzt, doch dieser Damm ist löchrig geworden. Die eskalierende Bandenkriminalität treibt die Wähler in die Arme der Partei (siehe Artikel unten). SD-Chef Jimmie Åkesson ist es im Frühjahr erstmals gelungen, eine gemeinsame Initiative mit den Liberalen, Konservativen (Moderate Sammlungspartei) und Christdemokraten für ein strengeres Einwanderungsgesetz zu schmieden. Damit hat er erstmals die Ausgrenzungsfrente durchbrochen.

Italien

In Südeuropa kamen in Italien Vertreter rechter und sogenannter rechtspopulistischer Parteien in den 90er Jahren in die Mitte-Rechts-Kabinette von Silvio Berlusconi, dessen Forza Italia wie die CDU/CSU im Parteienbündnis der Europäischen Volkspartei Mitglied ist. Die italienischen Rechten gelten nicht mehr als „Schmuddelkinder“, die am Rande stehen, sondern haben sich im Zentrum der Debatten festgesetzt, während die alte Christdemokratie nach Korruptionsskandalen implodierte.

Gegenwärtig liefern sich die Lega des ehemaligen Innenministers Matteo Salvini, die in der Draghi-Regierung Minister stellt, und die oppositionellen Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) von Giorgia Meloni einen Kampf um die Vorherrschaft im rechten Lager. Beide liegen in Umfragen knapp an der 20-Prozent-Marke. Die blonde Ex-Jugendministerin Giorgia Meloni, 44 Jahre alt und in deutschen Medien schon mal schauernd als das „Engelsgesicht des Postfaschismus“ vorgestellt, zählt zu den beliebtesten Politikern des Landes. Vor wenigen Wochen hat Berlusconi Salvini und Meloni in seine römische Villa Grande an der Via Appia eingeladen und dort das Bündnis der drei Parteien bekräftigt. Die nächste Parlamentswahl muss spätestens im März 2023 stattfinden. Manche sprechen davon, Meloni könnte die erste weibliche Ministerpräsidentin Italiens werden.

Spanien

Anders als in Italien ist in Spanien eine sogenannte rechtspopulistische Partei ein noch junges Phänomen. Erst Ende 2013 – also kurz nach der AfD – gründete sich Vox (Stimme), doch ist der Partei ein

bemerkenswerter Aufstieg gelungen. Bei der Wahl Ende 2019 kam sie unter der Führung von Santiago Abascal auf 15 Prozent. Gegründet wurde Vox von Abtrünnigen der Partido Popular (PP, Volkspartei), dem spanischen CDU-Pendant. Während der PP-Vorsitzende Pablo Casado zu Vox Abstand hält, regiert die Partei auf regionaler Ebene, beispielsweise in Madrid mit ihrer beliebten Regionalpräsidentin Isabel Ayuso, mit Stimmen von Vox. Erste Medien spekulieren schon darüber, dass auch auf nationaler Ebene Bündnisse denkbar erscheinen.

Ostmitteleuropa

Ganz anders als in Deutschland ist die parteipolitische Landschaft in den meisten Staaten Ostmitteleuropas, besonders in Polen und Ungarn, wo nationalkonservative Parteien seit Jahren die Szene dominieren. Ungarns Ministerpräsident Victor Orbán sagt, mit seinem strikten Ablehnungskurs gegen Einwanderer aus islamischen Ländern verteidige er das Abendland. Bis zum endgültigen Bruch in diesem Frühjahr saß Orbáns Fidesz-Partei in der EVP-Fraktion neben den Abgeordneten von CDU und CSU. Nächstes Jahr muss Orbán in einer Wahl seine Mehrheit verteidigen. Er ist derzeit ein zentraler Anziehungspunkt für viele Rechte in Europa – Le Pen, Zemmour und Meloni umwerben ihn, vor wenigen Tagen war Abascal in Orbáns Büro im Karmeliterkloster auf der Burg zu Besuch. Über Jahre war auch die CSU Orbán-freundlich, bevor sie unter Söder einen Linksschwenk machte.

Der europäische Überblick zeigt, dass christdemokratische oder konservative Parteien häufiger als gedacht mit sogenannten rechtspopulistischen Kräften kooperieren. Die Ausgrenzung der AfD muss nicht für die Ewigkeit sein. AfD-Parteiveteran Alexander Gauland sagte vor wenigen Tagen, sein Ziel sei es, „in die Union den Spaltpilz“ zu tragen, indem seine Partei Anträge stelle, die auch von einem bestimmten Kreis von CDU-Leuten stammen könnten. In der Opposition gegen die sich formierende Ampel-Regierung könnten Anknüpfungspunkte entstehen. „Wir müssen langfristig an eine Zusammenarbeit mit einer anderen Partei denken“, sagte Gauland. „Das kann nur die Union sein.“



Beim Schwedendemokraten-Logo ist die martialische Flamme einem zarten Blümchen in den Nationalfarben gewichen: Vorsitzender Åkesson auf einer Parteiveranstaltung

SCHWEDEN

Bullerbü auf Abwegen

In dem skandinavischen Wohlfahrtsstaat profitieren die Schwedendemokraten von den Folgen unkontrollierter Einwanderung

Fast jeden Tag eine Schießerei. Schweden ist längst nicht mehr die Idylle, die man aus Astrid Lindgrens Bullerbü-Romantik kannte. Stattdessen attackieren sich verfeindete Gangs und Drogendealer in den Vorstädten von Stockholm und Göteborg, in Malmö sowie kleineren Orten. Im vergangenen Jahr zählte die Polizei 366 Schießereien. 47 Menschen wurden dabei getötet, 117 verletzt. Fast jeden dritten Tag zündeten Bandenmitglieder Sprengstoff oder Handgranaten.

„Das sind hohe Werte, die wir weder akzeptieren noch uns daran gewöhnen“, sagte Innenminister Mikael Damberg von den Sozialdemokraten Anfang des Jahres, als er die Polizeistatistik vorstell-

te. Die Regierung sei „kompromisslos gegen die Banden“. Doch viele Schweden zweifeln inzwischen daran, dass die rot-grüne Regierung die Lage noch unter Kontrolle hat.

Sie werfen den Mainstream-Parteien inzwischen vor, mit der jahrzehntelangen unkontrollierten liberalen Einwanderungspolitik und einer oft scheiternden Integration den Boden für die Banden bereitet zu haben. Nach Angaben von Fachleuten ist etwa die Hälfte der Bandenmitglieder im Ausland geboren, etwa 85 Prozent besitzen einen Immigrationshintergrund, seien es Iraker, Afghanen, Syrer, Somali, Eritreer oder Nordafrikaner. Und trotzdem hatte Ministerpräsident Stefan

Löfven noch vergangenes Jahr jeden Zusammenhang zwischen Immigration und Kriminalitätszunahme geleugnet.

Das Thema Innere Sicherheit ist das wohl heißeste Eisen, das die nächste Regierungschefin Magdalena Andersson anpacken muss, die als Löfven-Nachfolgerin die wackelige rot-grüne Minderheitsregierung weiterführen soll. Das wird schwierig. Die Sozialdemokraten bekamen 2018 nur noch 28 Prozent der Stimmen, das schlechteste Ergebnis seit hundert Jahren.

Die zunehmende Unzufriedenheit der Wähler über die steigende Ausländerkriminalität und verfehlte Immigrationspolitik hat die rechte Partei Schwedende-

demokraten (SD) in den Wahlen beflügelt. 2010 zogen sie erstmals in den Reichstag ein, damals mit knapp sechs Prozent Stimmanteil. Bei der Wahl 2018 gewannen sie 17,5 Prozent. Im vergangenen Jahr übertraf die rechte Partei in Umfragen zeitweilig die Sozialdemokraten – entsprechend groß war die Panik.

Als die Schwedendemokraten in den späten 80er Jahren entstanden, kamen einige der Gründer aus der harten rechtsextremen Szene. Doch das ist lange her. Der 42-jährige Jimmie Åkesson, ein smarter Redner, der seit 2005 Parteivorsitzender ist, hat Neonazis und Hooligans rausgeworfen und der Partei ein freundliches Gesicht gegeben. Der früher geduldete

Antisemitismus wich betonten Pro-Israel-Botschaften. Die martialische Flamme als Parteilogo wurde durch eine blau-gelbe Blume ersetzt. Durch moderates Auftreten und eine konsequente Fokussierung auf das Thema Innere Sicherheit und restriktivere Immigrationsgesetze ist Åkessons Partei für das schwedische Bürgertum, besonders auf dem Land, wählbar geworden.

Aktuell liegen die Schwedendemokraten bei etwa 20 Prozent gleichauf mit den Konservativen. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass sie bei den nächsten Reichstagswahlen im September 2022 erstmals Einfluss auf eine Regierungsbildung bekommen. R.M.

Wendepunkte eines Genossenlebens

Nach dem Rückzug von Norbert Walter-Borjans wollen die Sozialdemokraten Lars Klingbeil zu ihrem neuen Co-Vorsitzenden wählen. Wer ist der Mann, der künftig Deutschlands älteste Partei führen soll? Ein Porträt

VON HOLGER FUSS

Das Berliner Hauptquartier der SPD ist benannt nach Willy Brandt. Eine 3,40 Meter hohe Bronze-Statue des Namenspatrons steht im Atrium des Hauses. Darum lohnt sich zunächst ein Blick zurück. Als Brandt 1964 Parteivorsitzender wurde, war er 51 Jahre alt, er hatte zwei Weltkriege überstanden, den letzten als Emigrant in Norwegen und Schweden. Er galt als „der deutsche John F. Kennedy“, war ein Liebhaber der Künste und der Frauen, und seine Strahlkraft litt weder unter seinem Alkoholkonsum und seinen Depressionen noch unter der Spionageaffäre um seinen Berater Günter Guillaume. 23 Jahre lang führte er seine Partei, er war ihr Zentralgestirn, ein Intellektueller und Friedensnobelpreisträger. Und als er 1987 wegen einer Frau zurücktrat, weil viele Genossen gegen seinen Vorschlag protestierten, die parteilose Margarita Mathiopoulos zur neuen Vorstandssprecherin zu machen, flossen in der SPD dennoch reichlich Tränen.

Der 20. Vorsitzende seit Brandt

Die goldene Zeit der deutschen Sozialdemokratie wird die Ära Brandt gerne genannt. Keiner seiner bislang 19 Nachfolger reichte an ihn heran. Beobachtern stockte bereits bei Martin Schulz der Atem, der 2017 Sigmar Gabriel ablöste. Ihm folgte Andrea Nahles ein Jahr darauf, sie wurde nach einem weiteren Jahr von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans („Nowabo“) abgelöst und dabei haben wir vier kommissarische Parteichefs schon übersprungen. Immerhin zwei Jahre hielt sich die Doppelspitze Esken/„Nowabo“, nun wird beim Bundesparteitag am 10. Dezember die Parteispitze neu gewählt.

Nachdem Walter-Borjans angekündigt hatte, nicht erneut zu kandidieren, Esken aber weitermachen will, wurde Generalsekretär Lars Klingbeil bestürmt, mit ihr die neue Doppelspitze zu bilden. Doppelspitzen sind immer Verlegenheitslösungen; wenn überzeugende Persönlichkeiten fehlen, muss ein Duo einspringen. Das Tandem steht für den zeitgemäßen Gestus von Machtverklemmtheit. Wer heute ganz nach oben will, muss etwas von Team murmeln. Bloß nicht den Anschein erwecken, als wolle einer alles alleine regeln. Auch wenn es vielen an Ideen gebricht – mitreden wollen alle gern, dieses Demokratiegefühl will keiner missen.

Die Doppelspitze hat die Aura eines Verwaltungsgremiums, nicht aber von einer Lichtgestalt, die die Massen begeistert und die Wähler überzeugt. Die Grünen haben es vorgemacht und ihre Chance, ins Kanzleramt einzuziehen, meisterlich verstoßen. Wäre Habeck alleiniger Parteivorsitzender gewesen, wäre die Lachkandidatur Annalena Baerbocks ein frauenfeindlicher Kabarettstreich geblieben. Auch die SPD-Doppelspitze hat sich bisher als reine Parteibereichsleitung verstanden. Kanzler zu werden und das Land zu regieren, haben Esken wie „Nowabo“ von sich gewiesen. Immerhin hierin haben sie ihre Grenzen erkannt.

Vom Außenseiter zum Primus

Lars Klingbeil ist aus anderem Holz. Als Generalsekretär hat er erstaunliche Ausdauer bewiesen und seit Amtsantritt 2017 vier Vorsitzende überstanden – Schulz, Nahles, Esken und „Nowabo“. Das will im Durchlauferhitzer des Willy-Brandt-Hauses einiges heißen. Dass er obendrein den SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz im vergangenen Bundestagswahlkampf aus der Außenseiterposition als Primus über die Ziellinie jagte, wird ihm ebenfalls zugutegehalten. Gewiss, Scholz gewann, weil seine Gegner noch weniger überzeugten, aber Erster ist eben Erster.



Hoffnungsträger vor Übervater: Lars Klingbeil im Berliner Willy-Brandt-Haus. Im Hintergrund die Statue des prägenden SPD-Vorsitzenden der 1960er bis 80er Jahre
Foto: pa

„Man muss eben mit dem Personal arbeiten, das vorhanden ist“, sagte einmal ein SPD-Funktionär, ehe er nach Jahrzehnten die Partei verließ und heute bei der FDP die Ampel-Koalition mitverhandelt. Zwei Jahre alt ist dieser Ausspruch, er gilt heute in unveränderter Tragik. Auch Klingbeil gilt bislang nicht als Galionsfigur, dem die Genossen zutrauen, nach innen und nach außen Feuer zu entfachen, um die Partei in die traditionell ersehnte „neue Zeit“ zu führen. Der letzte Sozialdemokrat, dem zumindest zeitweise so viel Charisma nachgesagt wurde, war Kevin Kühnert, den der „Spiegel“ im Juni 2019 auf den Titel hob mit der Zeile: „Kommt jetzt Kevin?“, weil ausreichend viele Parteifunktionäre in ihrer Verzweiflung den damals 29-jährigen Juso-Chef für tauglich hielten, die gesamte Partei zu führen. Nun wird Kühnert als Nachfolger Klingbeils als Generalsekretär gehandelt.

Jüngster SPD-Chef aller Zeiten

Wer sich in der Partei nach Klingbeil umhört, vernimmt allerlei Nettigkeiten, sympathisch scheint er auf alle zu wirken, selbst auf jene, die ihn für ein politisches Leichtgewicht halten. Der „Spiegel“ beschreibt den 1,96-Meter-Mann als „einen zu groß geratenen Teddybären, der sich seinen ständig wechselnden Vorsitzenden problemlos anpassen konnte“. Das Magazin zitiert einen „prominenten Sozialdemokraten“ mit der Einschätzung: „Klingbeil hat man ein Amt angetragen, das er objektiv nicht kann.“ Der SPD-Generalsekretär verfügte nicht über das intellektuelle Format seines Vorgängers Peter Glotz oder der CDU-Vordenker Heiner Geißler und Kurt Biedenkopf.

Was von den einen als ruhige, besonnene, unaufgeregte Art geschätzt wird, ist für andere der Ausweis eines mangelnden Killerinstinkts, der etwa sichtbar wurde, als 2019 die Suche nach dem neuen Parteivorsitzenden stattfand und sechs Kandidatenpaare ins Rennen gingen. Auch Klingbeil wollte sich bewerben, hielt sich aber aus Rücksicht auf seinen Mentor, Niedersachsens Ministerpräsident Ste-

phan Weil bedeckt. Der wiederum zauderte so lange, bis es auch für Klingbeil zu spät war, mit einer geeigneten Partnerin anzutreten.

Nun also der zweite Anlauf, der aller Voraussicht nach erfolgreicher sein wird. Klingbeil hat sich innerhalb weniger Monate vom Generalsekretär einer 15-Prozent-Partei mit einem aussichtslosen Kanzlerkandidaten zum Mit-Architekten der künftigen Kanzlerpartei katapultiert. Er entwarf die Wahlkampagne der SPD und hat in der Partei die Fäden wie ein heimlicher Parteichef in der Hand – was angesichts der profilschwachen Doppelspitze Esken/„Nowabo“ nicht eben schwer fiel.

Dabei hilft ihm zweifellos seine freundliche, beinahe arglos wirkende Wesensart, passend zum jugendhaften Gesicht und seinem Vorhaben, Politik auf eine neue Weise zu betreiben: „Die alten Machtrituale sind nicht mehr zeitgemäß“, verkündet er. „Man kann Politik auch anders machen. Man muss nicht als harter Hund auftreten, um etwas zu erreichen.“

Mit 43 Jahren wird Klingbeil der jüngste Parteivorsitzende sein, den die SPD jemals gesehen hat. Und so ist dieses weichgespülte Auftreten auch eine Signatur der nachwachsenden Generation. Es sind die Attribute, die seit den Achtundsechziger-Tagen schon so lange zirkulieren, dass sie selbst schon zu Stereotypen geronnen sind: bloß kein autoritäres Gebaren, flache Hierarchien, Teamfähigkeit, möglichst wenig Machtinsignien. Ikonografisch verkörpern diese Ästhetik der beschwichtigenden Lässigkeit Robert Habeck und Kevin Kühnert, wenn sie mit Drei-Tage-Bart und Kapuzenpulli vor die Kameras treten.

Locker im Umgang, hart in der Sache

Doch diese stilistische Beiläufigkeit sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Politik ohne Krawatte keineswegs sanftmütiger vorstättengeht. Vor Kurzem brachte der NDR die sechsteilige Doku-Serie „Kevin Kühnert und die SPD“, für die sich der damalige Juso-Chef drei Jahre lang mit der Kamera begleiten ließ. In einer Szene erleben wir die heutigen Parteichefs Esken/„Nowabo“ vor der ent-

scheidenden Stichwahl während sie sich wie Schulkinder von Kühnert briefen lassen.

Diese Szene reicht aus, um zu begreifen, dass die beiden Vorsitzenden niemals die Macht im Willy-Brandt-Haus innehaben werden. Die Sequenz erzählt darüber hinaus, dass die neuen Machtrituale der Freundlichkeit kaum weniger brutal und intrigant sind als die alten. Manch einer wünscht sich sogar die alten Haudegen zurück, weil ihnen die Maske der Arglosigkeit fehlte und sie deshalb berechenbarer waren.

Immerhin hat sich Klingbeil zwischenzeitlich sein Piercing aus seiner linken Augenbraue gezogen, für das ihn der damalige Generalsekretär Olaf Scholz bei ihrer ersten Begegnung in einer Kreuzberger Kneipe als Erstes tadelte. Das war 2005, Klingbeil war für wenige Monate als Nachrücker in den Bundestag eingezogen und gehörte noch zur Parlamentarischen Linken innerhalb der Fraktion. Heute ist er pragmatischer und zählt zum eher konservativen Seeheimer Kreis. „Solche Wendepunkte“, sagt er, „gab es einige in meinem Leben.“

Vom Parteilinken zum Bürgerlichen

So verweigerte der Sohn eines Bundeswehrsoldaten und einer Einzelhandelskauffrau nach der Schule den Wehrdienst, obwohl er im niedersächsischen Munster, mit 5000 Soldaten einer der größten Bundeswehrstandorte im Lande, aufwuchs. Lieber machte er Zivildienst bei der Bahnhofsmision in Hannover und spielte in einer Rockband. Noch heute hängt eine E-Gitarre in seinem Büro. Wenn er nachdenken muss, greift er in ihre Saiten. Seine militärkritische Haltung indes änderte sich, als Klingbeil während eines USA-Aufenthaltes die Anschläge vom 11. September 2001 in New York miterlebte. Während seines Studiums der Politik, Soziologie und Geschichte jobbte er im Wahlkreisbüro des damaligen Kanzlers Gerhard Schröder, den er heute einen „Freund“ nennt. Mittlerweile setzt er sich für eine Anhebung des Wehretats ein und hat keine Probleme damit, die Bundeswehr mit Drohnen zu bewaffnen.

Schon 2005 steckte Fraktionschef Peter Struck den jungen Abgeordneten in den Verteidigungsausschuss, in dem er seit seiner Rückkehr ins Parlament 2009 blieb. Nach der Bundestagswahl schien es für kurze Zeit als ausgemacht, dass Klingbeil unter einem Kanzler Scholz ins Verteidigungsministerium einrückte. Doch das Kabinett bleibt einem SPD-Vorsitzenden verschlossen. Die Wahl fiel Klingbeil offenbar nicht schwer: „Die Frage, ob man SPD-Chef werden will, bekommt man in seinem Leben wohl nur einmal gestellt.“

Wenn er am 10. Dezember gewählt wird, will er seine Partei „als moderne Volkspartei verankern, jung, divers und dynamisch“, gab er in der „Welt am Sonntag“ zu Protokoll. Für „ein sozialdemokratisches Jahrzehnt“ gelte es, „eine umfassende programmatische Idee zu entwickeln“. Sein Ziel ist, „dass wir als SPD ein großes gesellschaftliches Bündnis vom Facharbeiter bis hin zu den Aktivisten von Fridays for Future hinbekommen“.

Auch die Doppelspitze mit der 60-jährigen Saskia Esken dürfte nicht für die Ewigkeit gemeißelt sein. Am dringlichsten dürfte es wohl zunächst sein, dass der junge Co-Vorsitzende seine Tandempartnerin vor ihren berüchtigten verbalen Peinlichkeiten bewahrt. Gut möglich jedoch, dass von den beiden schon bald nur noch Lars Klingbeil übrig bleibt und er sich für die SPD zu einer Lifestyle-Figur wie Robert Habeck entwickelt.

● **Holger Fuß** ist Publizist und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und das Zeitgeschehen. 2019 erschien von ihm „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag).
www.m-vg.de

● MELDUNGEN

Düngerpreis „explodiert“

München – Nach Angaben des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) sind die Preise für Düngemittel „explodiert“ und haben nun ein „exorbitantes Niveau“ erreicht. Demnach lag der Abgabepreis für Kalkammonsalpeter im Oktober um 90,6 Prozent höher als im Vormonat. Kalkammonsalpeter ist in der Landwirtschaft der wichtigste Stickstoffdünger für Getreide, Raps und Mais. Der BBV wies darauf hin, dass bei diesem Preisniveau Landwirte nur noch vereinzelt bereit sind, geringe Düngermengen zu sichern. Das Kaufinteresse für Dünger geht nach Angaben des Verbandes gegen null. Der Bauernverband führt die Verteuerung der Düngemittel auf die drastisch gestiegenen Energiekosten und eine Verknappung chemischer Stoffe zurück. Als Reaktion darauf haben Hersteller von Düngemitteln ihre Produktion eingeschränkt. Einzelne Landhändler berichten inzwischen bereits von ausbleibenden Düngerlieferungen. N.H.

Gates fördert den „Spiegel“

Hamburg/Seattle – Das Online-Nachrichtemagazin „Der Spiegel“ hat im Oktober eine weitere finanzielle Zuwendung seitens der US-amerikanischen Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung zugesagt bekommen. Insgesamt sollen in den nächsten 41 Monaten 2,9 Millionen US-Dollar für die Rubrik „Globale Gesellschaft“ fließen. In dieser werden Themen wie Migration, globale Gesundheitspolitik, soziale Probleme und „Klimagerechtigkeit“ behandelt. Zwischen 2018 und 2020 hatte der „Spiegel“ bereits 2,54 Millionen Dollar von der Stiftung erhalten. Dazu kamen von 2016 bis 2018 weitere Zahlungen in Höhe von knapp 500.000 Dollar für Berichte über globale Nachhaltigkeit und Multimedia-Reportagen zu den Themen Migration und Flucht. Laut Auskunft des „Spiegel“ hat die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf redaktionelle Inhalte genommen und die „drängenden globalen Themen unserer Zeit“ wären auch ohne die Spenden behandelt worden. W.K.

Weltneuheit bei Küstrin

Küstrin – Die Deutsche Bahn hat im brandenburgischen Küstrin-Kietz den Grundstein für eine neue Eisenbahnbrücke gelegt. Weltweit bislang einmalig, soll die neue 260 Meter lange Netzwerkbogenbrücke Trageile aus dem elastischen Werkstoff Carbon statt Stahlseile erhalten. Als Fertigstellungstermin der vom Bund mit 65 Millionen Euro finanzierten Brücke hat die Deutsche Bahn Ende nächsten Jahres anvisiert. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sagte anlässlich der Grundsteinlegung, „Ziel von Brandenburg, Berlin und der Woiwodschaft Lubuskie“ bleibe es, dass „die stark nachgefragte Bahnverbindung Berlin-Küstrin einmal durchgehend elektrifiziert und zweigleisig mit Tempo 160 befahren werden kann“. Die alte, bereits in diesem Herbst abgerissene Eisenbahnbrücke bei Küstrin-Kietz war ursprünglich bereits 1867 als Teil der Preußischen Ostbahn von Berlin nach Königsberg (Pr) erbaut worden. N.H.



Wie viele der Patienten sind wirklich ungeimpft? COVID-19-Intensivstation einer Klinik in Deutschland

Foto: pa

CORONA I

Datenchaos bei Erfassung von Geimpften und Ungeimpften

Klarheit liegt nicht unbedingt im Interesse des Gesundheitsministeriums – und bis jetzt hat es auch nichts gegen das Chaos unternommen

VON WOLFGANG KAUFMANN

An Lob von oben mangelt es nicht. Bei der „erfolgreichen Bekämpfung“ der Pandemie spiele der öffentliche Gesundheitsdienst eine „Schlüsselrolle“, teilt das Bundesgesundheitsministerium auf seiner Internetseite mit. Das gelte auch für die 375 Gesundheitsämter. In der Realität tragen diese indes maßgeblich dazu bei, dass präzise und vollständige Daten zur Beurteilung der Pandemielage fehlen.

Ein typisches Beispiel hierfür sind die Angaben darüber, wie viele Geimpfte und Ungeimpfte jeweils symptomatisch an COVID-19 leiden beziehungsweise auf den Normal- oder Intensivstationen der Kliniken liegen. Die Gesundheitsämter melden zwar jeden positiv Getesteten akribisch an die zuständigen Landesbehörden, die dann ihrerseits das Robert-Koch-Institut informieren. Allerdings

„Da für einen Teil der COVID-19-Fälle die Angaben zum Impfstatus unvollständig sind, ist von einer Untererfassung der geimpften COVID-Fälle auszugehen“

Wochenbericht des RKI vom 11. November

schaffen sie es oftmals nicht, die Betroffenen zu kontaktieren, um deren Impfstatus abzufragen. In manchen Bundesländern fehlen diese Angaben daher bei bis zu 30 Prozent der Kranken oder Hospitalisierten. Das verzerrt die Statistik insbesondere dann, wenn Personen mit unbekanntem Impfstatus in den Tabellen des Robert-Koch-Institutes pauschal als Ungeimpfte deklariert werden, wie das bis zum 22. September gängige Praxis war. Außerdem erfolgt die Weitergabe der Informationen auf unterschiedlichen analogen und digitalen Wegen, darunter auch immer noch per Fax, weil nach wie vor nicht alle Gesundheitsämter die zur Verfügung gestellte Standard-Software nutzen. Das führt zu Übermittlungsfehlern und weiteren Datenverlusten.

Mangelnde technische Ausstattung

Doch auch die Kliniken tragen ihren Teil zum Erfassungschaos bei. Dies liegt

Unkenntnis über die Rechtslage

Aber selbst wenn die Krankenhäuser kooperieren, fehlen ihnen vielfach noch die Voraussetzungen zur digitalen Weiterleitung der Informationen. Deshalb kommen einmal mehr die urtümlichen Faxgeräte ins Spiel.

Aus all den genannten Gründen heißt es in den letzten Wochenberichten des RKI: „Da für einen Teil der COVID-19-Fälle die Angaben zum Impfstatus unvollständig sind, ist von einer Untererfassung der geimpften COVID-Fälle auszugehen. Ausreichende Angaben zum Impfstatus lagen für 81 Prozent der symptomatischen COVID-19-Fälle vor.“

Bislang hat das Gesundheitsministerium nichts gegen diese Missstände unternommen. Das weckt den Verdacht, dass genaue Daten, die das ganze Ausmaß der COVID-19-Erkrankungen bei Geimpften belegen, unerwünscht sind.

CORONA II

CovPassCheck-App nicht fälschungssicher

Wegen einer „Strafbarkeitslücke“ sind Fälscher kaum zu belangen

Adolf Hitler, geboren am 20. April 1889, wurde am 1. Oktober 2021 mit dem Comirnaty-Impfstoff von BioNTech/Pfizer gegen Corona „immunisiert“. Das jedenfalls attestiert ein digitales EU-Impfzertifikat mit QR-Code, welches das Signum der französischen Sozialversicherungsbehörde Caisse Nationale de l'Assurance Maladie (CNAM) trägt und aktuell im Internet Furore macht. Genauso wie die „Impfnachweise“ der Zeichentrickfiguren Micky Maus und SpongeBob Schwammkopf. Diese offenkundig gefälschten Bescheinigungen sind das Werk von Hackern, denen es gelang, die Verschlüsselungssysteme der Institutionen zu knacken, die für die Ausstellung der Zertifikate zuständig sind. Dafür war nicht viel kriminelle Energie nötig, weil die in einigen europäischen Staaten wie

Frankreich, Polen und Nordmazedonien verwendete Software Sicherheitslücken im Scheunentorformat aufweist.

Fake-Impfpässe können illegal im Internet erworben werden für einen Preis von 290 US-Dollar aufwärts. Und bis vor Kurzem war es kein Problem, mit diesen sämtliche „Privilegien“ eines Geimpften in Anspruch zu nehmen, denn die Schein-Zertifikate wurden von allen regierungsoffiziellen EU-Prüfprogrammen als echt eingestuft.

Das galt auch für die deutsche CovPassCheck-App, eine angeblich „sichere Lösung für unter anderem Gewerbetreibende und Behörden“, die das Robert-Koch-Institut (RKI) als „zentrale Einrichtung des Bundes im Bereich der Öffentlichen Gesundheit“ entwickelt und in Umlauf gebracht hat. Nach dem Be-

kanntwerden der Existenz von digitalen Impfpässen für Hitler, Micky Maus und Co. sah sich das Bundesgesundheitsministerium genötigt, eine technische Lösung zu finden, „um alle gefälschten Zertifikate sperren zu können“. Das soll angeblich nun gelungen sein. Allerdings berichteten mehrere IT-Experten von polnischen und französischen Impfnachweisen für Hitler, die von der CovPassCheck-App des RKI nach wie vor akzeptiert werden.

Damit steht zu erwarten, dass die deutschen Behörden genau wie die in Italien verfahren. Dort annullierte man einfach alle kompromittierten digitalen Schlüssel für die Ausstellung der Zertifikate. Das führte zum flächendeckenden Ungültigwerden der damit vergebenen korrekten „Grünen Pässe“.

Der deutsche Staat erwies sich bislang nicht nur in den Fällen als zahnloser Tiger, in denen Kriminelle digitale Impfzertifikate nachahmten. Er versäumte vielmehr gleichermaßen die Verabschiedung von gesetzlichen Regelungen zur Ahndung von Fälschungen einfacher papierner Impfausweise. So zeigte nun ein Urteil des Landgerichtes Osnabrück eine veritable „Strafbarkeitslücke“ auf: Die Herstellung manipulierter Gesundheitszeugnisse und deren Verwendung zum Zwecke der Erschleichung von Impfpässen kann nach derzeitiger Rechtslage nicht juristisch sanktioniert werden, wenn die Betrüger nur Apotheker täuschen und keine Behörden oder Versicherungen und darüber hinaus nicht als Impfberechtigte, sondern als Privatpersonen agieren. W.K.

MULTIKULTI

Staatsbürgerschaft als „Restposten“

Berlin: Rot-Grün-Rot will die Einbürgerung von Ausländern deutlich erleichtern und beschleunigen

VON NORMAN HANERT

Bereits im Jahr 2016 hatten in Berlin SPD, Linkspartei und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag für Rot-Rot-Grün das Ziel verkündet, „die Einbürgerungsquote zu erhöhen“ und „die landesrechtlichen Möglichkeiten für Einbürgerungen auszuschöpfen“. Doch wie schon in anderen Punkten des damaligen Koalitionsvertrages, etwa „Bezahlbares Wohnen für alle“ oder „Leistungsfähige Verwaltung und moderner öffentlicher Dienst“ ist auch die Erfolgsbilanz bei den Einbürgerungen dürrig geblieben.

Anders ist kaum zu erklären, dass nun bei den Koalitionsverhandlungen für ein rot-grün-rotes Bündnis erneut die Absicht verkündet wird, sich um das Thema Einbürgerungen kümmern zu wollen. Im Zuge der aktuellen Koalitionsverhandlungen haben die drei Parteien als Ziel vereinbart, in den kommenden Jahren deutlich mehr Immigranten als bisher die deutsche Staatsangehörigkeit zu verleihen.

Mehr noch: Die SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey kündigte an, dass das Thema für Rot-Grün-Rot sogar eine besondere Wichtigkeit bekommen solle. Giffey, die am 21. Dezember zur neuen Regierenden Bürgermeisterin gewählt werden soll, erklärte: „Es ist für mich und auch für uns ein ganz wichtiger Schwerpunkt in der nächsten Legislatur, dass wir das Thema Einbürgerungen stärker angehen, dass wir es besser organisieren und dass wir es auch zentraler organisieren.“

400.000 „Einbürgerungsfähige“

Nach Angaben der SPD-Spitzenkandidatin leben in Berlin 400.000 Menschen, „die einbürgerungsfähig wären“, jährlich würden aber nur 7000 eingebürgert. Als Ziel streben die Koalitionäre an, in Berlin jedes Jahr etwa 20.000 Personen einzubürgerern. Um dieses Ziel zu erreichen, will der künftige Senat offenbar die Einbürgerungen stärker in Landeshand überführen. „Es geht darum, dass wir zu einer Beschleunigung der Verfahren kommen“, so Giffey.

Der Vize-Chef der Berliner CDU, Falco Liecke, hat starke Zweifel, ob Rot-Grün-Rot dabei Erfolg haben wird. Aus Sicht von Liecke werden „die vollmundig vorgetragenen Ziele“ der Koalition, die Zahl der Einbürgerungen in Berlin dras-



„Pro Bezirk 1600 Verwaltungsverfahren im Jahr“: Einbürgerung in Berlin-Neukölln

Foto: pa

tisch zu erhöhen, sehr wahrscheinlich „an den verfahrenstechnischen Realitäten in den Bezirken scheitern“. Liecke, der selbst auch als Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister in Berlin-Neukölln fungiert, machte darauf aufmerksam, wie stark die Bezirke zulegen müssten, um die von Rot-Grün-Rot angepeilte jährliche Einbürgerungszahl zu erreichen. „Pro Bezirk würde dies über 1600 Verwaltungsverfahren im Jahr bedeuten.“

Laut Liecke haben fünf von zwölf Bezirken im vergangenen Jahr gerade einmal 300 Einbürgerungen oder noch weniger geschafft. Selbst Neukölln, bislang Zweitplatziertes bei der Zahl von Einbürgerungen, müsste nach Schätzung des CDU-Stadtrats seine Einbürgerungszahlen verdoppeln. Berlin-Mitte, bislang Spitzenreiter, müsste die Einbürgerungen um mehr als ein Drittel steigern, um das von Rot-Grün-Rot ausgegebene Ziel zu schaffen.

Für den CDU-Politiker ist unklar, woher in den Bezirken das zusätzliche Personal kommen soll. Tatsächlich haben die Bezirke nicht nur Probleme, den Berlinern zeitnah einen Termin auf den Bürgerämtern anzubieten, wenn es etwa um die Verlängerung eines Reisepasses oder eine Ummeldung geht. Auch die Einbürgerungsämter einiger Bezirke sind offenbar völlig überlastet. Der Sender rbb berichtet über den Fall eines Syrers, dem für die Abgabe seines Einbürgerungsantrages ein Termin im Dezember 2022 angeboten wurde.

Scharfe Kritik von der CDU

Schon jetzt zeichnen sich beim Thema Einbürgerungen zudem erste Differenzen in der künftigen Koalition ab. Die SPD-Landesvorsitzende Giffey machte die Aussage, bei den Voraussetzungen für die Einbürgerung sollten keine Abstriche ge-

macht werden. Die Grünen-Fraktionschefin Bettina Jarasch bestätigte zwar, bei dem Thema Einbürgerungen gelte das Bundesrecht. Sie schränkte aber auch ein, es gebe „Ermessensspielräume, die das Land nützen kann“. Die Grünen verwies dabei auf die Möglichkeit, Anträge schon vor Erreichen der vorgeschriebenen Mindestaufenthaltsdauer einreichen zu können. Auch bei der Bewertung von Sprachkenntnissen sehen Berlins Grüne offenbar Ermessensspielräume.

Der CDU-Landesvize Liecke hat ganz grundsätzliche Bedenken zu den Einbürgerungsplänen vorgebracht und gewarnt: „Die linke Mehrheit in Berlin will die Voraussetzungen für Einbürgerungen noch weiter aufweichen und damit letztlich Recht beugen. Aber auch Rot-Grün-Rot muss klar sein: Die deutsche Staatsangehörigkeit ist kein Restposten vom Grabeltisch.“

IMMIGRATION

Platz machen für mehr Asylsucher

Senatorin Breitenbach kritisiert Bezirke: Sie nehmen angeblich zu wenige „Flüchtlinge“ auf

Mehrere Hundert Personen haben am 14. November in Berlin vor dem Auswärtigen Amt für die Aufnahme von Migranten aus dem polnisch-weißrussischen Grenzgebiet demonstriert. Die Organisatoren der Demonstration forderten in einem Aufruf unter anderem „eine sofortige Grenzöffnung“ und „einen sicheren Korridor bis nach Deutschland“.

Währenddessen bekommt die Stadt Berlin zunehmend Probleme, noch weitere Asylbewerber unterzubringen. Nach Angaben des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) sind seit Jahresbeginn bereits rund 10.100 Menschen nach Berlin gekommen und haben Asylanträge gestellt. Zum Vergleich: Im Jahr 2019, also vor Ausbruch der Corona-Krise, stellten insgesamt etwa 6300 Personen in Berlin einen Asylantrag. Be-

dingt durch die besonderen Umstände durch die Corona-Pandemie sank die Zahl im vergangenen Jahr sogar auf rund 3700 Asylanträge ab.

Nach Angaben von Berlins Integrationsministerin Elke Breitenbach (Linkspartei) kommen derzeit jeden Tag etwa 100 „Flüchtlinge“ nach Berlin, von denen etwa 40 in der Stadt bleiben. Der Senat rechnet damit, dass mindestens bis ins Frühjahr 2022 die Zahlen von Asylsuchern, die unterzubringen sind, weiter ansteigen werden. Auch Alexander Straßmeier, Präsident des LAF, rechnet in den kommenden Monaten mit weiter steigenden Zahlen.

Bereits im Oktober hat Berlins Landesregierung beschlossen, zusätzliche Unterkunftsmöglichkeiten zu schaffen. Unter anderem auch mit Blick auf die La-

ge im polnisch-weißrussischen Grenzgebiet hat der Senat im Laufe des Novembers zusätzliche 1200 Unterbringungsplätze eingerichtet.

„Beginnen, in Not zu geraten“

Reaktiviert hat die Landesregierung unter anderem zwei Containerdörfer in Marzahn und Lichtenberg, die bereits 2015/2016 gebaut worden waren. Die wiedereröffneten Erstaufnahme-Unterkünfte in Marzahn hatten bereits ein Jahr Leerstand hinter sich, bevor sie Anfang November wieder in Betrieb genommen wurden. Bereits Mitte November war ein großer Teil der 400 Plätze mit Asylsuchern aus dem Irak, Syrien und der Republik Moldau belegt.

Breitenbach hat inzwischen auch die Berliner Bezirke kritisiert, weil diese aus-

sicht der Senatorin zu wenige Asylsucher aufnehmen. Streitpunkt zwischen Senat und Bezirken ist die Frage der Unterbringung von 1200 anerkannten Asylberechtigten oder Personen mit Duldungsstatus, die bis zum Jahresende aus einem Wohnheim des LAF in Einrichtungen umziehen sollen, die ihnen von den Bezirken bereitgestellt werden. Breitenbach erinnerte die Bezirke inzwischen daran, dass sie laut Gesetz für die Unterbringung anerkannter Asylberechtigter zuständig sind: „Wir haben diese Geflüchteten gern untergebracht, den Bezirken Amtshilfe geleistet und sie unterstützt. Aber jetzt, wo deutlich mehr neue Asylsuchende und zudem auch aktuell 300 afghanische Ortskräfte untergebracht werden müssen, beginnen wir in räumliche Not zu geraten.“

Hermann Müller

KOLUMNE

Advent, Advent

VON VERA LENGSELD

... nicht nur ein Lichtlein brennt, sondern ganz Berlin ist weihnachtlich illuminiert, auch wenn die Zeiten eindeutig vorbei sind, da die Lichterketten an den Bäumen Unter den Linden die Topmeldung der Abendnachrichten in Usbekistan und anderswo jwd (janz weit draußen) waren. Berlin hatte seine Hochzeit in den 90ern, seitdem geht es bergab. Nicht nur mit der Hauptstadt, sondern mit ganz Deutschland.

Kaum zu glauben, dass Anfang der 90er Jahre, elf Jahre vor Google Earth, von den Aktivisten des hiesigen Chaos-Computer-Clubs das Prinzip entwickelt wurde, nach dem heute alle Navigationssysteme der Welt funktionieren. Damals ließen sich die Entwickler ihre Innovation von einem Silicon-Valley-Spezialisten abhuchen, heute ist das nicht mehr nötig, denn der innovative Geist ist längst abgewandert.

Geblieben sind die Berliner Traditionen, zu denen alle Jahre wieder die Märkte gehören. Im vergangenen Jahr fielen die Corona zum Opfer, das sollte diesmal nicht wieder geschehen. Zwar sind einige Märkte abgesagt worden, so der sehr beliebte am Schloss Charlottenburg und der kleine, aber feine in Rixdorf. Der große Rest ist offen.

Berlin wäre nicht Berlin, wenn nicht ein bisschen Chaos herrschte. So mussten die Besucher des Weihnachtsmarktes auf dem Gendarmenmarkt an den Eingängen ihre Impf- oder Genesen-Nachweise vorzeigen. Dann ging es aber ohne Maske ins Advent-Vergnügen. Dagegen mussten auf anderen Weihnachtsmärkten wie vor dem Roten Rathaus und an der Gedächtniskirche nahe dem Ku'damm die Menschen Gesichtsmasken tragen. Aber dafür brauchen sie keine Impfnachweise.

Der Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche, weltberühmt geworden durch das Lkw-Attentat des Terroristen Anis Amri, wurde offiziell durch den Noch-Regierenden Bürgermeister Michael Müller eröffnet. Nach dem Wahlchaos müssen immer noch Einsprüche gegen die bloße Schätzung von Ergebnissen abgearbeitet werden. Erst dann kann die neue Regierung gebildet werden, die wieder Rot, Rot, Grün ist und die Hauptstadt zum „Vorbild für ganz Deutschland“ machen will, trotz Pleiten, Pech und Pannen.

MELDUNG

Kliniken im Krisenmodus

Berlin – Wegen der steigenden Zahl von COVID-19-Fällen haben alle Berliner Kliniken planbare Operationen abgesagt. Durch das Verschieben der Operationen hoffen die Notfallmediziner, Personal zum Einsatz auf den Intensivstationen umschichten zu können. Viele Kliniken hatten nach den hohen Belastungen im vergangenen Jahr den Weggang von erfahrenem Personal zu verzeichnen. Derzeit stehen in den Berliner Krankenhäusern nur noch 1051 Intensivbetten zur Verfügung. Dies sind etwa 150 weniger als vor zwölf Monaten. Laut Divi-Intensivregister hat Berlin aktuell auch noch eine sogenannte Notfallreserve von 334 Betten. Das Klinikpersonal, das durch die Absage verschiebbarer Operationen frei wird, soll es den Krankenhäusern ermöglichen, die Intensivbetten der Notfallreserven betreiben zu können. N.H.

● MELDUNGEN

Vakzine nur kurz wirksam

Umeå – Die Corona-Impfstoffe von BioNTech/Pfizer und AstraZeneca bieten bereits nach 210 beziehungsweise 120 Tagen keinen nachweisbaren Schutz mehr. Das geht aus dem Aufsatz „Wirksamkeit der COVID-19-Impfung gegen das Risiko einer symptomatischen Infektion, eines Krankenhausaufenthalts und eines Todes innerhalb von neun Monaten: Eine schwedische Kohortenstudie über die Gesamtbevölkerung“ von Peter Nordström und Marcel Ballin von der Universität Umeå hervor, der als Vorabdruck aus dem renommierten medizinischen Fachblatt „The Lancet“ erschienen ist. Gemäß dieser Studie haben die mit dem Vakzin von AstraZeneca Geimpften ab dem vierten Monat nach ihrer „Immunisierung“ sogar ein um 19 Prozent erhöhtes Risiko, symptomatisch an COVID-19 zu erkranken. Erklärungen hierfür konnten die Forscher nicht bieten. Die Erkenntnisse werden nun genutzt, um für alsbaldige Auffrischungsimpfungen zu werben. W.K.

Fast nur Vorerkrankte

Rom – Laut einem detaillierten aktuellen Bericht des in Rom ansässigen Istituto Superiore di Sanità, das in Italien ähnliche Funktionen erfüllt wie das Robert-Koch-Institut in Deutschland, hatten lediglich 2,9 Prozent der zwischen Februar 2020 und September 2021 registrierten „Corona-Opfer“ keinerlei Vorerkrankungen. Somit waren nur 3783 von insgesamt 130.468 „COVID-19-Toten“ in Italien ausschließlich an den Folgen ihrer Infektion mit SARS-CoV-2 gestorben. 11,4 Prozent litten an einer schweren Vorerkrankung, 18 Prozent an zwei und 67,7 Prozent an mindestens drei. Besonders häufig registrierte das ISS Bluthochdruck, Herzschwäche oder Herzrhythmusstörungen, Demenz, Diabetes, Krebs- oder Lungenleiden, massive Leber- oder Nierenprobleme sowie Autoimmunerkrankungen. Zudem war jeder Zehnte, der „an oder mit Corona“ starb, fettleibig oder hatte bereits mindestens einen Schlaganfall hinter sich. W.K.

EuGH kritisiert erneut Ungarn

Luxemburg – Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat abermals die Auffassung vertreten, dass ein ungarisches Gesetz gegen EU-Recht verstößt. Konkret geht es um das „Stop Soros“-Gesetz, mit dem Ungarn die Einflussnahme des Multimilliardärs und Spekulanten George Soros auf die ungarische Politik eindämmen will. Das Gesetz würde Aktivisten und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen, die Migranten dabei unterstützen, einen Asylantrag zu stellen, kriminalisieren, beklagt der EuGH. Polen hat jüngst durch sein Verfassungsgericht feststellen lassen, dass im Zweifel polnisches Verfassungsrecht vorrangig ist. Auf einen ähnlichen Konflikt mit Ungarn läuft die sich nun abzeichnende Kontroverse mit dem EuGH hinaus. Die Frage ist, ob die EU ein Bundesstaat oder ein Staatenbund ist. F.B.

UKRAINE

Deutsche Ortsnamen kehren zurück

„Dekommunierungsreform“ von 2016 machte sie möglich: Namensrückbenennungen im Raum Odessa

VON BODO BOST

Güldendorf, so nennen die ukrainischen Einwohner ihr Heimatdorf am nördlichen Stadtrand Odessas. Offiziell heißt der Ort im Schwarzen-Meer-Gebiet der Ukraine seit 1945 jedoch Krasnosilka.

Um die Erinnerung an die ehemaligen Bewohner zu löschen, bekamen damals die deutsche Wolgarepublik, deutsche Kreise und deutsche Siedlungen in der Sowjetunion neue sowjetische Namen. Aber wie in anderen Vertreibungsgebieten kannten auch die Neusiedler die Namen ihrer einst deutschen Orte. So auch in Güldendorf. Deshalb nennen viele ukrainische Bewohner den Ort auch heute noch so.

Als vor einigen Jahren die Ukraine begann, im Zuge ihrer Dekommunierungs-

reform Straßennamen und Orte von sowjetischen Namen zu säubern, hatten auch die Einwohner von Güldendorf Hoffnung geschöpft: „Krasnosilka klingt nach rotem (krasni) Dorf, aber nach einer Prüfung durch die Stadtverwaltung wurde entschieden, dass Krasnosilka von dem Adjektiv krasno (schön) abstammt, also übersetzt schönes Dorf heißt. Der Name Krasnosilka blieb.

Bewohner sprechen von Güldendorf

Die Bewohner des Ortes änderten jedoch ihre Sprachgewohnheiten nicht und wollten von dem sowjetisch klingenden Namen ihres Ortes nichts mehr wissen. Sogar das Ortsschild wurde abmontiert. Ein Klub für Intellektuelle und ein Tanzverein wurden in Güldendorf umbenannt, eine Initiative gründete während des Lockdowns eine Firma mit dem Na-

men „Taxi nach Güldendorf“. In der alten deutschen Kirche wollen die Güldendorfer ein Kulturzentrum einrichten, das auch ein Erinnerungsort für die ehemaligen Einwohner werden soll. Die heutigen Güldendorfer würden sich dort auch gern austauschen mit Nachkommen der deutschen Güldendorfer.

In anderen Gemeinden der Ukraine hat eine Umbenennung bereits stattgefunden: 2016 wurde das einst deutsche Lenintal bei Odessa im einstigen deutschen Großliebentaler Rajon wieder in Liebenal umbenannt. Von 1941 bis 1944 hieß der Ort in der rumänischen Besatzungszone Adolfstal und danach bis 2016 Lenintal.

Auch Güldendorf, das 1817/1830 von überwiegend aus Württemberg stammenden Familien gegründet wurde, gehörte zum Großliebentaler Rajon. Her-

zog Richelieu hatte das Gebiet nach der Gründung von Odessa 1794 im Auftrag des Zaren gekauft. 1944 wurden alle Güldendorfer in den Warthegau vertrieben.

Liebenal wurde bereits umbenannt

Nach Ende des Krieges gelangte ein Teil von ihnen in die Bundesrepublik Deutschland und in die DDR, ein anderer wurde von den Sowjets nach Sibirien und Zentralasien zur Zwangsarbeit deportiert. In ihre Heimat Güldendorf durften die Menschen auch Jahrzehnte nach Stalins Tod nicht zurückkehren. Heute leben keine Deutschen in Güldendorf oder in Liebenal. Allerdings in den Nachbarorten Peterstal oder Alexanderhilf gab es in den 1990er Jahren Containersiedlungen für russlanddeutsche Heimkehrer aus Zentralasien, von denen trotz starker Abwanderung nach Deutschland noch einige geblieben sind. In Peterstal (Petrodolinskoje) ist sogar die erste deutsche evangelische Kirche nach 1945 wieder gebaut worden.

Um Odessa herum gab es bis 1944 einen Gürtel deutscher Siedlungen und Kreise mit bis zu 250.000 Deutschen. Der bekannteste Ort war Lustdorf, dort war die mondänste Strandpromenade Odessas, deshalb wurde der Ort schon zur Zeitenzeit in die Stadt eingemeindet und erhielt Straßenbahnanschluss, angeblich die längste Straßenbahnlinie der Welt. Auch die dortigen Deutschen, ebenfalls aus Württemberg, wurden 1944 vertrieben und der Ort in Tschernomorka (Schwarzmeerdorf) umbenannt. Heute sprechen jedoch alle wieder in der Gegend von Lustdorf, weil dieser Name auch ein Qualitätsetikett ist.

Lustdorf, die „Perle am Meer“ heißen heute auch offiziell wieder der Strand des Ortes und ein Feriendorf, und viele Eigenheimbesitzer werben mit Lustdorf, um ihre Wohnungen zu vermieten. Auch eine Biermarke Lustdorf gibt es. Lustdorf ist heute der Geheimtipp in der durch den Verlust der Krim überlaufenen Urlaubsregion Odessa. Vor allem bietet Lustdorf den mit Abstand saubersten Strand der gesamten Region, ohne Algen und Quallen.



Wird heute wieder Lustdorf genannt: Der sauberste Strand Odessas

Foto: Yuri Kvach

ISLAM

Antiterror-Koalition ohne Deutsche

In Wien tagte ein Forum zur Bekämpfung von Parallelgesellschaften – Berlin schickte keinen Vertreter

Das „Vienna Forum on Countering Segregation and Extremism in the Context of Integration“ (Wiener Forum zur Bekämpfung von Parallelgesellschaften und Extremismus im Zusammenhang mit Integration) ist ein neues Forum, um Radikalisierung und Extremismus im Zusammenhang mit Migration und Integration zu entdecken und zu bekämpfen.

Belgien und Frankreich gehören zu den Ländern weltweit, die am meisten unter dem radikalislamischen Terror der letzten Jahre zu leiden hatten. Österreich und Dänemark zählen zu den Ländern der EU, die mit Deutschland im Fokus der Migrationswelle von 2015/16 standen und die ebenfalls schon von islamischem Terror heimgesucht wurden. Alle vier Länder zusammen haben jetzt mit dem Forum begonnen, Vorkehrungen gegen diese neue Art menschenverachtenden Terrors zu treffen. Sie haben sich deshalb zusammengetan, um Synergien im Kampf gegen den „politischen Islam“ zu verstärken. „Islamismus“ mache nicht an den Gren-

zen halt, die Kooperation innerhalb Europas müsse deshalb verstärkt werden, sagte die österreichische Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) am 28. Oktober in Wien.

Treffen soll nun jährlich stattfinden

Wien soll als „Kompetenzort gegen den politischen Islam“ etabliert werden, sagte Raab bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem dänischen Minister für Immigration und Integration Matthias Tesfaye, der beigeordneten Ministerin für Staatsbürgerschaft im französischen Innenministerium Marlène Schiappa und dem flämischen Vizepremier- und Integrationsminister Bart Somers. Das Forum soll ab sofort jährlich stattfinden. Langfristig sollen auch andere Länder an Bord geholt werden. Vor allem im Bereich Forschung und Vorbeugung müsse die Zusammenarbeit intensiviert werden.

Es gehe nicht darum, den Islam oder Muslime generell schlecht zu machen oder gegen sie zu kämpfen, betonten die

Minister aus den vier Ländern. „Wir kämpfen für Demokratie, unsere Werte und Aufklärung“, unterstrich Tesfaye, der selbst Sohn eines Flüchtlings aus Äthiopien ist. Der Kampf gegen Extremismus schließe auch den Kampf gegen Parallelgesellschaften ein, denn diese gefährdeten den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt, so Somers. „Wir dürfen es nicht erlauben, dass Migranten in Parallelgesellschaften abgleiten und sich dort radikalieren, wir müssen den Menschen deutlich machen, dass sie zu unserer Werte-Gemeinschaft gehören und sich zu ihr bekennen müssen, so verschieden wir sind“, sagte der belgische Minister.

Neben politisch Verantwortlichen sowie dem EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung Ilkka Salmi waren auch namhafte Experten zu dem Treffen geladen, darunter der französische Islamexperte Gilles Kepel, der schwedische Extremismusexperte Magnus Ranstorp, die dänische Religionswissenschaftlerin Lene Kühle, Lorenzo Vidino, der führende Ex-

perte zur Muslimbruderschaft in Europa von der George Washington University und Mouhanad Khorchide, Professor für Islamische Theologie an der Universität Münster.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass der Einfluss muslimischer Länder „auf ihre jeweiligen Migranten“ „Gift für die Integration“ sei. Alle EU-Staaten seien davon betroffen, sagte Raab. In Österreich sei es insbesondere der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der immer wieder die Religion Islam missbrauche, um Druck auf die türkische Gemeinschaft in der EU auszuüben.

Aus Deutschland waren keine Teilnehmer nach Wien gekommen. Auffallend ist, dass in den neuen Bundestag zwar wieder mehr Muslime eingezogen sind, aber nicht solche wie Seyran Ates, die vor dem politischen Islam warnen, sondern eher solche wie Lamya Kaddor, welche die politische Dimension des Islams kleinreden. Kaddor sitzt jetzt für die Grünen im Bundestag. B.B.

SCHWERINDUSTRIE

Die „klimaneutrale“ Neuerfindung eines deutschen Stahlgiganten

ThyssenKrupp verabschiedet sich von der Stahlproduktion, um Wasserstoff herzustellen

VON NORMAN HANERT

Noch vergangenes Jahr schien es so, als könnte die spöttische Deutung des früheren Firmennamens Krupp als „Kaum rentabel und praktisch pleite“ auch eine treffende Beschreibung für das Nachfolgeunternehmen, den Industriekonzern ThyssenKrupp, sein. Als der Konzern im Herbst letzten Jahres seine Geschäftszahlen vorlegte, stand unter dem Strich ein dicker Verlust von 1,8 Milliarden Euro. Zwölf Monate später konnte Konzernchefin Martina Merz für das Geschäftsjahr 2020/21 einen bereinigten operativen Gewinn (Ebit) von immerhin knapp 800 Millionen Euro melden.

Vor allem der Werkstoffhandel und der Anlagenbau haben zu diesem Ergebnis beigetragen. Bereits für das Geschäftsjahr 2021/22 peilt der Konzern einen Jahresüberschuss von mindestens einer Milliarde Euro an. Aus Sicht von Merz ist damit eine Trendwende erkennbar: „Es geht in die richtige Richtung bei ThyssenKrupp“, so die gelernte Maschinenbauingenieurin.

Trotz der guten Entwicklung des Essener Konzerns sorgte vor Kurzem ein Bericht des „Manager Magazins“ für Aufregung im Ruhrgebiet. Demnach plant ThyssenKrupp ein sogenanntes Spin-off, eine Ausgliederung seiner Stahlsparte. Dabei könnte die Stahlherstellung vom Kernunternehmen abgespalten und die Aktien der neuen Tochtergesellschaft an die Altaktionäre verschenkt werden. ThyssenKrupp würde möglicherweise nur noch eine Mini-Beteiligung halten.

Hohe Kosten für Dekarbonisierung

Für den Konzern, der Ende der 90er Jahre durch die Fusion der Stahlhersteller Krupp-Hoesch und Thyssen entstanden ist, wäre dies ein einschneidender Schritt, aber auch ein konsequenter Versuch eines



Neues Betätigungsfeld: Montage von Elektrolyse-Anlagen für die Herstellung von „grünem Wasserstoff“ bei ThyssenKrupp

Neuanfang. Bislang sind sämtliche Versuche, einen Käufer für die schwierige Stahlsparte zu finden, gescheitert. Zugleich muss sich aber die gesamte Stahlbranche in Europa auf hohe zusätzliche Investitionen gefasst machen. Nach dem Willen der EU-Kommission sollen die europäischen Stahlhersteller ihre Kohlendioxid-Emissionen stark absenken, bis im Jahr 2050 sogar eine „Klimaneutralität“ der Stahlerzeugung erreicht ist.

Für die Branche bedeutet der Verzicht auf Steinkohlekoks und die Umstellung auf kohlenstoffneutrale Technologien, et-

wa durch den Einsatz von Wasserstoff als Reduktionsmittel, extrem hohe Investitionen. Allein ThyssenKrupp beziffert die Kosten für die Dekarbonisierung seiner Stahlproduktion auf etwa zehn Milliarden Euro. Der Stahlhersteller Salzgitter rechnet für seinen Bereich mit rund drei Milliarden. Damit nicht genug. Die laufenden Kosten zur Herstellung des „klimaneutralen“ Stahls werden auf lange Sicht deutlich höher sein als bei der konventionellen Stahlherstellung.

Unter Merz, die seit 2019 Vorstandsvorsitzende ist, scheint ThyssenKrupp

diesen grundlegenden Wechsel der Branche samt den damit verbundenen hohen finanziellen Belastungen offenbar nicht mitmachen zu wollen, zumindest nicht als Hersteller von Stahl.

Großes Potential sieht die Unternehmenschefin dagegen im Geschäft mit Wasserstoff. Dieser wird mit den Dekarbonisierungsplänen der EU tatsächlich nicht nur in der Stahlherstellung eine wichtige Rolle spielen, sondern auch als Energieträger in der chemischen Industrie, im Verkehrssektor und auch als Heizungsmittel. Da die ThyssenKrupp-Sparte

Industrial Solution Großanlagen zur Produktion von Wasserstoff herstellt, kann der Essener Konzern ein großer Gewinner sein, wenn die Nachfrage nach dem Energieträger Wasserstoff in den kommenden Jahrzehnten ansteigt.

Einstieg in Elektrolyse-Anlagenbau

Bei den ambitionierten Zukunftsplänen des Konzerns spielt die Anlagenbau-Tochter ThyssenKrupp Uhde Chlorine Engineers eine besonders entscheidende Rolle. Das Gemeinschaftsunternehmen mit der italienischen Firma De Nora ist nämlich ein federführender Hersteller von Elektrolyse-Anlagen für die Produktion von sogenanntem „grünen“ Wasserstoff. Dieser wird durch Elektrolyse von Wasser hergestellt, zum Einsatz soll dabei ausschließlich Strom aus Erneuerbaren Energien kommen.

Mit in die Neuausrichtung passt das Engagement des Unternehmens bei dem Vorhaben „Dii Dessert Energy“. Dabei handelt es sich um eine Initiative, die aus dem gescheiterten Desertec-Projekt entstanden ist. Dessen Grundidee war es ursprünglich, im sonnenreichen Nordafrika kostengünstigen Solarstrom für die Region selbst, aber auch zur Versorgung Europas zu produzieren.

Obwohl namhafte Unternehmen Interesse zeigten und Investitionen von einer halben Billion Euro angekündigt worden waren, ist im Zuge des Desertec-Projekts kein einziges Solarkraftwerk gebaut worden. Viele deutsche Firmen haben die Initiative längst wieder verlassen. Bei der Wiederbelebung des Projekts, gelegentlich auch als „Desertec 3.0“ bezeichnet, will eine Industrieinitiative in Nordafrika und Nahost Solarstrom zur Herstellung von Wasserstoff und Ammoniak nutzen. ThyssenKrupp hat im November bekannt gegeben, als ein Hauptgesellschafter bei der Trägergesellschaft von „Dii Dessert Energy“ einzusteigen.

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich verschenke für ein Jahr befristet die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Zahlung per: Lastschrift Rechnung

Empfänger des Abos ist:

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____

Der **Geschenkgutschein** soll geschickt werden an:
 den Schenkenden den Empfänger des Abos

Bitte den **Bestellschein** einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Verschenken Sie Lesefreude

Die PAZ als Jahresabo für Ihre Lieben

40 Euro Prämie für Sie



Gleich unter
 040-41 40 08 42
 oder per Fax
 040-41 40 08 51
 oder online
www.paz.de/abo
 bestellen!



Zeitung für Deutschland
www.paz.de

KOMMENTARE

Zwei Argumente

MANUEL RUOFF

Zwei Argumente werden von interessierter Seite gerne gegen Nord Stream 2 ins Feld geführt. Das eine lautet, dass Russland die Gasversorgung als politische Waffe nutzen könne, indem es Deutschland den Gashahn zudreht. Die andere lautet, dass eine weitere Versorgungsleitung mit Gas nicht vonnöten sei, da wir ja ohnehin von diesem fossilen Energieträger weg wollten.

Beide Argumente haben, gelinde gesagt, mittlerweile an Glaubwürdigkeit verloren. So wird immer deutlicher, dass, wenn denn tatsächlich die Gefahr besteht, dass Gas als politische Waffe missbraucht und der Gashahn zugezogen wird, diese Gefahr doch eher vom Westen ausgeht. Wie sagte doch ganz offen Litauens Präsident Gitanas Nausėda diesen September in einem ZDF-Interview auf die Frage, ob er Möglichkeiten sehe, „den Betrieb der Pipeline einzuschränken, falls Russland seine Zusagen nicht einhält“?: „Wo eine Pipeline ist, ist auch ein Gashahn. Einen Gashahn kann man zudrehen.“

Ähnlich verhält es sich mit dem Argument, Gas sei ein Energieträger von gestern. Wir erleben derzeit einen schmerzhaften Gasmangel mit steigenden Preisen. Die Grünen unter den Nord-Stream-2-Gegnern mag das sogar klammheimlich freuen, aber nach außen hin wurden erst einmal reflexhaft Russland und dessen Präsident dafür verantwortlich gemacht. Inzwischen ist indes deutlich geworden, dass nicht nur Russland seine zugesagten Erdgasmengen geliefert hat, sondern auch dass die Nord-Stream-2-Gegner ungeachtet der Gasknappheit versuchen, die Nutzung dieser Versorgungsader Deutschlands mit neuen Mitteln zu sabotieren.

Statt schleunigst dafür zu sorgen, dass über diese neue Leitung das in Deutschland fehlende Gas geliefert werden kann, machen Politiker wie der grüne Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer gar kein Hehl daraus, dass sie und ihresgleichen versuchen werden, die Inbetriebnahme der fertigen Pipeline politisch und juristisch zu verschleppen. Was braucht ein Volk Feinde an seinen Grenzen bei solchen Volksvertretern?

Gretchenfrage Impfpflicht

RENÉ NEHRING

Die Frage einer Pflicht zum Impfen gegen das Coronavirus droht zum nächsten großen gesellschaftlichen Streitthema zu werden. Laut Umfragen lehnen mehr als ein Viertel der Deutschen eine Corona-Impfung kategorisch ab. Weder zweifelhaft Lockangebote wie die Gratis-Bratwürste von Olaf Scholz (die viele Skeptiker als Verhöhnung ihrer Sorgen empfunden haben dürften) noch der faktische Ausschluss von vielen Bereichen des öffentlichen Lebens durch die Abschaffung kostenloser Corona-Schnelltests und die gleichzeitige Umwandlung von „3G“ (Geimpft-Genesen-Getestet) auf „2G“ haben sie bislang zu einer Impfung bewegen können.

Allein die Zahl der Impfskeptiker zeigt die Unmöglichkeit einer Pflicht: Zwar gilt in einer Demokratie, dass auch mit einer Stimme Mehrheit regiert werden kann. Gleichwohl drohen bei einer zwangsweisen Impfung von 15 bis 20

Millionen Bürgern Verwerfungen, gegen die alle bisherigen Konflikte ein Kinder spiel sind.

Zudem geht es in dieser Frage um die Eingriffe in die Grundrechte deutscher Staatsangehöriger, konkret um das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das in Artikel 2 (2) des Grundgesetzes verankert ist und somit zu den vorrangigsten Bestimmungen unserer Verfassung zählt. Ein solches Recht lässt sich nicht einfach aushebeln, weil das Gesundheitswesen temporär an seine Belastungsgrenzen zu geraten droht. Ganz abgesehen davon, dass hierbei juristische Auseinandersetzungen drohen, die noch anhalten dürften, wenn die aktuelle Welle längst verebbt ist.

Ein weitaus überzeugenderer Weg sowohl der Bekämpfung der Pandemie als auch zur Überzeugung der Skeptiker wäre eine bessere Corona-Politik. Eine Politik, die das Gesundheitswesen in guten Tagen nicht kaputtspart und bei Zeiten auf absehbare Engpässe reagiert.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Von der polnisch-weißrussischen Grenze abtransportiert: Migranten im Logistikzentrum Bruzgi

Foto: action press

KOLUMNE

Entspannung an der Grenze?

FLORIAN STUMFALL

Nachdem sich die Lage an der weißrussisch-polnischen Grenze über Wochen teils dramatisch verschärft hatte, scheint inzwischen eine Beruhigung eingetreten zu sein. Die Zustände waren längst untragbar geworden, unzumutbar für die Menschen und zunehmend kompromittierend für die weißrussische Regierung in Minsk. Diese hatte denn auch beschlossen, das Lager an der Grenze aufzulösen.

Am 20. November meldete der weißrussische Grenzschutz, ein weiterer Aufenthalt der Migranten, darunter auch Kinder, wäre angesichts der sinkenden Temperaturen und der verheerenden Versorgungslage lebensbedrohend geworden. Tags zuvor waren erst gegen 800 Menschen, dann aber alle der nach Tausenden zählenden Migranten in ein Logistikzentrum verbracht worden, das sich in der Grenzstadt Bruzgi befindet. Nun haben die Menschen ein Unterkommen, wenn auch provisorisch, warme Mahlzeiten, Heizung, für den Winter geeignete Kleidung und medizinische Hilfe.

Noch wenige Tage zuvor hatten die Migranten, die hauptsächlich aus dem Irak, Syrien und Afghanistan kommen, teilweise mit Gewalt versucht, die weißrussisch-polnische Grenze zu überwinden und so in die EU zu gelangen. Die polnischen Grenzschutzkräfte waren gezwungen, verschärfte Mittel dagegen anzuwenden, so auch Tränengas, Wasserwerfer und Schlagstöcke. In die Gegenrichtung flogen Steine, durch die ein polnischer Polizist einen Schädelbruch erlitt. Er blieb freilich nicht der einzige Verletzte. Polen durfte sich auch im Spiegel der westlichen Presse als der Schutzschild der EU fühlen, der Europa davor bewahrt, von unkontrollierbaren Menschenmassen überschwemmt zu werden. Als im Jahre 2015 als erster der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán genau dasselbe unternommen hatte, wurde er dafür beschimpft und verächtlich gemacht.

Polen und Ungarn

Heute gilt die Kritik der weißrussischen Regierung und somit vorzüglich ihrem Chef Alexander Lukaschenko. Er habe, so der Vorwurf der westlichen, in der Hauptsache der deutschen Medien, die Leute aus dem Nahen und Mittleren Osten gezielt eingeflogen, um sie als Mittel

der Erpressung gegenüber der EU zu verwenden.

Das erinnert an eine ähnliche Lage an der Küste der Ägäis, wo sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan demselben Verdacht ausgesetzt gesehen hat. Doch bei ihm, als dem Chef eines NATO-Staates, ging die Rechnung auf. Ankara ließ und lässt sich ein moderates Verhalten in der Migrationsfrage mit einigen Milliarden vergelten und ist aus den einschlägigen Schlagzeilen verschwunden. Dabei war es nicht allein Weißrussland, das die jüngste Welle von Zuwanderern eingeflo-

EU-Länder oder sollte sich gar die EU selbst zu einer Erklärung in dem Sinne durchringen, ob man nun die unbeschränkte Zuwanderung befürworte oder aber nicht. Doch ein Bekenntnis dazu scheut man, denn in diesen Dingen fürchtet die Obrigkeit immer noch den Souverän – vorerst noch.

Lukaschenko und die Gutmenschen

Bei aller Bemühung, die Dinge nicht nach ihrer Art, sondern nach der eigenen politischen Präferenz zu beurteilen, tritt eine wichtige Frage in den Hintergrund, nämlich diejenige nach dem rechtlichen Status der ungezählten Tausende, die in Europa Einlass begehren. In den Medien werden sie gerne als Asylanten oder Flüchtlinge bezeichnet. Beide Begriffe sind falsch in einer weit überwiegenden Zahl der Fälle.

Wer das Asylrecht erlangen will, muss sich in unmittelbarer, persönlicher Gefahr befinden, wegen seines Glaubens, seiner politischen Überzeugung oder Ähnlichem verfolgt zu werden. Die unmittelbare Gefahr besteht dann nicht, wenn jemand aus einem sicheren Drittland kommt, was bei so gut wie allen, die nach Europa wollen, der Fall ist. Auch Weißrussland gilt völkerrechtlich als sicheres Drittland. Was den Flüchtlingsstatus der Genfer Konvention angeht, so ist auch dieser gebunden an eine Gefahr der unberechtigten Verfolgung – gilt also nicht beispielsweise bei Kriminellen. Auf der Grundlage eines der beiden Rechtstitel den Anspruch auf Asyl oder Aufenthaltsrecht abzuleiten, dürfte in den allermeisten Fällen aussichtslos sein.

Auf der anderen Seite fällt auf, dass fast alle Migranten aus Ländern kommen, in denen NATO-Staaten Krieg führen oder – wie in Afghanistan – geführt haben. Wollte man also Fluchtgründe mindern, so täte man gut daran, weniger Länder mit Bombardements und Raketenangriffen zu überziehen. Das betrifft den ganzen breiten Gürtel vom Maghreb über Nahost bis nach Pakistan, wobei Afghanistan noch lange eine Folgelast darstellen dürfte.

Und noch ein Zweites lockt die Tausende: das soziale Netz, mühelos erreichbar, sobald man den Fuß ins Land gesetzt hat, vor allem in Deutschland. Dieses wird so lange seine Anziehungskraft ausüben, bis der Unterschied zwischen hier und den Herkunftsländern eingeebnet sein wird.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Es geht um eine gleiche Beurteilung vergleichbarer Umstände

gen hat. Die Türkei war an dem Geschäft ebenso beteiligt, was spätestens offenbar wurde, als beide Länder gelobten, solche Transporte einzustellen.

Weißrussland und die Türkei

Der augenblickliche Brennpunkt im Osten Europas fordert allerdings einen Vergleich mit der ständigen Einwanderung aus Afrika über das Mittelmeer heraus. Im Zusammenhang mit dem polnisch-weißrussischen Konflikt wird in den Medien der Eindruck verbreitet, aus moralischer Warte stelle die Zuwanderung nach Europa ein Hochfest der Menschlichkeit dar, derjenige aber, der es verursacht hat, Lukaschenko, sei ein Unhold. Es geht hier jedoch nicht darum, den Minsker Machthaber zu klassifizieren, sondern um eine gleiche Beurteilung vergleichbarer Umstände.

Diejenigen nämlich, die afrikanische Migranten mit Schiffen übers Mittelmeer holen, gewohnheitsmäßig und organisiert, Gutmensch-Gruppen, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen, die alle nicht verhindern können, dass sie das Geschäft von professionellen, kriminellen Schleusern begünstigen, diese also erfreuen sich hohen Ansehens in Europa und werden wegen ihrer Humanität gepriesen. Doch rein funktional ist schwer festzustellen, was ihr Tun und Treiben von dem Lukaschenkos unterscheidet. Genau betrachtet sollten sich die Regierungen der

Frisch polierte Bronzezeit

Ein Jahrhundertfund hat jetzt einen würdigen Rahmen – Die Himmelsscheibe von Nebra glänzt in Halle an der Saale wie neu

VON VEIT-MARIO THIEDE

Raubgräber entdeckten 1999 einen Schatz, der inzwischen weltberühmt ist: die Himmelsscheibe von Nebra. Der 2001 zugunsten des Bundeslandes Sachsen-Anhalt sichergestellten Scheibe war drei Jahre später im Hallenser Landesmuseum für Vorgeschichte eine großartige Sonderausstellung gewidmet.

Aber die einzigartige Himmelsscheibe blieb rätselhaft. Inzwischen jedoch ist das Wissen um sie und ihr kulturelles Umfeld enorm angewachsen. Ausgebreitet wird es uns in der neuen Schau „Die Welt der Himmelsscheibe von Nebra – Neue Horizonte“ des Landesmuseums für Vorgeschichte. In eine packende multimediale Inszenierung sind 400 archäologische Objekte eingebettet, die von 50 Leihgebern aus 15 Ländern stammen.

Die im Atrium des Museums eingerichtete zentrale Installation ist ausgesprochen prunkvoll. Zunächst steht der Besucher vor der Vitrine mit der auf dem Mittelberg bei Nebra ausgegrabenen Himmelsscheibe und den mit ihr vor etwa 3600 Jahren niedergelegten Objekten: je zwei Schwerter, Armringe und Beile sowie ein Meißel. Neue Forschungen ergaben, dass Gold und Zinn der Himmelsscheibe aus Cornwall kamen, während die Herkunft des Kupfererzes aus Österreich schon seit 2003 bekannt ist.

Im Besitz eines mächtigen Fürsten?

Auf der bei einem Durchmesser von 31,4 Zentimetern etwa zwei Kilogramm schweren Scheibe sind Goldbleche angebracht. Sie stellen eine Mondsichel, einen sowohl als Sonne als auch als Vollmond gedeuteten Himmelskörper, das Sternbild der Plejaden und weitere kleine Sterne dar. Von den beiden in der zweiten Nutzungsphase am Scheibenrand montierten Horizontbögen ist nur noch der rechte vorhanden. Der unten in der nächsten



3600 Jahre alt: Die Himmelsscheibe samt weiteren Ausgrabungsobjekten Foto: Thiede

Nutzungsphase angebrachte goldene Bogen wird als Sonnenbarke interpretiert. Die Himmelsscheibe kombiniert somit astronomisches Wissen mit religiösen Vorstellungen. Landeskonservator Harald Meller erklärt: „Wir denken, dass Fürsten eines mächtigen Reiches hinter der Scheibe standen, die Beziehungen in ferne Län-

der unterhielten: bis nach Südeuropa, in den Vorderen Orient und nach Ägypten.“

Dem Hortfund mit der etwa 150 Jahre in Gebrauch gewesenen Himmelsscheibe schließen in den Vitrinen des Atriums erlesene Kultgegenstände an. Der „Goldhut aus Schifferstadt“ (1400–1300 v. Chr.) gehörte vermutlich zum Zeremonialgewand

eines Priesters. Das aus Goldblech angefertigte „Cape von Mold“ (1900–1600 v. Chr.) ist erstmals außerhalb Großbritanniens ausgestellt. Dieses in einem Grab gefundene Obergewand trug vermutlich eine mit herausgehobenen Aufgaben im Kultgeschehen betraute Frau. Aus Dänemark sind drei Goldblechschiffe (1700–1100 v. Chr.) angereist. Sie werden wie das Schiff auf der Himmelsscheibe mit dem Sonnenkult in Verbindung gebracht.

Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Ausgrabungen veranlassen Meller zur Vermutung, an Saale und Unstrut habe es einen frühen, durchorganisierten Staat mit steiler Hierarchie gegeben. An deren Spitze stand ein gut vernetzter Herrscher. Einer dieser Herrscher war vermutlich in dem um 1800 v. Chr. angelegten Grabhügel Bornhöck bei Raßnitz im Saalekreis beigesetzt. Er war mit einer einstigen Höhe von 13 Metern und einem Durchmesser von 65 Metern der größte Grabhügel der Frühbronzezeit Mitteleuropas. Zur Gewinnung von Schwarzerde hat ihn die Landbevölkerung im 19. Jahrhundert abgetragen.

Zeugnis der Aunjetitzer Kultur

Bei den seit 2014 angestellten Untersuchungen entdeckten die Archäologen eine hohe Zahl ungewöhnlich großer Mahlsteine. Die interpretieren sie als Grabbeigabe, welche die außerordentliche wirtschaftliche Potenz der im Bornhöck bestattet gewesenen Persönlichkeit demonstriert. Den Hochrechnungen der Forscher zufolge sollen im Steinmantel des Grabes vor den Zerstörungen des 19. Jahrhunderts über 500 solcher Mahlsteine vorhanden gewesen sein, „mit denen man täglich für Tausende Menschen Mehl erzeugen konnte. Sie dienten wohl der Ernährung einer ganzen Armee“.

Die Himmelsscheibe von Nebra wurde vor etwa 3600 Jahren zu Ehren der Götter gegen Ende der Aunjetitzer Kultur niedergelegt, die rund 600 Jahre bestand. Wie

und wo deren politische und kultische Autoritäten ihre Macht zelebrierten, blieb uns lange verborgen. Licht ins Dunkel bringt die seit 2004 andauernde Erforschung und Rekonstruktion des ab 2300 v. Chr. angelegten Ringheiligtums von Pömmelte-Zackmünde bei Magdeburg. Diese aus Holz errichtete Kultstätte wird in der Ausstellung hinsichtlich ihrer Größe und Bedeutung mit der berühmten steinernen Anlage von Stonehenge gleichgesetzt. Eine makabre Besonderheit von Pömmelte sind die vermutlich bei Kultfesten erschlagenen Kinder, Jugendlichen und Frauen, deren Überreste die Ausgräber in den Opfergruben des Ringheiligtums gefunden haben.

Weit gereiste Objekte beschließen die Schau. Zu ihnen gehören insbesondere Funde baltischen Bernsteins, die in Griechenland, im Irak und in Ägypten gemacht wurden. Die Eliten der frühen Bronzezeit haben – so die Botschaft der Schau – weite Entfernungen überbrückt, um Luxusgüter, Ideen, Wissen und religiöse Vorstellungen auszutauschen.

Am Ende des Rundgangs begleiten wir zwei fiktive „Prinzen“ der Aunjetitzer Kultur auf von den Ausstellungsmachern für möglich gehaltenen Expeditionen. Die führten sie von Saale und Unstrut bis an Euphrat und Tigris (Mesopotamien) sowie an den Nil im Alten Ägypten. Von diesen Fernreisen könnten sie das auf der Himmelsscheibe abgebildete astronomische Wissen und die mit der Darstellung des Sonnenschiffs verknüpften religiösen Vorstellungen mitgebracht haben.

● Bis 9. Januar im Landesmuseum für Vorgeschichte, Richard-Wagner-Straße 9, Halle (Saale). Geöffnet Dienstag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr, sonnabends und sonntags von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 10 Euro. Telefon (0345) 524730, Internet: www.ausstellung-himmelsscheibe.de. Der Katalog aus dem Verlag wbG Theiss kostet im Museum 19,80 Euro.

TV-KRITIK

Über das Freundschaftsziel hinausgeschossen

Zu viel Schwarz-Weiß – ARD zeigt zum Advent risikofreie Serie über US-Besatzungssoldaten in den 50ern

Es gibt diese Drehbücher, in denen die Konflikte derart verdichtet und dazu noch mit großen Vorbildern beschwert werden, dass es zum dramaturgischen Overkill führt. Der Mehrteiler „Ein Hauch von Amerika“, den die ARD jeweils in Doppelfolgen am 1., 4. und 8. Dezember ab 20.15 Uhr ausstrahlt, gehört dazu. Gezeigt wird das fiktive pfälzische Dorf „Kaltenstein“ Anfang der 1950er Jahre, dominiert von GIs der US-Armee, die dort stationiert sind.

Im Mittelpunkt aber stehen zwei junge Frauen, die so gegensätzlich sind wie sonst nur im Märchen. Hier die reine, blonde Jungbäuerin Marie (Elisa Schlott), dort die leichtlebige, rothaarige Erika (Franziska Brandmeier). Die eine wartet brav auf ihren Verlobten Siegfried, der anfangs noch in russischer Kriegsgefangenschaft verschollen ist. Die andere will feiern und tanzen, gern mit den feschen Jungs aus Übersee. „Kaltenstein“, höhnt sie, „das ist ein kalter Hühnerarsch!“

Erikas Vater (Dietmar Bär) gibt den Baulöwen mit dunkler Vergangenheit, der mit den Amerikanern Geschäfte macht.

Seine Frau (Anna Schudt) ist eine frostige Erscheinung, die auf Moral und gesellschaftliche Stellung hält. Und schon häufen sich die Konflikte: Die blauäugige Marie verliebt sich ihrem Heiratsversprechen zum Trotz in einen dunkelhäutigen GI mit dem einfallreichen Namen George Washington, während Erika Opfer einer Gruppenvergewaltigung wird und in

der Folge abtreiben muss. Ihr Vater stellt sich als ehemaliger NS-Mitläufer und Kriegsgewinnler heraus, der nach einem Pogrom das Haus eines enteigneten Juden ersteigert hatte. Aufseiten der Amerikaner agieren ein schneidiger Colonel (Philipp Brenninkmeyer) und seine hoch elegante, aber frustrierte Gattin (Julia Koschitz), die der Jungbäuerin Marie, die ihr

im Haushalt hilft, ein wenig Kultur und nebenbei die Idee von einem selbstbestimmten Leben vermittelt.

Das Drama nimmt seinen Lauf, als Erika für ihre Schande einen Sündenbock sucht und George beschuldigt. Wie im großen Liebesmythos von Romeo und Julia kämpfen George und Marie fortan um ihre Liebe und haben alle gegen sich. Aber da wir uns im Jahre 2021 befinden und im Vorspann beflissen darauf hingewiesen wird, dass einige rassistische Begriffe wie das N-Wort der damaligen Zeit geschuldet sind, darf der Farbige nicht zum Opfer werden. Ein Happy End bahnt sich an in Kaltenstein, und ausgerechnet in der sozialistischen DDR wartet auf das verfeimte Paar eine Zukunft.

„Wenn es schon nicht wahr ist, so ist es doch gut erfunden“, heißt eine Autoren-Weisheit. Hier ist sehr vieles wahr, die Amerikaner in der Pfalz gab und gibt es, die Verhandelungen zwischen farbigen GIs und Pfälzerinnen genauso. Eine etwas weniger klischeehaft ausgedachte Dramatik hätte dieser Geschichte deshalb gutgetan.

Anne Martin



Der Wachposten versteht keinen Spaß: Maries schwarzer Freund gibt den Beschützer

● NACHRUF

Unsterblicher „Brücken“-Held

Gleich seine erste Kinorolle machte Volker Lechtenbrink unvergessen. Als 14-Jähriger war er 1959 in Bernhard Wickis Antikriegsklassiker „Die Brücke“ neben Fritz Wepper Teil jenes Himmelfahrtskommandos, das in den letzten Kriegstagen als Hitlers Kindersoldaten verheizt wurde, um eine bedeutungslose Brücke vor den heranrückenden US-Truppen zu verteidigen. Als der Zweite Weltkrieg endete, war Lechtenbrink noch kein Jahr alt. Geboren wurde er am 18. August 1944 im ostpreussischen Cranz, in das seine aus Bremen stammenden Eltern berufsbedingt hineingezogen waren, das sie aber zehn Tage nach der Geburt des Sohnes wieder Richtung Bremen verließen. Dieser wurde später Schauspieler, nach der „Brücke“ in unzähligen TV-Filmen zu sehen, wirkte als Synchronsprecher, war Sänger und arbeitete als Regisseur sowie Intendant unter anderem im Hamburger Ernst-Deutsch-Theater. Am 22. November ist Lechtenbrink in seiner Wahlheimat Hamburg gestorben.

H. Tewes

CARLO SCHMID

Stets wohlwollend betrachtet und überschätzt

Vor 125 Jahren wurde der Jurist geboren – Das nicht nur intellektuelle Schwergewicht der SPD kam nie richtig zum Zug

VON ERIK LOMMATZSCH

Ich trieb mich viel auf dem ländlichen Anwesen meines französischen Großvaters herum...“ Auf den ersten Blick erscheint die Aussage aus den Memoiren Carlo Schmid wenig spektakulär. Schließlich war seine Herkunft bekannt und der auch als großer Jurist geltende und sich gern als Gelehrter gerierende SPD-Politiker trug die Liebe zu dem Land seiner Geburt stets demonstrativ vor sich her.

Allerdings entspricht es nicht der Wahrheit, wenn er in seinem Erinnerungswerk behauptet, er hätte seine Kindheit in Frankreich verbracht. Zwar wurde er am 3. Dezember 1896 im okzitanischen Perpignan als Sohn einer Französin und eines württembergischen Lehrers geboren, doch kehrten die Eltern schon im Folgejahr in die Heimat des Vaters zurück.

Freiwilliger des Ersten Weltkriegs

Bei den meisten anderen Politikern seiner Generation wäre dieses Bewusste und peinliche Abweichen von den Tatsachen für Historiker wohl nicht nur Anlass zur Kritik gewesen. Die Glaubwürdigkeit insgesamt wäre hinterfragt worden. Nicht so bei Carlo Schmid, dessen Leben und Handeln durchweg wohlwollend nachgezeichnet wird. So schreibt etwa Petra Weber vom Institut für Zeitgeschichte in ihrer umfangreichen Biographie bezüglich der frühen Jahre: „Im Grunde war es gar nicht so falsch, wenn Carlo Schmid später erzählte, er sei in Perpignan aufgewachsen. Er lebte zwar in Weil der Stadt, aber wuchs auf wie ein Franzose.“

Im Ersten Weltkrieg meldete er sich als Freiwilliger, am Ende war er Leutnant. Nach dem Waffenstillstand wählten ihn seine Kameraden zum Vorsitzenden des

Soldatenrats. Die entstehende Republik unterstütze er. In Tübingen wurde er Mitglied der „Sozialistischen Studentengruppe“. Den Weg zur Partei, zur SPD sollte er allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg finden. Das Studium der Rechtswissenschaft konnte er bereits 1921 beenden. Er arbeitete am Kaiser-Wilhelm-Institut

für Völkerrecht in Berlin und habilitierte sich 1929. Tätig war er im württembergischen Justizdienst, eine akademische Karriere war ihm im NS-Staat versagt.

Allerdings wurde er 1940 Kriegsverwaltungsrat in Lille, im von Deutschland besetzten Teil Frankreichs. Auf diesem Posten verblieb er bis September 1944.

Auch hier weiß die Geschichtsschreibung nahezu ausschließlich Positives zu berichten. Beispielsweise heißt es in einem Lebensbild, er habe „nun vor der nahezu unlösbaren Aufgabe“ gestanden, „im Dienste einer verbrecherischen Macht die Menschlichkeit zu wahren“. Kontakte unterhielt er zur Résistance und zum Widerständler Helmuth James Graf von Moltke. Für Umsturzversuche habe er „in Lille die erforderlichen Vorbereitungen getroffen“, so die Biographin Weber.

Im Juni 1945 ernannten ihn die französischen Besatzer zum Landesdirektor für Kultus und Unterricht in Stuttgart. Mit Bildung des bis 1952 bestehenden Landes Württemberg-Hohenzollern wurde er dort Regierungschef. Nach der ersten Landtagswahl im Mai 1947, welche die CDU klar gewann, verblieben ihm die Stellvertretung und das Justizressort, das er auch schon zuvor innegehabt hatte. 1949 wurde er in den Bundestag gewählt, in dem er von Anfang an, nur unterbrochen von seiner Zeit als Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesrats von 1966 bis 1969, als Vizepräsident fungierte. 1959 kandidierte er für das Bundespräsidentenamt, unterlag aber dem christdemokratischen Kandidaten Heinrich Lübke. Von 1969 an war er Koordinator der deutsch-französischen Zusammenarbeit. 1972 schied er aus dem Parlament aus.

Besatzungsbeamter in Frankreich

Schmidts Affinität zur Sozialdemokratie erschließt sich angesichts seines intellektuell-elitären Selbstverständnisses nur schwer. Dass er immer wieder nicht nur französische, sondern auch italienische und spanische Klassiker übersetzte, ließ der zweifelsfrei Talentierte andere gern wissen. Bundespräsident Theodor Heuss äußerte einmal, Schmid sei der „Tafelauf-

satz im Proletarierhaushalt“. Die alliierten Besatzer hätten ihn zu Anfang gern in einer prominenteren Rolle in der Partei gesehen als Gegengewicht zum SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, der ihnen gegenüber selbstbewusster als Sachwalter Deutschlands auftrat.

In der Gunst der Westalliierten

Ein Amt, in dem er sich nach seinen Vorstellungen hätte entfalten können und das sich im Nachhinein mit seinem Namen verbindet, erlangte Schmid nicht. Als Verdienst wird ihm das erfolgreiche Bemühen um die (Wieder-)Etablierung der Universität Tübingen als eine der bedeutendsten deutschen Hochschulen zugeschrieben. Er verwendete sich den Alliierten gegenüber für das Besatzungsstatut und hatte wesentlichen Anteil an der Formulierung des Grundgesetzes. Zu nennen wären die Grundrechte, das konstruktive Misstrauensvotum, die Abschaffung der Todesstrafe und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. In der SPD wirkte er gegen den antichristlichen Impetus und gilt als Vor- und Wegbereiter des Godesberger Programms – auf eine etwas unklare Art und Weise, denn als dieses 1959 verabschiedet wurde, hatte er sich schon aus den entsprechenden Diskussionen zurückgezogen. Für die Westorientierung der Bundesrepublik trat er ein, ebenso für die faktische Anerkennung der DDR sowie der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze.

„Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein titulierte Carlo Schmid aufgrund von dessen beträchtlicher Leibesfülle gern als „Monte Carlo“. Ob er in der Gründungsphase und den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik auch das politische Schwergewicht war, als das er gern dargestellt wird, darf bezweifelt werden. Am 11. Dezember 1979 ist er in Bonn gestorben.



Auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag 1971 in Bad Godesberg: Carlo Schmid

ALEXANDER DUBČEK

„Vater des Prager Frühlings“

Vor 100 Jahren kam der Slowake zur Welt, der dem Sozialismus ein menschliches Antlitz geben wollte

Der sogenannte Vater des Prager Frühlings entstammte einer kommunistischen Familie. Vier Jahre nach der Geburt des Tischlersohns vor 100 Jahren, am 27. November 1921, im nordwestslowakischen Uhrovec zog die Familie erst nach Kirgisien und dann nach Zentralrussland, um in der Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus mitzuwirken. Nach der Rückkehr in die Tschechoslowakei trat der gelernte Maschinenschlosser der Kommunistischen Partei der Slowakei (KPS) bei.

Nach dem Zweiten Weltkrieg machte der Teilnehmer des Slowakischen Nationalaufstandes in der Kommunistischen Partei Karriere. 1955 bis 1958 absolvierte er an der Parteihochschule der KPdSU ein Studium. In Moskau erlebte er die dortige Entstalinisierung mit und bemühte sich nach seiner Rückkehr um eine entsprechende Entwicklung in seiner Heimat. Darüber geriet er in Konflikt mit dem damaligen starken Mann der Tschechoslowakei, dem Tschechen Antonín Novotný, der seit 1953 Erster Sekretär der KP und seit 1957 auch Staatspräsident der Tschechoslowakei war.

Wirklich nur ein Unfall?

1963 wurde Dubček Erster Sekretär des Zentralkomitees der slowakischen Kommunisten. Damit konnte er in der Slowakei wenigstens schon einmal mit einer Liberalisierung beginnen, die sich von der

Gesamtentwicklung in der immer noch von Novotný beherrschten Tschechoslowakei abhob. Das verschärfte den Konflikt zwischen den beiden.

1968 löste Dubček Novotný im Amt des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ) ab. Nun konnte der Reformkommunist seinen in der Slowakei zaghaft begonnenen Kurs auf den gesamten Doppelstaat übertragen. Unter seiner Leitung begann nun der Versuch, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ aufzubauen. Noch im selben Jahr wurde dieser „Prager Frühling“ durch einen Einmarsch der Bündnispartner im Warschauer Vertrag niedergeschlagen. Dubček wurde von den Invasoren verhaftet und nach Moskau verschleppt. Dort sah er sich gezwungen mit einer tschechoslowakischen Delegation das von den Sowjets diktierte Moskauer Protokoll zu unterzeichnen. In diesem schworen die Reformkommunisten ihrem „tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus“ ab und legitimierten das Verhalten der Invasoren.

Es folgte Dubčeks Demontage. 1969 verlor er den Parteivorsitz, 1970 das Parteibuch. Bis zur Pensionierung 1986 arbeitete er auf einem unpolitischen, subalternen Posten im Forstwesen.

1989 wendete sich noch einmal das Blatt. Es erfolgte die sogenannte Samtene Revolution. Der Hoffnungsträger von 1968 wurde rehabilitiert. Allerdings stand der

Slowake diesmal im Schatten des Tschechen Václav Havel. Dubček blieb nur der Posten des Parlamentspräsidenten.

Nach dem ersten Jubel über den Sieg über die Sowjetkommunisten nahm die Teilung der Tschechoslowakei in einen

tschechischen und einen slowakischen Teil immer mehr Gestalt an. Damit zeichnete sich für Dubček die zumindest theoretische Möglichkeit ab, neben einem tschechischen Präsidenten Havel dessen slowakisches Pendant zu werden.



Von seinen Landsleuten während des Prager Frühlings gefeiert: Alexander Dubček

Doch bevor es zur Auflösung des Doppelstaates kam und damit zu der skizzierten Lösung hätte kommen können, erlitt Dubček auf der Autobahn von Brünn nach Prag in der Nähe des mährischen Städtchens Humpolec einen schweren Autounfall, an dessen Folgen er am 75. Jahrestag der Oktoberrevolution, am 7. November 1992, starb. Ob jemand nachgeholfen hat und gegebenenfalls wer, wird wohl nie endgültig geklärt werden.

Ein verhinderter Staatspräsident?

Ähnlich unklar wird wohl bleiben, ob Dubček ohne den Unfall der erste Präsident der Slowakischen Republik geworden wäre. Auf der einen Seite genoss der Hoffnungsträger seiner Landsleute von 1968 auch nach der Samtenen Revolution noch viele Sympathien. Auf der anderen Seite ist nicht auszuschließen, dass er wie ein anderer Reformkommunist jener Zeit, Michail Gorbatschow, letztlich gescheitert wäre.

Was für viele Staaten des Ostblocks galt, galt für die Tschechoslowakei mit ihrer vergleichsweise leistungsfähigen Industrie im Besonderen. Nach der Befreiung vom Sowjetkommunismus wurde weniger ein anderer Weg zum Sozialismus oder ein sogenannter Dritter Weg gesucht denn der Weg zur westlichen Marktwirtschaft, um an die Erfolge der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen. Manuel Ruoff

80 JAHRE PEARL HARBOR

Dolchstoßlegende à la USA?

Was dafür spricht, dass die US-Führung Ziel und Zeitpunkt des japanischen Angriffs vom 7. Dezember 1941 vorher kannte

VON WOLFGANG KAUFMANN

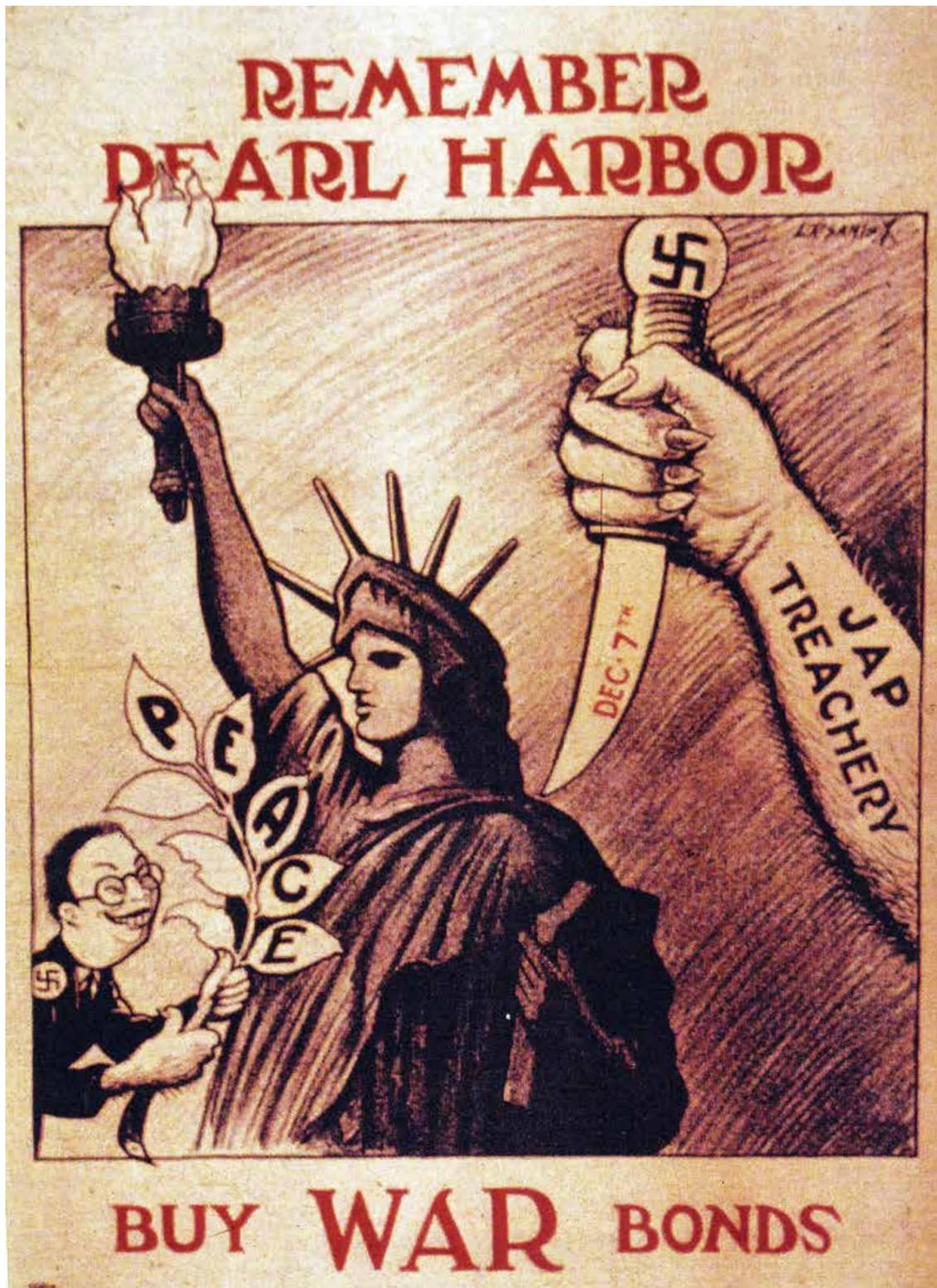
Am 26. November 1941 stach ein in der Hitokappu-Bucht auf den Kurilen zusammengezogenes Angriffsgeschwader der kaiserlichen japanischen Marine unter Vizeadmiral Nagumo Chūichi in Richtung der zu den USA gehörenden Hawaii-Inseln in See. Zu dem Kampfverband gehörten sechs Flugzeugträger mit insgesamt 414 Maschinen, zwei Schlachtschiffe, drei Kreuzer, neun Zerstörer, drei U-Boote und acht Tanker beziehungsweise Versorgungsschiffe.

Von der Trägergruppe starteten am 7. Dezember ab 6 Uhr zwei Wellen von 353 Flugzeugen, denen es gelang, die US-Luftabwehr auszuschalten und die im Flottenstützpunkt Pearl Harbor liegende Pazifikflotte der Vereinigten Staaten mit Bomben und Lufttorpedos zu attackieren. Dabei wurden bei nur sehr geringen Eigenverlusten fünf Schlachtschiffe versenkt sowie 188 Marine- und Armeeflugzeuge zerstört. Dazu kam die teilweise schwere Beschädigung von vier weiteren Schlachtschiffen, drei Kreuzern und sieben anderen Einheiten. Aufgrund des ohne vorherige Kriegserklärung erfolgten Angriffs verloren die US-Streitkräfte 2335 Mann. Darüber hinaus zählte man 68 getötete Zivilisten und 1178 Verwundete.

Am Tag darauf traten die USA offiziell in den Zweiten Weltkrieg ein. Der bislang in Isolationisten und Interventionisten gesplante Kongress in Washington votierte hierfür angesichts der angeblichen japanischen „Infamy“ (Ehrlosigkeit) mit nur einer einzigen Gegenstimme. Dem folgten am 11. Dezember 1941 die Kriegserklärungen Deutschlands und Italiens an die Vereinigten Staaten, die sich dadurch nun auch ganz formell in die Anti-Hitler-Koalition einreihen konnten. Damit hatte der US-Präsident Franklin Delano Roosevelt sein Ziel erreicht. Er hatte auf dieses langfristig hingearbeitet. Und so kam der japanische Angriff denn auch keineswegs aus heiterem Himmel, sondern war eine zwangsläufige Folge des US-Handelns.

US-Ölembargo gegen Japan

Um die eigenen ökonomischen und politischen Interessen in Asien zu schützen und das wirtschaftlich prosperierende und militärisch auftrumpfende fernöstliche Kaiserreich, das zudem mit dem US-amerikanischen und britischen Hauptgegner Deutschland paktierte, in die Schranken zu weisen, traktierte Washington Tokio seit 1937 mit unablässigen Strafmaßnahmen. Diese gipfelten im Juli 1941 in einem Ölembargo, durch das Japan mit dem Rücken zur Wand stand und faktisch nur noch zwei Optionen hatte, entweder Verhandlungen mit dem Ziel, dass die USA das Embargo beenden, oder



US-Kriegspropaganda: Werbeplakat für Kriegsanleihen aus dem Zweiten Weltkrieg

Foto: U.S. federal government

die militärische Inbesitznahme der Ölfelder Südostasiens.

Die Gespräche zum Zwecke der friedlichen Beilegung der bilateralen Differenzen scheiterten an der Blockadehaltung der Vereinigten Staaten, für die der US-Präsident und dessen engeres Umfeld verantwortlich waren. Japan befand sich in

einer Zwangslage, aus der es Ende 1941 kein friedliches Entkommen mehr gab.

Auch wenn die US-Führung also über den von ihr provozierten japanischen Angriff als solchen nicht überrascht sein konnte, bleibt noch die Frage, ob sie mit dem Angriff an diesem Ort und zu diesem Zeitpunkt gerechnet hat. Die Antwort lau-

det, dass es mehrere gewichtige Indizien gibt, die gegen die immer wieder behauptete Überraschung sprechen.

Am 25. November 1941 schrieb der US-Kriegsminister Henry L. Stimson nach Gesprächen mit Roosevelt in sein Tagebuch, die Frage sei, wie man die Japaner „in eine Position manövrieren könnte, in der sie

den ersten Schuss abgeben würden, ohne dass uns zu viel passiert“. Bereits am Folgetag überreichte US-Außenminister Cordell Hull eine in scharfem Ton gehaltene Note an den japanischen Unterhändler Nomura Kichisaburō, die in Tokio als Ultimatum aufgefasst wurde und zum Auslauffehl für den Angriffsverband führte.

Gespräche ließen die USA scheitern

Auch befand sich die US-Pazifikflotte auf ausdrücklichen Befehl Roosevelts in Pearl Harbor und somit innerhalb der Reichweite japanischer Trägerverbände. Bereits im April 1940 hatte der Präsident sie aus der sicheren Heimatbasis in San Diego an der kalifornischen Küste in den exponierten Stützpunkt beordert, und zwar gegen den Widerstand ihres kommandierenden Admirals James O. Richardson, der schließlich wegen seiner anhaltenden Proteste im Februar 1941 abgelöst wurde.

Dabei herrschte längst Klarheit darüber, wie gefährdet die Pazifikflotte auf Hawaii war. Immerhin hatten gleich zwei Manöver in den Jahren 1932 und 1938 gezeigt, welche verheerende Zerstörungen von Flugzeugträgern gestartete Marinefliegerkräfte in Pearl Harbor anrichten könnten. Dazu kam später als letzter mahrender Fingerzeig noch der erfolgreiche Angriff britischer Torpedoflieger auf die italienische Marinebasis in Tarent in der Nacht vom 11. auf den 12. November 1941. Damals setzten die Fairey-Swordfish-Bomber der Royal Navy die drei Schlachtschiffe „Conte di Cavour“, „Caio Duilio“ und „Littorio“ auf Grund.

Des Weiteren wurde die Meldung des US-Botschafters in Japan, Joseph C. Grew, vom 27. Januar 1941 ignoriert, der stets gut informierte peruanische Gesandte habe ihm zugetragen, das Kaiserreich werde einen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor unternehmen, wenn es zu ernsthaften Differenzen mit den USA komme.

Ebenso wenig veranlassten die Hinweise der US-Funkaufklärung von Ende November 1941 – das aktuelle Kommunikationsmuster der japanischen Marine deute auf eine bevorstehende größere Aktion hin – das Weiße Haus zum Handeln. Und das, obwohl der Admiralstabschef der U.S. Navy, Harold R. Stark, daraufhin eindringlich vor aggressiven Handlungen der Japaner warnte. Gleichzeitig blieb auch die Teilentschlüsselung eines wichtigen japanischen Funkspruchs am 6. Dezember 1941, nach dessen Kenntnisnahme Roosevelt spontan herausplätzte „Das bedeutet Krieg!“, ohne Folgen.

Und dann wäre da noch der höchst bemerkenswerte Umstand, dass sich die auch in Pearl Harbor stationierten Flugzeugträger „Enterprise“, „Lexington“ und „Saratoga“ sowie sieben schwere Kreuzer und 14 Zerstörer am Morgen des 7. Dezember 1941 wegen dreier paralleler Routenmissionen auf See befanden.

USS Arizona Memorial

Neben 65 Japanern kostete der Angriff auf Pearl Harbor 2403 US-Amerikanern das Leben. 1177 Seeleute starben allein auf der „Arizona“. Das zu den mächtigsten Schiffen seiner Zeit zählende Schlachtschiff der Pennsylvania-Klasse sank in nur neun Minuten, nachdem am 7. Dezember 1941 um 8.06 Uhr eine panzerbrechenden 800-Kilogramm-Bombe das Oberdeck durchschlugen und die beiden Munitionskammern zur Explosion gebracht hatte.

An dieser nicht sehr tiefen Stelle ragt bis heute ein kleiner Teil des Schiffswracks aus dem Wasser. So konnte 1950 der

Kommandeur der Pacific Fleet am Hauptmast des gesunkenen Schiffes eine Fahnenstange befestigen und die US-Flagge hissen lassen. Anschließend schlug er die Errichtung eines staatlich finanzierten National Memorial vor. Dafür war jedoch während des Koreakrieges kein Geld da.

1958 erteilte US-Präsident Dwight D. Eisenhower schließlich eine entsprechende Genehmigung, verlangte aber eine private Finanzierung des eine halbe Millionen US-Dollar teuren Projekts. Noch im selben Jahr stellte das Territory of Hawaii ein Startkapital von 50.000 Dollar zur Verfü-

gung. Als drei Jahre später das nötige Geld noch nicht beisammen war, steuerte der Bund die noch fehlenden 150.000 Dollar bei. Am Memorial Day des Jahres 1962 wurde das USS Arizona Memorial durch den Vorsitzenden des Committee on Veterans' Affairs und den Gouverneur von Hawaii eingeweiht.

Die ähnlich einer Brücke das Schiffswrack quer überspannende Konstruktion des österreichisch-amerikanischen Architekten Alfred Preis wurde zur Gedenkstätte aller während des Angriffs auf Pearl Harbor getöteten Militäranghörigen der USA. M.R.



FOTO: DODD PHOTO BY PHILIP/SO JARNE HISTORIC, JEN

Gedenkstätte der während des Angriffs auf Pearl Harbor getöteten Militäranghörigen der USA: Das USS Arizona Memorial über dem Wrack des Schlachtschiffs „Arizona“

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mittlerweile vergeht hierzulande kaum mehr ein Tag ohne einen oder mehrere Messerangriffe mit tödlichem Ausgang. Dabei handelt es sich um kein ganz neues Phänomen. Denn signifikante Anstiege von Delikten, bei denen Messer im Spiel sind, verzeichnete man bereits in den 1950er und 1960er Jahren im Nachgang zur Ankunft bestimmter Gruppen von „Gastarbeitern“ sowie dann später auch in den 1990er Jahren anlässlich der massenhaften Aufnahme von „Spätaussiedlern“ aus der ehemaligen Sowjetunion.

Seit 2015 erreicht die Zahl der Verbrechen unter Einsatz von Stichwaffen allerdings ständig neue Rekordwerte. Zwar gibt es nach wie vor keine vom Bundeskriminalamt (BKA) vorgelegte Gesamtstatistik, aber die meisten Länder vermeldeten in den vergangenen Jahren eine drastische Zunahme von Messerangriffen, wobei diese im Einzelfall – wie in Leipzig – bis zu 300 Prozent betrug. Das führte dazu, dass Messer bei Tötungsdelikten und gefährlichen Körperverletzungen inzwischen die Tatwaffe Nummer Eins sind.

Dennoch wiegelten die „Faktenfinder“ der öffentlich-rechtlichen Medien und manche Experten zunächst ab oder zogen die wachsenden Ängste innerhalb der Bevölkerung angesichts der Zunahme dieser Kriminalitätsform gar ins Lächerliche. So fabulierte der Risikoforscher Ortwin Renn im April 2018 von wahrscheinlich genetisch bedingten irrationalen Befürchtungen bei Menschen, die „zu einer vergleichsweise konservativen Werthaltung“ neigen oder politisch „zum rechten Spektrum“ gehören. Und der ehemalige Richter am Karlsruher Bundesgerichtshof, Thomas Fischer, diagnostizierte zeitgleich „statistische Schräglagen“ sowie eine darauf beruhende Medienhysterie und übertriebene Aufgeregtheit bei der Polizei.

52 Prozent ohne deutschen Pass

Jetzt wagt kaum jemand mehr, die rapide anwachsende Messerkriminalität zu leugnen. Darüber hinaus wird auch immer öfter eingestanden, dass Ausländer, Zuwanderer und „Flüchtlinge“ überproportional als Täter in Erscheinung treten. Beispielsweise meldeten die Sicherheitsbehörden, der Anteil der Messerstecher ohne deutschen Pass habe in Berlin 2018 bei 52,4 Prozent gelegen. Hierzu kommen all jene offiziell als Deutsche geltenden Personen mit Immigrationshintergrund, die in keiner Statistik separat erfasst werden.

Eine wesentliche Ursache für den verstärkten Messereinsatz sind Streitigkeiten in Asylbewerberunterkünften, wobei



„Leicht zu erlangen, gut zu verstecken“: Seit 2015 erreicht die Zahl der Messerattacken neue Rekordwerte

Foto: imago/stock&people

GEWALTVERBRECHEN

Immer schneller mit dem Messer

Delikte mit Stichwaffen haben in Deutschland sprunghaft zugenommen. Ein Großteil der Täter stammt aus dem orientalisch-muslimischen Kulturraum. Nun aber rüsten auch Einheimische nach

Angehörige bestimmter Nationalitäten besonders oft zu Stichwaffen greifen. Das gilt vor allem für Türken, Syrer, Afghanen und Iraker, welche ebenso auch überdurchschnittlich oft im öffentlichen Raum die Messer zücken. Die Neigung hierzu resultiert dabei aus der psychischen Verfassung der zumeist jungen muslimischen Immigranten. Zwar behaupten einige Sozialarbeiter, die „Schutzsuchenden“ würden sich vorrangig bewaffnen, um „Angriffe von Nazis“ abzuwehren, aber tatsächlich liegt das Problem ganz woanders. Nämlich in der Kultur und Erziehung der Neuankömmlinge.

Bekanntlich besitzen Messer wie auch Schwerter im Islam eine besondere symbolische Bedeutung – und zwar nicht nur als Instrument zur glaubenskonformen rituellen Tötung von Feinden und Schlachttieren, sondern ebenso als Attribut wehrhafter Männlichkeit. Letzteres lenkt dann auch den Blick auf die zweite Komponente des gefährlichen mentalen Gemisches, welches Messerstecher in der

Regel leitet, nämlich den Männlichkeitswahn. Wer als maskulin gelten will, muss gehörig auftrumpfen und seine „Ehre“ verteidigen.

Zum Dritten wären da außerdem noch die charakterlichen Defizite der Messerangreifer. Viele junge Männer arabischer beziehungsweise islamischer Herkunft weisen Minderwertigkeitskomplexe auf, die geradezu nach Kompensation schreien, und sich mit mangelnder Impulskontrolle und narzisstischen Persönlichkeitseigenschaften paaren. Hieraus resultiert nicht nur eine Vorliebe für Waffen, sondern auch für andere Statussymbole wie protzig-schnelle Autos, mit denen dann rücksichtslos gerast und gelegentlich auch getötet wird.

Wurzeln in der Erziehung

Ursache des Ganzen ist oftmals eine Erziehung, welche zwischen der kritiklosen Verherrlichung der männlichen Nachkommen durch die Mütter und knallharten väterlichen Gehorsamsforderungen

oszilliert. Diese führt zu heftigen emotionalen Überreaktionen, wenn etwas nicht so läuft, wie es der gleichermaßen verwöhnte wie patriarchalisch niedergehaltene Nachwuchs gerne hätte. In solchen Situationen braucht es irgendeine Form der Triebabfuhr – und Gewalt erscheint dann als attraktive Handlungsoption, wenn bereits die Erfahrung gemacht wurde, dass sich Probleme mit Gewalt lösen lassen.

Dazu kommt der übliche Gruppendruck, der überall auf der Welt für kriminelles Verhalten sorgt. In der Gruppe fühlt man sich aufgehoben und gleichzeitig auch aufgefordert, keine Schwäche zu zeigen, da ansonsten die Abstempelung zum Außenseiter droht.

Das ist allerdings nicht der einzige Grund für die Zunahme von Messerstraf-taten. Angesichts der Vielzahl solcher Delikte, welche von Immigranten begangen werden, tragen nun auch Deutsche häufiger ein Messer im öffentlichen Raum bei sich, was besonders für männliche Perso-

nen im Alter zwischen 14 und 39 Jahren gilt. Auch hierzu existieren keine handfesten Statistiken, sondern nur „Dunkelfeldbefragungen“ des BKA, aus denen hervorgeht, dass die Absicht, sich gegen Angreifer verteidigen zu können, das Hauptmotiv für die Selbstbewaffnung der Einheimischen darstellt. Nach Schätzungen des Gewaltforschers Dirk Baier vom Institut für Delinquenz und Kriminalprävention an der Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften auf der Basis eigener Befragungen liegt der Anteil der messertragenden Einheimischen der jüngeren Generation inzwischen bei etwa einem Drittel.

Damit steigt auch die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes von Stichwaffen. Oder um es mit den Worten des Berliner Polizeipsychologen Hans-Joachim Clausen zu sagen: Messer sind „leicht zu erlangen, leicht mitzuführen und gut zu verstecken ... Doch das Problem ist, wenn man ein Messer dabei hat, dann ist man auch schnell geneigt, es einzusetzen.“

GEBURTENRATE

Die Menschheit wächst langsamer

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung in ihrem neuesten Bericht: Nur noch in Afrika vermehren sich die Einwohner weiterhin rasant

Weltweit bekommen Frauen im Laufe ihres Lebens immer weniger Kinder. Seit 1990 sank die Geburtenrate von durchschnittlich 3,2 Kindern pro Frau auf heute 2,3 Kinder. Das ist nur noch wenig über der Rate, ab der die Bevölkerungszahl stabil bleibe. Das wäre bei durchschnittlich 2,1 Kindern pro Frau der Fall.

Das Wachstum der Weltbevölkerung hat sich damit in den vergangenen 30 Jahren um etwa ein Drittel verringert. Das gab die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) in Hannover anlässlich der Veröffentlichung des DSW-Datenreports 2021 bekannt. Lediglich ein Kontinent, Afrika, hatte noch ein rasantes Bevölkerungswachstum, aber auch hier variieren die Geburtenraten der einzelnen Länder

und Regionen stark. Die höchste Geburtenrate verzeichnet Afrika südlich der Sahara, der ärmsten Region der Erde, mit 4,7 Kindern pro Frau.

Länder mit hohem Einkommen, in Europa und Amerika, verzeichnen eine durchschnittliche Geburtenrate von 1,8 Kindern pro Frau, was die Bevölkerung schrumpfen lässt. Aktuell liegt die Weltbevölkerung bei etwa 7,9 Milliarden Menschen. Auch die beiden einwohnerstärksten Länder der Erde, Indien und China, stagnieren (China) oder wachsen nur noch langsam (Indien).

Besonders hoch sind Geburtenraten in Ländern mit einem ungedeckten Bedarf an modernen Verhütungsmitteln und einer hohen Anzahl an Teenagerschwanger-

schaften. Jan Kreuzberg, Geschäftsführer der DSW, warnt vor den Folgen für Mädchen und Frauen: „Wenn Jugendliche nicht wählen können, ob sie ein Kind bekommen – sei es, weil ihnen Sexualaufklärung fehlt oder weil Verhütungsmittel nicht vorhanden sind –, wird ihnen ihr Selbstbestimmungsrecht verwehrt.“

Problem Teenager-Schwangerschaft

Wegen früherer Schwangerschaften geraten Hunderttausende Mädchen jedes Jahr in eine Armutsspirale. In Afrika südlich der Sahara hat jede zweite Frau, die eine Schwangerschaft vermeiden möchte, keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. 16 Prozent aller Geburten gehen dort auf Teenagerschwangerschaften zurück. In

Deutschland sind es nur ein Prozent aller Geburten.

Dass die Pandemie Auswirkungen auf das Bevölkerungswachstum haben wird, besonders in den überalterten westlichen Ländern, erscheint nicht überraschend, denn sie wirkt sich auf alle drei Faktoren der Bevölkerungsentwicklung aus: Fertilität, Mortalität und Migration. Dass es andererseits 2020 und 2021 auch weniger Geburten gab, war jedoch eine Überraschung. Rückläufige Geburtenzahlen infolge von Krise und Unsicherheit sind üblich, allerdings mit einer neunmonatigen Verspätung.

Der Corona-bedingte Geburtenrückgang konnte sich erst im Jahr 2021 zeigen. Deshalb war man umso überrasch-

ter, als schon im Januar drei trendsetzende Länder, China, Russland und Frankreich, historische Geburtentiefstände verkündeten.

Wie sich das Bevölkerungswachstum in Afrika, das verantwortlich ist für den anhaltenden Migrationsdruck weltweit, entwickeln wird, lässt sich kaum vorher-sagen. Zu ungenau ist auch in dieser Hinsicht die Datenlage, die schon bei den Corona-Zahlen aus Afrika die meisten Fachleute überrascht hat. Kürzlich machten Meldungen von mehr als 20 Millionen Geburten allein in Afrika die Runde, die in keiner Statistik auftauchen. Diese Kinder werden sicherlich auch die Bevölkerungsstatistik wieder nach oben ausschlagen lassen. *Bodo Bost*



KÖNIGSBERG

Dostojewskij-Ehrung in der Pregelmetropole

Denkmaleinweihung unweit des Hansarings – „Mickiewicz-Platz“ wurde nach dem russischen Dichter umbenannt

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Am 11. November jährte sich der Geburtstag eines der berühmtesten russischen Schriftsteller mit Weltruhm, Fjodor Dostojewskij, zum 200. Mal (siehe auch PAZ Nr. 44 vom 5. November). Seine Bücher wurden in Dutzende von Sprachen übersetzt, und er selbst ist einer der meistgelesenen Schriftsteller.

Wie schon 1999, als der 200. Geburtstag von Alexander Puschkin gefeiert wurde, war das Ereignis mit großem Aufwand vorbereitet worden. In allen Teilen der Russischen Föderation fanden Gedenkveranstaltungen statt, und in einer Reihe von Regionen wurden neue Denkmäler für den Schriftsteller errichtet. Dazu gehörte auch die Stadt Königsberg.

Die Einweihungszeremonie für das Denkmal in der Pregelmetropole fand passend am 200. Geburtstag Dostojewskijs statt. Das Monument war vom ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten der Regionalregierung und heutigen Chef des Unternehmens „Sodruschestwo“, Alexander Schenderjuk-Schidkow, in Auftrag gegeben worden.

An der feierlichen Zeremonie nahmen Vertreter der Region und der Stadt teil, die das Werk des großen Schriftstellers ausgiebig kennengelernt hatten. Gouverneur Anton Alichanow sagte zum Beispiel, er habe die „Brüder Karamasow“ genossen und wolle nun „Der Idiot“ noch einmal lesen. Nun steht ein zweieinhalb Meter hoher Dostojewski aus Bronze auf einem Steinsockel. Schützend hält er einen Vogel in den Händen. Der Bildhauer Andrej Sledkow hat die Skulptur erschaffen. Er ist in Königsberg dafür bekannt, dass er bereits sieben Homlins und ein Denkmal für Alexander Njewskij erstellt hat.



Am Tag der Einweihung: Dostojewskij-Denkmal auf dem nach ihm umbenannten Platz

Foto: J.T.

Der Bildhauer erklärte, warum sein Dostojewskij mit grüner Patina bedeckt ist: „Ich wollte, dass das Denkmal für Fjodor Michajlowitsch den Eindruck erweckt, dass es hier seit hundert Jahren steht.“ Die Skulptur vermittelt tatsächlich den Eindruck, dass sie seit mehreren Jahren an diesem Ort steht.

Während der Grund für die Farbe des Denkmals geklärt ist, hat sein Standort eine Reihe von Fragen aufgeworfen. Zu-

nächst war der Platz vor dem Dramentheater in Erwägung gezogen worden, aber man entschied sich dann doch dagegen, weil es nebenan bereits ein Schiller-Denkmal und gegenüber eines für Peter den Großen gibt.

Denkmal mit Patina

Infolgedessen wurde das Denkmal neben dem eines anderen berühmten Schriftstellers, Adam Mickiewicz, aufgestellt. Der Platz an der Kreuzung Gluckstraße/Vogel-

weide ist seit mehr als 20 Jahren nach dem polnischen Nationaldichter benannt. Der Ort ist bekannt dafür, dass sich hier nachts die Trinker versammeln und bis zum Morgen grauen feiern. Nun wird Dostojewskij selbst den nächtlichen Trinkgelagen beiwohnen können. Der Platz ist auch ein beliebtes Ziel für Hundespaziergänger.

Ende Oktober beschloss der Königsberger Stadtrat, den Platz umzubenennen, damit das neue Denkmal nun auf dem Dos-

tojewskij-Platz steht. Der neue Bürgermeister, Jewgenij Ljubowj, wollte sich nicht zu der Umbenennung äußern. Der stellvertretende Leiter der Stadtverwaltung, Igor Schlykow, hielt dagegen nicht mit seiner Ansicht hinterm Berg: „Es war eine gute Idee, den berühmten russischen Schriftsteller neben das Schauspielhaus zu stellen, da dort seit mehr als 70 Jahren Stücke nach seinen Werken aufgeführt werden. Und 200 Jahre Fjodor Michajlowitsch ist ein würdiges Datum, das sichtbar sein sollte. Es ist auch ein wichtiger kultureller Ort, ein Anziehungspunkt für Touristen. Auch Schulkinder, die das Schauspielhaus besuchen, würden zu diesem Denkmal kommen.“

Uneinigkeit über den Standort

Der Bildhauer Sledkow äußerte sich bei der Enthüllung des Denkmals eher diplomatisch: „Ich bin sehr froh, dass meine Werke Vertretern der russischen Geschichte gewidmet sind. Dies schmälert in keiner Weise die Würde der Geschichte, die hier vorliegt, der früheren Geschichte, die bewahrt und nicht angetastet, sondern nur ergänzt werden sollte.“

Ganz in der Nähe des Ortes, an dem das neue Dostojewskij-Denkmal errichtet wurde, befindet sich ein geräumiger Park, der sich entlang des Gebäudes der Regionalbibliothek am Hansaring erstreckt. Das Denkmal wäre an diesem Ort auch sehr angebracht gewesen, denn auch dort kommen viele Touristen und Stadtbewohner vorbei. Das Denkmal zu Ehren des großen Schriftstellers würde von allen gesehen. Zudem hätte dafür nicht einmal der Platz umbenannt werden müssen. Und selbst wenn, dann wäre durch eine solche Umbenennung in Königsberg der nach Mickiewicz benannte Platz nicht weggefallen.

JUBILÄUM IN ALLENSTEIN

Feier zum 30-jährigen Bestehen der AGDM

Festveranstaltung in der Feliks-Nowowiejski-Philharmonie: Stephan Grigat und Gottfried Hufenbach nahmen teil

Nach der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit im Jahr 1991 hat die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) ihre Tätigkeit aufgenommen. 2000 erwarb die Minderheitengruppe dank der Hilfe der Partner in der Bundesrepublik ein Gebäude in der Allensteiner Bahnhofstraße, das ab diesem Zeitpunkt Haus Kopernikus genannt wird und der AGDM bis heute als Sitz dient.

Ende Oktober feierte die AGDM ihr 30. Jubiläum. Aus diesem Anlass wurde von Domherrn André Schmeier, dem Seelsorger der Deutschen Minderheit in der Region, die feierliche Messe in der Herz-Jesu-Kirche zelebriert. Im Anschluss daran fand in der Feliks-Nowowiejski-Philharmonie eine große Jubiläumsgala statt, an der zirka 350 Personen teilnahmen.

Für die Moderation sorgten Dawid Wierzbicki und Klaudia Wemhoff. Wie bei solchen Feierlichkeiten üblich, fehlte es nicht an bewegenden Reden. In ihrer Ansprache verwies die Vorsitzende der AGDM, Krystyna Plocharska, auf die Bandbreite der Kulturprojekte, die im

Laufe von drei Jahrzehnten umgesetzt wurden, und unterstrich den besonderen Charakter der ergriffenen Initiativen: „Alle unsere Veranstaltungen werden nicht nur für AGDM-Mitglieder, sondern auch für andere interessierte Stadtbürger organisiert. Diese Vorgehensweise stärkt unsere regionale Identität und fördert den

Aufbau von lokalen Beziehungen. Die thematische Vielfalt der Begegnungen erleichtert die Darstellung des Kulturerbes unserer Gesellschaft und erhöht die Toleranz gegenüber Angehörigen der deutschen Minderheit.“

Das bisher Erreichte wäre nicht möglich gewesen ohne gute Beziehungen zu

lokalen und kommunalen Behörden, zu polnischen und bundesdeutschen Ministerien und zu Partnern in der Bundesrepublik. Grußworte und Reden hielten unter anderem der Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Gustaw Marek Brzezina, der Präsident der Stadt Allenstein, Piotr Grzymowicz, der Vorsitzende der Kommission für nationale und ethnische Minderheiten des Woiwodschaftssejmiks, Jarosław Słoma, der Leiter des Woiwodschaftstages Ermland-Masuren und der Marschallbeauftragte für Nationale und Ethnische Minderheiten, Wiktor Marek Leyk, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Bernard Gaida, der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Allenstein in Gelsenkirchen Gottfried Hufenbach, sowie der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat.

Ehrung für Dichter Somplatzki

In ihren Ansprachen betonten die Gäste den besonderen Stellenwert der AGDM, ihre Verdienste um die deutsch-polnische Versöhnung sowie den großen Beitrag zum Kulturleben der Stadt. Ein besonderer Punkt der Jubiläumsgala war die Aushändi-

gung des Ehrenverdienstabzeichens für Ermland und Masuren an den masurischen Schriftsteller Herbert Somplatzki. Da der Autor mit seiner schöpferischen Tätigkeit in seinen Werken die kulturelle Vielfalt Ostpreußens zum Ausdruck bringt und die Schönheit des Landes lobt, ergriff die AGDM im Einvernehmen mit dem Marschallamt der Woiwodschaft die Initiative, den Schriftsteller auszuzeichnen.

Für die AGDM war es eine große Ehre, dass die Verleihungszeremonie, die vom Woiwodschaftsmarschall und seinen Mitarbeitern vollzogen wurde, im Rahmen der Jubiläumsgala stattfinden konnte. Seine Dankbarkeit und Anerkennung für die Verdienste um die Deutsche Minderheit drückte auch Bernard Gaida aus, der im Namen des VdG eine Reihe von verdienten Persönlichkeiten mit Auszeichnungen und Medaillen ehrte. Nach der Aushändigung von Abzeichen luden die Veranstalter zum Jubiläumskonzert ein. Unter der Leitung des Dirigenten Piotr Sulkowski trat das Symphonieorchester der Stadt auf. Präsentiert wurden zwei Symphonien von Ludwig van Beethoven. Der Orchesterauftritt machte auf alle Versammelten einen großen Eindruck. Dawid Kazański



Ehrungen: Krystyna Plocharska (M.) mit dem Dichter Somplatzki rechts neben ihr

Foto: B.K.

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Gantz, Irmgard, geb. **Drummer**, aus Prostkten, Kreis Lyck, am 2. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Fauken, Hedwig, geb. **Wengoborski**, aus Lyck, Lycker Garten 12, am 2. Dezember
Konietzko, Günter, aus Seedorf, Kreis Treuburg, am 27. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Spelge, Vera, geb. **Lindemann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Buhn, Edith, geb. **Zachau**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 28. November
Burba, Luise, geb. **Teschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November
Kalinowski, Gerda, geb. **Kozik**, aus Prostkten, Kreis Lyck, am 28. November
Lehmann, Waltraut, geb. **Voigt**, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, am 28. November
Rehberg, Christa, geb. **Kennweg**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. November
Seitz, Else, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 28. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Battefeld, Grete, geb. **Ficht**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 29. November
Kowalewski, Helga, aus Lyck, am 28. November
Meyer, Dr. Günter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Karpowski, Herbert, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 30. November
Koepfen, Horst, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 26. November
Krämer, Hildegard, geb. **Gleich**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 29. November
Küster, Annaliese, geb. **Grabowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. November
Luttikus, Manfred, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 29. November
Pahlke, Hildegard, geb. **Rattay**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 30. November
Priebe, Heinz, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 26. November

Richter, Ella, geb. **Schulz**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember
Ruchatz, Fritz Herbert, aus Lyck, am 29. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bohlmann, Reinhold, aus Seebriicken, Kreis Lyck, am 30. November
Fischer, Ilse, geb. **Schapat**, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 2. Dezember
Pruß, Günter, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Schulz, Erich, aus Wehlau, am 2. Dezember
Vogel, Hildegard, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 26. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bormüller, Irmgard, geb. **Bembenneck**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 27. November
Dürre, Waltraut, geb. **Lemke**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. November
Fabry, Brunhilde, geb. **Gusko**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Grenz, Helmut, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 1. Dezember
Kloth, Hannelore, geb. **Melzer**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 30. November
Korting, Kurt, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Kudling, Erich, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. Dezember
Kudling, Walter, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. Dezember
Küchler, Dr. Christel, geb. **Praecus**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 1. Dezember
Lagerpusch, Horst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 27. November
Niemeyer, Hildegard, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 28. November
Potrafke, Edith, geb. **Niederstrasser**, aus Treuburg, am 2. Dezember
Reddig, Heinz, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 2. Dezember
Schiemann, Werner, aus Seehausen, Kreis Angerburg, am 1. Dezember
Stoltz, Irmgard, geb. **Weiß**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Stuhr, Herta, geb. **Krantau**, aus Liebwalde, Kreis Mohrunen, am 27. November
Will, Waltraud, geb. **Michel**, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 26. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Elsner, Charlotte Luise, geb. **Kirsch**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 30. November
Gellert, Gerda, aus Neidenburg, am 29. November
Meyer, Hedwig, geb. **Olschewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 26. November
Moselowski, Edeltraud, geb. **Senff**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. November

Nowosadtko, Heinz, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 1. Dezember
Rospunt, Gisela, geb. **Desens**, aus Hinterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 28. November
Sassnick, Christel, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 2. Dezember
Stritzel, Hans-Werner, aus Lyck, am 2. Dezember
Zaiss, Hildegard, geb. **Spirat**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 29. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

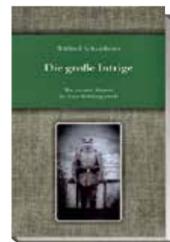
Babbel, Hilde, geb. **Gawer**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 26. November
Bartsch, Regina, geb. **Lammers**, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 26. November
Czerwinski, Oswald, aus Lyck, am 27. November
Dell Osso, Ursula, geb. **Reipa**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 28. November
Frydrycy, Gertrud, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Genzik, Renate, geb. **Rudzio**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. November
Heese, Lilly, geb. **Nolda**, aus Wehlau, am 30. November
Heine, Elfriede, geb. **Frommer**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 27. November
Hochfeld, Fritz, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 2. Dezember
Kairies, Gerhard, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 29. November
Koetzing, Erwin, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 1. Dezember
Marhenke, Helene, geb. **Drott**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. November
Rode, Edelgard, geb. **Schemeit**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 28. November
Stelter, Magda, geb. **Hollfoth**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 29. November
Weil, Christel, geb. **Baumgardt**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember
Zwillus, Rosi, geb. **Hocheder**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 30. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Abraham, Edith, geb. **Waskow**, aus Motitten, Kreis Mohrunen, am 26. November
Barsties, Ernst, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 30. November
Bürger, Günter, aus Ebenrode, am 29. November
Ellmer, Gerhard, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 30. November
Gerke, Waltraud, geb. **Wollmann**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 27. November
Germer, Ursel, geb. **Czychon**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 28. November
Golz, Waltraud, geb. **Link**, aus Lehbruch, Kreis Elchniederung, am 26. November

Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig
 Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

PAZ wirkt!



Vierte Auflage, 267 S.,
 13,90 EUR (portofrei)

DIE GROSSE INTRIGE Von Wilfried Schaudienst

Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg und jetzt die Konfrontation mit Russland haben ihre Wurzeln in den Ursachen und Folgen des Ersten Weltkrieges. Deutschland war 1919 gezwungen worden, zu erklären, dass es mit seinen Verbündeten die alleinige Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges hat, was in jüngster Zeit von Historikern verneint wird. Es verlor 13% seines vorherigen Gebietes und musste 132 Milliarden Goldmark (47.000 Tonnen Gold) zahlen. Weitere Reparationsleistungen ruinierten das Land. Die Verbündeten Großbritannien, Frankreich und Russland hatten mit ihrer gewaltigen militärischen Übermacht nur in einem Krieg die Möglichkeit gesehen, die sensationelle Entwicklung des Deutschen Reiches, die im ersten Teil des Buches beschrieben wird, zu stoppen. Da sie nicht als Aggressoren verurteilt werden wollten, musste Deutschland dazu gebracht werden, den Krieg zu erklären. Dies gelang mit einer groß angelegten Intrige, die im zweiten Teil beschrieben wird.

Bestellung unter: intrige@freenet.de

Kontakt

Angela Selke,
 Telefon (040) 4140080,
 E-Mail: selke@paz.de

ZUM 85. GEBURTSTAG

Allies, Frank Martin, aus Niedersee, Kreis Sensburg, am 19. November
Bachmann, Helga, geb. **Schlien**, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 27. November
Beck, Ursel, aus Lyck, am 1. Dezember
Berger, Christine, geb. **Neumann**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 30. November
Bytzek, Bernhard, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 27. November
Dewes, Hans-Otto, aus Wehlau, am 28. November
Erwied, Wolfgang, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 30. November
Fedderwitz, Ilse, geb. **Sommer**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Dezember
Hennig, Günter, aus Ebenrode, am 28. November
Jackow, Ingrid, geb. **Sott**, aus Hirschthal, Kreis Ortelsburg, am 28. November
Möxs, Renate, geb. **Grünheid**, aus Wehlau, am 29. November
Oeljeschläger, Traute, geb. **Gre-schat**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 27. November
Reder, Hedwig, geb. **Rogalla**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 30. November
Rüß, Agathe, geb. **Bondzio**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 26. November

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4,
 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 49/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 49/2021 (Erstverkaufstag 10. Dezember) **bis spätestens Dienstag, den 30. November**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Bücher zur Flucht mit der Bahn 1945 aus Ostpreußen

Die Erlebnisberichte werden durch den wissenschaftlichen Beitrag des polnischen Historikers Dr. Tomasz Glienicki im Band 3 ergänzt, der hierzu russische Archive aufgesucht und Aussagen russischer Offiziere und Soldaten ausgewertet hat.
Letzte Flüchtlingszüge aus Ostpreußen, Band 1-2011
 Das Drama der letzten Flüchtlingszüge und die Zugkatastrophe bei Grünhagen im Kreis Preußisch Holland
Flucht mit der Bahn 1944/45 Band 2-2014
 Erlebnisberichte aus Ostpreußen, Westpreußen und Pommern
Missglückte Flucht Januar 1945 Band 3-2018
 Als Beispiel der Unterschiede in den nationalen Gedächtnissen
 Alle Bücher bei Books on Demand GmbH, 22848 Norderstedt oder im Buchhandel
Weitere Informationen: www.heinz-timmreck.de



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Bremen
Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Insterburg-Stadt / Land
Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

PREUSSEN KURIER
Landesgruppe – Die Sonderausgabe des Preußen Kuriers 2021 thematisiert auf anschauliche Weise die Reichsstraße 1.
 Das 80 Seiten starke Heft nimmt den Leser mit vielen Bildern mit auf die Reise von Aachen bis nach Eydtkuhnen und zeigt auf geographischem Weg die Geschichte Deutschlands.

Adventsfeier
Bremen – Sonnabend, 4. Dezember, 15 Uhr, Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen: Adventsfeier. Verbindliche Anmeldung bei der Geschäftsstelle, donnerstags, 15 bis 17.30 Uhr, unter Telefon: (0421) 3469718, oder bei Dagmar Schramm, Telefon (04298) 698765.

Advents- + Weihnachtsfeier
Essen – Freitag, 10. Dezember, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Ost- und Westpreußen zur Advents- und Weihnachtsfeier.

Ortsgruppen
Darmstadt – Sonnabend, 4. Dezember, 11 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Weihnachtsfeier. Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.
Thüringen – Sonnabend, 4. Dezember, 14 Uhr, Diakonissenmutterhaus Eisenach, Karlsplatz 27-31: Weihnachtsfeier. Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail fjböhlke@gmail.com
Zwickau – Sonnabend, 11. Dezember, 12 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau OT Marienthal: Weihnachtsfeier mit Mittagessen, Ehrung von Mitgliedern, weihnachtlichen Liedern und Gesang. Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Zu beziehen ist diese Sonderausgabe „Die ehemalige Reichsstraße 1 – eine europäische Handelsroute – Lebensbilder aus Deutschland“ von Jörg Pekrul bei der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e.V., E-Mail: info@low-bayern.de, postalisch: Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg.

Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Sachsen
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Weihnachtsfeier
Wiesbaden – Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Weihnachtsfeier.

Heimatchmittag
Zwickau – Sonnabend, 4. Dezember findet der Heimatchmittag, im Rahmen einer Weihnachtsfeier unserer Mitglieder, statt. Hierzu haben wir uns Kinder aus einem Kindergarten eingeladen, die ein buntes Weihnachtsprogramm gestalten. Im Anschluss wird der Weihnachtsmann kleine Geschenke den Kindern überreichen.

Neidenburg
Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon.: (04131) 7684391.

Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Röbel
Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de. **Stellv. Kreisvertreter:** Ernst Grünheidt, **Schatzmeister:** Siegfried Schrade, **Schriftführerin:** Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin: Ursula Schlempe



Das Cover der Sonderausgabe

Adventsfeier
Nürnberg – Dienstag, den 30. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, Ende der U1 gegenüber. Wir feiern den Advent.

Adventsfeier
Oldenburg – Mittwoch, 8. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel: Adventsfeier. Eine telefonische Anmeldung ist unter (0441) 2047676 erforderlich.

sich im November bei Lieschen und Ulrich Klemens zum Thema: Der Danziger Astronom Johannes Hevelius (Hevelke), 1611-1687, nach dem Kapitel aus dem Buch „Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel“ von Hans-Jürgen Kämpfert.
 Hevelke, von Berif Brauer und Kaufmann, war der bedeutendste Astronom um die Mitte des 17. Jahrhunderts. Er besaß von 1650 bis 1679 in Danzig die beste Sternwarte seiner Zeit. Er ist der eigentliche Begründer der Mondtopographie; er beschrieb die Mondoberfläche und zeichnete Mondkarten zu verschiedenen Phasen des Mondes. Er beschäftigte sich auch mit der Sonne und den Sonnenflecken, mit den Planeten und Kometen und ihren Bahnen.
 Sein schriftstellerisches Werk besteht aus 3000 Folioseiten und mehr als 30 wissenschaftlich und künstlerisch wertvollen Kupferstichen, zum Teil von eigener Hand.
 Seine Brauereiangestellten, die am Wochenende ihren Wochenlohn in seinem Kontor abholten, sagten immer: „Herr Hevelke, nu goane wi.“ Der Papagei konnte das nachsprechen. Als Hevelke verstorben war und aus dem Haus getragen wurde, rief der Papagei: „Herr Hevelke, nu goane wi!“ Einige Tage später erwischte die Katze den Papagei, sodass er nur noch schreien konnte: „Herr Hevelke, nu goane wi!“ Diese Anekdote ist nicht nur vielen Danzigern bekannt.
 Beide Ehefrauen hatten Johannes Hevelius bei seinen astronomischen Arbeiten unterstützt.
 Die Gruppe freut sich immer auf die Treffen und dankte Lieschen Klemens für die Kaffeetafel. Gute Wünsche und Grüße wurden für die Mitglieder ausgesprochen, die nicht dabei sein konnten.

Beide Ehefrauen hatten Johannes Hevelius bei seinen astronomischen Arbeiten unterstützt.
 Die Gruppe freut sich immer auf die Treffen und dankte Lieschen Klemens für die Kaffeetafel. Gute Wünsche und Grüße wurden für die Mitglieder ausgesprochen, die nicht dabei sein konnten.

Bericht
Bad Oldesloe und Tremsbüttel – Die Ost- und Westpreußen trafen sich im November bei Lieschen und Ulrich Klemens zum Thema: Der Danziger Astronom Johannes Hevelius (Hevelke), 1611-1687, nach dem Kapitel aus dem Buch „Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel“ von Hans-Jürgen Kämpfert.
 Hevelke, von Berif Brauer und Kaufmann, war der bedeutendste Astronom um die Mitte des 17. Jahrhunderts. Er besaß von 1650 bis 1679 in Danzig die beste Sternwarte seiner Zeit. Er ist der eigentliche Begründer der Mondtopographie; er beschrieb die Mondoberfläche und zeichnete Mondkarten zu verschiedenen Phasen des Mondes. Er beschäftigte sich auch mit der Sonne und den Sonnenflecken, mit den Planeten und Kometen und ihren Bahnen.
 Sein schriftstellerisches Werk besteht aus 3000 Folioseiten und mehr als 30 wissenschaftlich und künstlerisch wertvollen Kupferstichen, zum Teil von eigener Hand.
 Seine Brauereiangestellten, die am Wochenende ihren Wochenlohn in seinem Kontor abholten, sagten immer: „Herr Hevelke, nu goane wi.“ Der Papagei konnte das nachsprechen. Als Hevelke verstorben war und aus dem Haus getragen wurde, rief der Papagei: „Herr Hevelke, nu goane wi!“ Einige Tage später erwischte die Katze den Papagei, sodass er nur noch schreien konnte: „Herr Hevelke, nu goane wi!“ Diese Anekdote ist nicht nur vielen Danzigern bekannt.
 Beide Ehefrauen hatten Johannes Hevelius bei seinen astronomischen Arbeiten unterstützt.
 Die Gruppe freut sich immer auf die Treffen und dankte Lieschen Klemens für die Kaffeetafel. Gute Wünsche und Grüße wurden für die Mitglieder ausgesprochen, die nicht dabei sein konnten.



FOTO: DANIEL SCHULTZ

Weihnachten fertiggestellt. Der Brief wird zurzeit bei der Fa. Rautenberg gedruckt und Anfang Dezember pünktlich versandt. Natürlich sind wir alle schon sehr gespannt, was dem Schriftleiter da wieder gelungen ist. Es ist ja schon eine Tradition, dass der Heimatbrief zu den Weihnachtstagen bei allen Interessenten zur Verfügung steht.
 Die Mitglieder, die in der Heimatdatei erfasst sind, erhalten den Brief wie immer kostenlos zugesandt. Sollte es aus irgendwelchen Gründen passieren, dass Sie als Mitglied keinen Brief bekommen haben, melden Sie sich bitte bei mir oder beim Schriftleiter Wilfried Brandt; wir schicken Ihnen dann umgehend einen zu. Das Gleiche gilt auch für Freunde der Kreisgemeinschaft. Der Wunsch nach einem Heimatbrief wird sofort erledigt.
 Der Vorstand wünscht Ihnen eine ruhige, angenehme Vorweihnachtszeit, verbunden mit dem Wunsch: „Bleiben Sie, oder werden Sie gesund!“ *Ulrich Pokraka*

Der Vorstand wünscht Ihnen eine ruhige, angenehme Vorweihnachtszeit, verbunden mit dem Wunsch: „Bleiben Sie, oder werden Sie gesund!“ *Ulrich Pokraka*

Der Vorstand wünscht Ihnen eine ruhige, angenehme Vorweihnachtszeit, verbunden mit dem Wunsch: „Bleiben Sie, oder werden Sie gesund!“ *Ulrich Pokraka*

Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de. **Stellv. Kreisvertreter:** Ernst Grünheidt, **Schatzmeister:** Siegfried Schrade, **Schriftführerin:** Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin: Ursula Schlempe

Mitgliederversammlung
Neuss – Sonnabend, 11. Dezember, 14 Uhr, Berufsbildungszentrum, R.A003/Haupteingang, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss: Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung der Mitglieder, 2. Gedenken

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
 Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich verschenke für ein Jahr befristet die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Zahlung per: Lastschrift Rechnung

Empfänger des Abos ist:

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____

Der **Geschenkgutschein** soll geschickt werden an:
 den Schenkenden den Empfänger des Abos

Bitte den Bestellschein einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Verschenken Sie Lesefreude

Die PAZ als Jahresabo für Ihre Lieben

40 Euro
Prämie
für Sie

Gleich unter
 040-41 40 08 42
 oder per Fax
 040-41 40 08 51
 oder online
 www.paz.de/abo
 bestellen!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

der Verstorbenen, 3. Bericht des Kreisvertreter E. Neubauer, 4. Bericht der Mitglieder des Kreis Ausschusses, 5. Jahresrechnung 2020, 6. Bericht der Rechnungsprüfer, 7. Satzungsänderung: Reduzierung des Vorstandes auf zwei oder drei Personen (Kreisvertreter, Schatzmeister und gegebenenfalls Schriftführer), 8. Entlastung des Vorstandes, 9. Wahl des Wahlleiters, 10. Wahl des Kreistages, 11. Wahl des Kreis Ausschusses/Vorstand, 12. Gestellte Anträge, 13. Verschiedenes.

Anträge zur Tagesordnung sowie Bewerber für den Kreistag/Ausschuss bitte bis zum 4. Dezember an Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss oder per E-Mail: kreisgemeinschaft-roessel@gmx.de senden.

Eingeladen sind alle ehemaligen Einwohner aus dem Kreis Rößel sowie Heimat- und Kulturinteressierte. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Selbstverständlich wird die Mitgliederversammlung unter Berücksichtigung der Corona Hygienevorschriften und der 3-G Regeln stattfinden. Falls sich auf Grund der Infektionslage Änderungen ergeben sollten, werden wir Sie kurzfristig, soweit möglich, darüber informieren. Bitte informieren Sie sich auch telefonisch oder im Internet.

PAZ wirkt!

ANZEIGEN

Nie zu erwandern schienst Du,
Gebirge Alter!
Nun bin ich am Ziel.
Haiku nach Agnes Miegel

Wir nehmen Abschied von unserer Mutter,
Schwiegermutter und Oma

Inge-Maria Alf

* 15. November 1928 in Insterburg
† 9. November 2021 in Bonn

Christian Adam
Ingrid Adam
Alina Adam und Jannis Meng
Marc Julian Adam
im Namen von Freunden
und Anverwandten

Kondolenzanschrift:
Familie Adam, c/o Glitsch-Necke Bestattungen
Beethovenallee 8-12, 53173 Bonn

Der Trauergottesdienst hat im engsten Kreis in Bonn-Bad Godesberg stattgefunden. Auf Wunsch der Verstorbenen wird ihre Asche zu einem späteren Zeitpunkt von Hörnum auf Sylt aus auf Hoher See beigesetzt.

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu
geben, ist eine
Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Evelyn Eva Preuß

* 19. Februar 1934 † 11. November 2021
Ortelsburg (Ostpreußen) Kassel

Traute Preuss-Michael und Dr. Joachim Michael
Christoph Michael und Anika Lepage
Andreas Michael und Anna Heinemann mit Julius
Barbara Preuß

Kondolenzanschrift:
Karl Gobrecht Bestattungsinstitut, Fünffensterstr. 18, 34117 Kassel
Die Trauerfeier und Beisetzung fand im engsten Familienkreis statt.

Ein aufrichtiger, nie ermüdender Kämpfer
für Recht, Gerechtigkeit und Frieden,
ist von uns gegangen,
in Gottes ewigen Frieden.

Karl Johann Feller

Landwirt

25. Juli 1932 30. Oktober 2021
Kaimelswerder/Ostpreußen Laurenziberg/Rheinland-Pfalz

Wir werden Karl Feller in ewiger Erinnerung bewahren.
Möge er ruhen in Frieden!

Landsmannschaft Ostpreußen
Landesverband Rheinland Pfalz

Dr. Wolfgang Thüne
Landesvorsitzender

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Karl Johann Feller

* 25. Juli 1932 † 30. Oktober 2021
in Kaimelswerder, in Laurenziberg/
Kreis Gumbinnen Rheinland-Pfalz

Der Verstorbene war langjähriger Kreistagsvorsitzender der Kreisgemeinschaft Gumbinnen und Bezirksvorsitzender für den Bezirk Amtshagen.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Karl Johann Feller im Jahre 2007 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese Stellv. Sprecher
Stephan Grigat Sprecher
Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister

Rätsel

überraschend	grässliches Fabelwesen	ungarischer Nationaltanz	ablehnen, negieren	Boxkampfabschnitt	ohne Einfälle	Ölbaumfrucht	Winkel des Boxings	Stadtteil von New York	Gehilfe, Mitarbeiter	Probe, Stichprobe	Laubbaum	zugunsten einer Person, Sache	mit Absicht stoßen
Nasenloch des Pferdes			russ. Währungseinheit	kurze Stichwaffe			Stadt in Hessen, an der Fulda		Salz-, Pfeffergefäß				Vorderasiat
									der Wolf in der Fabel		Großherzigkeit		
Speiseraum für Studenten		Wettkampfsorganisator			Tierlippe		Bürde, Drückendes			Farbton		sittlich, moralisch	
			sich äußern, sprechen		franz. Autorin (Französisch)		Bitte um Antwort		Hauptstadt der Balearen	Strauchfrucht			
Kleidermantelstoff		Opernsologesang		geistl. Lehrer des Hinduismus		Verladeaufnahme				bayer. Benediktinerabtei			
unterwegs sein			französischer Maler (Edgar)			geltend, wirksam	tierisches Milchorgan	anlocken					
eigen-sinnig, hartnäckig	ausreichend				trockene Halme des Getreides	Gesichtsfarbe		besondere Art, Sorte von etwas	Schutzwahl	saure Flüssigkeit zum Würzen	britischer Vorstehhund		Zierpflanze, Schnittblume
österr. Fluss zur Donau				Sperrkinke			Markt-bude			speziell zu diesem Zweck		landwirtschaftliches Gerät	
				Zünd-schnur	wärmer, soniger Wochenteil	Blütenstand		Ausruf der Verwunderung	früheres Narkosemittel				
				fördern, finanziell unterstützen				Verhältniswort				Kulturbild der Ostkirche	
							Einkaufsstraße in Düsseldorf (Kzw.)	veraltet für Viola, Bratsche					
				Kerzen-faden	Bruder Kains	Groß-industrieller	Teil des Gesichts		einerlei, gleichartig	Haus-vorbau			
				Hafen in Süd-schweden				Nahrung zu sich nehmen	Leid, Not	Urgroß-vater (Kose-wort)		Schlankheitskur	Göttin der Künste
				Wind-erzeuger	Dienst-stelle; Behörde	aufge-brühtes Heiß-ge-tränk	Fest-, Tanz-raum		Gleich-klang im Vers				kurzer Schmerzenslaut
								Geliebte des Zeus					
				sagenh., im Meer versunkene Insel	Kunst-freund, Gönner			kleine Zier-figuren		europ. Kultur-TV-Kanal			
				Ehemann			Miss-gunst						

Magisch: 1. seefest, 2. Pfleger, 3. Ostertä
Kellner
5. Schneide, 6. Kosmetik, 7. Literatur -
Mittelwörter: 1. Wettkampf,
2. Gebühren, 3. Schlauch, 4. Polster,
5. Schneide, 6. Kosmetik, 7. Literatur -
3. Ostertä

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

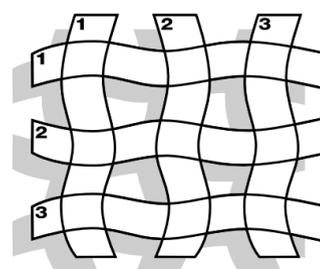
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABBEK	EHR	EESS	DEFPR	AHIO	DENN	EGOR
			ADEF			
EEHLR	EEHR	ST				
AGMNO						
RRST						
BEIR			DINO			

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine Bedienung im Restaurant.

1	SPORT						REGELN
2	PARK						SATZ
3	WASSER						BOOT
4	FETT						BANK
5	MESSER						BRETT
6	NATUR						SALON
7	WELT						PREIS



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 meerestüchtig
- 2 Fürsorger, Betreuer
- 3 italienisches Wirtshaus

Heimatkreisgemeinschaften



Duisburg – Sonnabend, 4. Dezember, 10.30 Uhr, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: ordentliche Mitgliederversammlung mit vorangehender Vortragsveranstaltung der PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens.

11 Uhr: Begrüßung durch den Präsidenten der PRUSSIA-Gesellschaft. Kurze Reflexion auf die Zeit nach dem 175. Gründungsjubiläum im Jahr 2019. Totenehrung. 11.20 Uhr: Jörg Naß referiert über

den Ursprung, die Finanzierung und den Bau von Jubiläumskirchen in Ostpreußen. 11.45 Uhr: Heino Neumayer referiert über „Neue Erkenntnisse über das Schicksal der Schau- und Studiensammlung des vormaligen Prussia-Museums in Königsberg nach 1945“. 13 Uhr: Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss. 14 Uhr: Mitgliederversammlung mit folgender vorläufigen Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung, 3. Bericht des Vorstands, 3a. Ge-

danken zur zukünftigen Vereinsarbeit, Satzungsänderungen, 3b. Unterbringung der Sammlung und Bibliothek, 4. Bericht des Schatzmeisters, Jahresrechnung, 5. Bericht der Rechnungsprüfer, 6. Aussprache zu Ziff. 3, 4 und 5, 7. Abstimmung über die Entlastung des Vorstands, 8. Nachwahl eines stv. Vorsitzenden/stv. Präsidenten, 8.1 Wahl eines Wahlleiters, 8.2 Nachwahl. 9. Vorhaben Perspektiven im Jahr 2022. 10. Verschiedenes. Die Mitgliederversammlung endet voraussichtlich gegen 16 Uhr.

Mitglieder werden gebeten, Änderungen und Anträge zur Tagesordnung per Brief, FAX, E Mail bis zum 30. November zu übermitteln. Fragen bitte an: prussia.gesellschaft@gmail.com Hans-Jörg Froese

ANZEIGEN

✝

„Meine Seele hängt an Dir;
Deine rechte Hand hält mich.“
Psalm 63,9

Ein langes und erfülltes Leben ist zu Ende gegangen.

Wir nehmen Abschied von unserer Mutter, Großmutter, Urgroßmutter und Schwester

Elisabeth-Charlotte (Lilo) Büge

geb. Handmann

* 29. Juni 1922 † 11. November 2021
Köslin / Kolberg Lübeck

In Dankbarkeit, Liebe und Trauer

Ingrid Holthuis	Kerstin und Bernd mit Jöran
Gisela und Karl-Friedrich Paetow	Thorsten und Ute mit Leo und Paul Anton
Heide-Lore und Detlef Zeidler	Ulrike und Thomas mit Merlin und Jasmin
Christiane Büge	Franziska und Mario mit Jasper und Linnea
Hans-Peter und Waltraud Büge	Max und Sepiede mit Navid
	Phillip und Mandy mit Paul und Frieda

Marianne Glatzel und Monika Armbruster mit Familien

Timmendorfer Strand

Die Trauerfeier fand am Donnerstag, dem 25. November 2021, im engsten Familien- und Freundeskreis in der Waldkirche zu Timmendorfer Strand statt.

Anstelle von Kränzen bitten wir um eine Spende für die Lübeck-Hilfe für krebskranke Kinder e.V. auf das Konto IBAN: DE12 2309 0142 0044 3322 11 bei der Volksbank Lübeck, Kennwort: Lilo Büge.

In diesen trüben Novembertagen gehen die Gedanken der Ostpreußen zu ihren Lieben zurück, die schon lange in ostpreußischer Erde ruhen.

Bei vielen Friedhofsbesuchen im Memelland fand ich eine zu Herzen gehende Friedhofskultur vor.

Erschütternd war es für mich, auf Grabsteinen zu lesen, dass damals viele Kinder leider nicht lange lebten.

Für die Eltern war es tröstlich, zu wissen, ihre Kinder ruhen in Gottes Hand.



Emma Kiaupat
*1910 † 1930



Emma Buddrich
*1906 † 1913

Buch als Stein

Bernd Dauskardt
Eichenweg 8
21279 Hollenstedt



Ein schöner Brauch.

Weihnachtsgrüße mit einer Anzeige.

29.11. Annahmeschluss!

Preußische Allgemeine

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige		Große Grußanzeige
--------------------	--	-------------------

Ihr Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
E-Mail: anzeigen@paz.de
Fax an: 040/41 40 08 50

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Wir stehen immer auf dem Podium“

Der Deutsche Arnold Drechsler leitet seit 30 Jahren den Caritasverband Oppeln Minderheit

VON CHRIS W. WAGNER

„Du wirst Caritasdirektor!“, sagte Alfons Nossol, damals noch Bischof der Diözese Oppeln, zu dem jungen Geistlichen Arnold Drechsler. Das war vor 30 Jahren. Dabei wollte sich der aus einer deutschen Familie aus dem oberschlesischen Sakrau [Zakrzów] stammende Drechsler in der Bundesrepublik eine Zukunft aufbauen. Doch einem Bischof widersetzt man sich nicht, schon gar nicht einem charismatischen wie Nossol. Heute ist ihm Drechsler dankbar und bewundert die Menschenkenntnis des nun emeritierten Erzbischofs. Denn Drechsler leitet mit Erfolg den ältesten und aktivsten Caritasverband Nachwendepolens.

Nach Kriegsende konnte der katholische Wohltätigkeitsverband nur fünf Jahre arbeiten, bis 1950 die Caritas, wie alle caritativen Einrichtungen der Republik Polen, verstaatlicht wurde. Damals, so Drechsler, habe die Devise von Ernst Bloch gegolten: „Ubi Lenin, ibi Jerusalem“ (Dort wo Marxismus herrscht, ist das gelobte Land), Not und Elend gebe es im Sozialismus eh nicht. Erst nach der politischen Wende konnte die Arbeit der Caritas wieder aufgenommen werden, und Nossol ergriff als erster die Initiative in seinem Bistum Oppeln. Nach 14-monatiger Vorbereitungsarbeit übernahm Drechsler am 1. Februar 1991 das Ruder.

„Die Verkündigung des Gotteswortes, die Feier der Sakramente und der Dienst der Liebe sind das Wesen der Kirche“, zitiert Drechsler sein großes Vorbild, Papst Benedikt XVI. „Die zwei ersten hatten Vor-



Sorgte schon 1994 für Schlagzeilen: Caritaschef Arnold Drechsler

rang in der polnischen Kirche. Als die Caritas verboten wurde, fühlten sich die Geistlichen vom Dienst der Liebe dispensiert. Die Kirche hatte nur Interesse an der geistigen Dimension“, sagt er.

So sieht Drechsler nach 30 Jahren die Aufgabe der Beheimatung der Caritas in der Mentalität, vor allem in der Seelsorge,

immer noch nicht als abgeschlossen. Auch er musste im Ausland lernen, dass der caritative Dienst Teil der pastoralen Arbeit ist. Aber auf die Gläubigen in der Diözese Oppeln und die mittlerweile 3000 freiwilligen Helfer konnte er sich stets verlassen. Aber auch auf die Deutsche Minderheit, durch die Gelder aus Deutschland kamen.

„Dank der moralischen Institution Alfons Nossol, aber auch dem Engagement der Kommunen, konnte am 10. Oktober 1992 in Groß Döbern [Dobrzeń Wielki] die erste Sozialstation eröffnet werden. Mit 54 Einrichtungen sind wir heute die einzige Diözese polenweit, die über ein flächendeckendes Netz von Sozialstationen verfügt“, freut sich Drechsler. Diese hätten sich vor allem in der Coronakrise bewährt, sagt er, denn als viele Arztpraxen aus Angst vor Ansteckung geschlossen blieben, waren die

der Minderheit wurden Fensterscheiben eingeschlagen, Hakenkreuze an Türen geschmiert und immer häufiger erschienen Sprüche wie „Deutsche raus“ oder „Nossol nach Berlin“. Letzteres tat Drechsler besonders weh. „Als Zeuge für all das, was er für die Region getan hat, fand ich besonders die Schmierereien wo das Doppel-„s“ im Namen Nossol wie bei der SS geschrieben wurde, als eine Ungerechtigkeit, eine schwere Sünde dem Bischof gegenüber“.

Auf einem Feld bei Follwark [Folwark] lag ein Dieseltank. Auch darauf haben Unbekannte „Nossol do Berlina“ geschrieben. Drechsler schnappte sich kurzerhand einen Eimer Farbe und ergänzte: „um medizinische Geräte zu organisieren.“ Eine Strafe gab es für ihn nicht und Nossol-Angriffe gab es nun kaum mehr. 2002 ließ Drechsler ein Denkmal für den polnischen Patrioten August Kośny in Alt Schalkowitz [Stare Siolkowice] vor einem von der Caritas übernommenen und zum Hospiz umgebauten ehemaligen Krankenhaus entfernen. „Ich ließ ihn vor der Schule in Chroszczütz [Chruscice], in seinem Geburtsort, aufstellen“, sagt Drechsler. Es gab damals böses Blut, aber eher bei Politikern in Warschau.

Nun, 20 Jahre später, kommt ein Fernsichtteam aus Polens Hauptstadt, um über den bestorganisierten Caritasverband einen Film zu machen. „Wir stehen immer auf dem Podium, wenn es um Spendenaktionen geht. 100.000 Euro haben wir zuletzt für Flutopfer in Deutschland gesammelt“, sagt er stolz. Die nächste Aktion läuft bereits. Derzeit wird für Flüchtlinge und Migranten an der polnisch-weißrussischen Grenze gesammelt.

17.000

Hausbesuche pro Monat bei 3500 Patienten

diplomierten Caritas-Schwester für die Alleinstehenden und Kranken die einzige Verbindung zur Außenwelt. Eine Mammutaufgabe: 17.000 Hausbesuche pro Monat bei 3500 Patienten, dafür ist Drechsler den Schwestern und auch ihren Familienangehörigen besonders dankbar. Und das bedeute für ihn, dass die Beheimatung seiner Caritas zumindest in seiner Heimat zum großen Teil gelungen sei.

Doch gab es gerade in Oberschlesien einige Hürden zu nehmen. In der Nachwendzeit, als die Deutschen sich in der Republik Polen öffentlich zu ihrer Nationalität und Sprache bekennen durften und dies auch taten, kam es immer wieder zu anti-deutschen Vorfällen. In Begegnungsstätten

BRAUCHTUM

Die Erfolgsgeschichte geht weiter

Eine Laudatio von Klaus Rudel für die ausscheidende Werkwochenleiterin Uta Lüttich

Nun stehe ich also hier und es wurde mir die Aufgabe durch die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) übertragen, unsere langjährige Werkwochenleiterin Uta Lüttich in der 67. Werkwoche zu verabschieden. So darf ich vom Sprecher der LO, Stephan Grigat und dem Bundesvorstand die herzlichsten Grüße bestellen.

Liebe Uta, im Oktober 1969 gab es die erste Werkwoche im von uns allen geliebten Ostheim in Bad Pyrmont, damals noch in Westdeutschland, geleitet von Hanna Wangerin. Im Jahr 2017 wechselte die Werkwoche der LO in die Politische Bildungsstätte Helmstedt. Das war nicht nur für Dich ein schmerzvoller Abschied von unserem vertrauten heimeligen Ostheim. Nichtsdestotrotz wird das Erbe der textilen Volkskunst durch Dich und die Teilnehmer bis heute gepflegt und vor dem Untergang bewahrt. Hiervon zeugen 67 Werkwochen in der Bundesrepublik und 15 Werkwochen im südlichen Ostpreußen.

Durch die Wahl zur Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise und Bundesvorstandsmitglied der LO im Jahr 1998 wurde die Funktion der Werkwochenleitung auf Dich übertragen. Im gleichen Jahr hast Du die Werkwochenleitung von den beiden Vorgängerinnen Hilde Michalski und Ursel Burwinkel übernommen und bis heute geleitet. Zum Leiten gehören auch die vielen administrativen Aufgaben, von denen die Teilnehmer nichts merken, die im Hintergrund von Dir in die Wege geleitet wurden und zu guten Werkwochen führten. Du sag-

test einmal, die Werkwoche sei für Dich einer der Höhepunkte des Jahres.

Zu Deinen Aufgaben zählte auch die Kontaktpflege und Organisation der Werkwochen in Allenstein, wo zusammen mit den fleißigen Damen der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) im Haus Kopernikus Werkwochen der LO auf Heimerde in einem zwei Jahresrhythmus durchgeführt werden. So sind die Werkwochen in Allenstein bei der Deutschen Minderheit an einem Ort, an dem sich ostpreußische Geschichte verdichtet, wie kaum anderswo, und nicht nur die Steine sprechen unsere Sprache.

Das Haus Kopernikus in Allenstein steht auf ganz eigene Weise für die Geschichte und die Tragödie der Ostpreußen,

eines besonderen Volkes und dessen Sehnsucht nach einem Ort, der Geborgenheit verspricht.

Im Jahr 2004 gab es den Festakt zur 50. Werkwoche in Bad Pyrmont. An diesem Jubiläum besuchten zur großen Freude der Anwesenden vier ehemalige Werkmeisterinnen ihre Wirkungsstätte. Es waren Waltraut Bartholomeyczik, Ilse Gruchow, Helga Nolde und Ida Schramme.

Zehn Jahre später, zum 60. Werkwoche Jubiläum im Jahr 2014, gab es einen ostpreußischen Heimatabend mit dem gern gehörten Conférencier, Sänger und begnadeten Sprachvirtuosen Peter Juréwitz, der mit einem Schuss Humor den Abend der Anwesenden mit ostpreußischen Darbietungen begleitete. So wurden in 23 Jahren,

25 Werkwochen in der Bundesrepublik und ab 1999, zwölf Werkwochen von Dir in Ostpreußen geleitet. Deinen Wissensschatz über Ostpreußen hast Du in den Werkwochen mit zahlreichen interessanten Vorträgen für die Teilnehmer initiiert oder eigene, die mit viel Akribie von Dir ausgearbeitet wurden, vorgetragen.

Eine Herzensangelegenheit war für Dich immer, dass auch Teilnehmer aus Ostpreußen an den Werkwochen in der Bundesrepublik aktiv teilnahmen. Durch die Corona-Maßnahmen gab es 2020 eine Unterbrechung dieser Tradition, und es konnten keine Teilnehmerinnen aus Ostpreußen, und wir nicht zu der Werkwoche 2021 in Allenstein anreisen. Das war für uns alle sehr bedauerlich.

Ostpreußisches Brauchtum und Tradition zu erhalten, zu gestalten, weiterzuentwickeln und zu bewahren ist bis heute das Anliegen der noch vorhandenen landsmannschaftlichen Frauenkreise und insbesondere der Werkwochen, dafür hast Du Dich nach bestem Wissen und mit viel Energie eingesetzt. Sonst würde es die Werkwoche wahrscheinlich gar nicht mehr geben.

Aufgrund dieser und weiteren ehrenamtlichen Tätigkeiten innerhalb der LO und der Landsmannschaft Westpreußen (LW) wurden Dir auch folgende Auszeichnungen und Ehrungen verliehen: 2007 das Goldene Ehrenzeichen der LO in Hamburg, 2012 die Ehrennadel des Arbeitskreises Heimatpflege im Regierungsbezirk Stuttgart e.V. für herausragende ehrenamtliche Verdienste und Leistungen auf dem

Gebiet der Heimatpflege, und am 18. Mai 2019 folgte die Verleihung des Verdienstordens des Landes Baden-Württemberg durch Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Liebe Uta, wir haben eine Nachfolgerin gesucht und gefunden: Hannelore Mosbacher wird im kommenden Jahr die 68. Werkwoche übernehmen, betreuen und mit unserer Unterstützung im ostpreußischen Sinn die Tradition der Werkwochen weiterführen. Grundvoraussetzung für zukünftige Werkwochen ist allerdings eine große Anmeldezahl von an der ostpreußischen Volkskunst Interessierten und jenen, die ihr Wissen darüber gerne weitergeben.

Geschätzte Uta, Du hast Dich ja bei der Bitte, Deine Nachfolgerin zu unterstützen, auf Anhieb dazu bereit erklärt. Wir haben uns bereits gemeinsam zur Stabübergabe der Werkwochenleitung getroffen und Du hast Unterlagen zur Verfügung gestellt. Das ist leider nicht selbstverständlich. Für diese offene ehrlich gelebte Kooperation bedanken wir uns ganz herzlich.

Doch bevor die Werkwoche in neue Hände übergeht, ist es uns allen ein besonderes Anliegen, Dir ganz persönlich für die langen 23 Jahre und die zur Verfügung gestellte Lebenszeit, die Du für unsere Werkwochen eingesetzt hast, zu danken. Wir hoffen und freuen uns, wenn Du unsere Werkwochen in Zukunft als Teilnehmerin besuchst und Deiner Leidenschaft des Topflappen-Doppelstrickens entspannter entgegensehen kannst. Wir danken!



War 23 Jahre lang als Leiterin der LO-Werkwochen aktiv: Uta Lüttich

Foto: Klaus Rudel

HINTERPOMMERN

Seebad Horst – Leuchttürme und mehr

Unruhige Zeiten – hier wurde 1457 die Jagdgesellschaft Erichs II. in Gewahrsam genommen

VON ERWIN ROSENTHAL

Man ist geneigt, die heutige Woiwodschaftsstraße DW 102, die Misdroy und Kolberg verbindet, in Anlehnung an die B 111 auf der Insel Usedom eine Bäderstraße zu nennen. Und in der Tat gibt es an der hinterpommerschen Ostseeküste zahlreiche Ostseebäder. Auf Augenhöhe mit den Usedomer Kaiserbädern und Swinemünde sind hiervon jedoch nur Misdroy und Kolberg.

Zweifellos haben die kleinen Bäder an der Treptower Küste ebenfalls ihren Reiz. Während Hoff seine Kirchenruine hat, ist es etwas weiter östlich ein hochaufragender Leuchtturm, der für das Ostseebad Horst wirbt. Er wurde im Jahre 1866 von den Preußen erbaut, um die Sicherheit der Schifffahrt zwischen Swinemünde und Kolberg zu erhöhen. Der in neuerer Zeit renovierte Turm thront auf einem Kliff, dem sich die See jährlich um 30 Zentimeter nähert.

Eine 500 Meter lange Betonbefestigung soll den Absturz des Turms verhindern. Der Leuchtturm ist 45 Meter hoch und hat eine Feuerhöhe von 62,8 Metern. Seine Reichweite beträgt 20 Seemeilen (37 Kilometer). In der Höhe von 35 Metern befindet sich eine Galerie für Touristen. Vom Turm aus führt eine recht steile Treppe hinunter zum Strand. Das etwa 20 Meter hohe, aus Lehm bestehende Kliff, schützt den Ort vor Westwinden.

Miniaturleuchttürme der Ostseeküste

Das kleine Seebad Horst [Niechorze], heute ebenso wie Hoff nach Rewahl [Rewal] eingemeindet, hat annähernd 1000 Einwohner. Der Ort ist in den 1930er Jahren aus den früher zum Domkapitel Cammin gehörenden Dörfern Groß-Horst und Klein-Horst zusammengewachsen und trug bis 1945 den offiziellen Namen „Horst-Seebad“. Südlich von Horst liegt der Horst-Eiersberger See, ein Strandsee, der durch die „Lieblose“ mit der Ostsee

verbunden ist. Im Ort befindet sich ein sehenswerter Miniaturenpark. Dort sind Modelle der zwischen Swinemünde und Kahlberg auf der Frischen Nehrung befindlichen Leuchttürme im Maßstab 1:10 aufgereiht.

Greifswalder und Stralsunder ahndeten widerrechtliche Jagd

Für die Pommern ist eine Episode, die mit dem Ort Horst verbunden ist, von besonderem Interesse. Der Altmeister der pommerschen Geschichte, Martin Wehrmann (* 16. Juni 1861 in Stettin; † 29. September 1937 in Stargard in Pommern), verlegt gar Horst in die Nähe von Greifswald.

Erich II., Herzog von Pommern-Wolgast, Hinterpommern und Stettin, hatte im Sommer 1457 auf der Feldmark Horst, die sich im Pfand-Besitz der Stadt Greifswald befand, mit seinen Waidgenossen widerrechtlich der Jagd gefrönt. Greifswalder und Stralsunder Bürger hatten daraufhin, so heißt es, unter Führung des Greifswalder Bürgermeisters Heinrich

Rubenow die Jagdgesellschaft kontrolliert und die Teilnehmer festgesetzt. Allein der Herzog entging – im Unterschied zu seinem Gefolge – der Gefangennahme. Für den Schaden musste er allerdings aufkommen. Über dieses Ereignis soll Heinrich Rubenow einen Bericht in Versform verfasst haben.

Erich II. begann daraufhin mit Feindseligkeiten gegen die Bürger. Er plünderte friedliche Kaufleute aus, denn er war eifersüchtig auf die wachsende Macht der Städte und befand sich nicht selten mit ihnen im Streit. Auch der Greifswalder Bürgermeister zählte zu seinen Gegnern. Erst als die Städte Stralsund, Greifswald, Anklam und Demmin ihr Bündnis erneuerten, lenkte Erich II. ein.

Im Unterschied zu seinem Vater, Wartislaw IX., hatte er die 1456 gegründete Greifswalder Universität nicht unterstützt. Beerdigt wurde der Herzog, dessen Regierungszeit zu den unruhigsten im Herzogtum Pommern gehörte, im Jahre 1474 in Eldena.



Das Modell des Swinemünder Leuchtturms: Oberhalb der Windmühle ist die Spitze des Horster Leuchtturms zu sehen. Weitere Modelle der Leuchttürme zwischen Swinemünde und Kahlberg auf der Frischen Nehrung werden gezeigt



Der renovierte Leuchtturm in Horst ist auch gleichzeitig ein Aussichtsturm, von dem man einen weiten Blick über die Ostsee genießen kann. Er wurde im Jahr 1866 erbaut, um die Sicherheit der Schifffahrt zwischen Swinemünde und Kolberg zu erhöhen

ZUM 175. GEBURTSTAG

Theodor Friedrich Carl Lenz

... der kleine Eisenbahnkönig aus Pommern, eine seiner Kleinbahnen fährt bis heute in Lyck

Am 28. Juli 1892 wurde das preußische Kleinbahngesetz erlassen. Es sprach private Investoren an, die abseits der schon vorhandenen Hauptlinien die noch wenig erschlossenen Randgebiete per Kleinbahn an den Eisenbahnverkehr anschließen sollten. Zu den finanzkräftigen Persönlichkeiten, die auf der Grundlage dieses Gesetzes verstärkt tätig wurden, gehörte auch ein Unternehmer aus Pommern: Theodor Friedrich Carl Lenz. Er stammte aus dem Landkreis Naugard, sorgte in der Folge bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges in ganz Deutschland für über 100 Eisenbahnen mit einer Streckenlänge von mehr als 5000 Kilometern und erwarb damit ein großes Vermögen. Lenz entwickelte sich solchermassen binnen weniger Jahrzehnte zum kleinen Eisenbahnkönig aus Pommern.

Der rührige Unternehmer wurde am 9. November 1846 in Pflugrade geboren. Der Ort war ein kleines Guttdorf nordöstlich von Stettin im damaligen Landkreis Naugard, der aus dem 1724 gegründeten Daber-Naugard-Dewitzschen Kreis hervorgegangen war und heute als polnischer Landkreis zur Woiwodschaft Westpom-

mern gehört. Die Eltern von Lenz waren Gutsbesitzer, ermöglichten dem Jungen einen weiterführenden Bildungsweg und den Besuch des Marienstiftsgymnasiums in Stettin. Anschließend absolvierte er die Provinzial-Gewerbeschule in Stettin. Er interessierte sich schon früh für das aufstrebende Eisenbahnwesen und fand bald eine Anstellung im Stettiner Büro der Berlin-Stettiner Eisenbahn. So sammelte der junge Mann aus Pommern erste Erfahrungen im Eisenbahnwesen.

Dann kam der Deutsch-Französische Krieg, sein Einsatz an der Front und eine schwere Verletzung, die ihn „felddienstunfähig“ machte. In den Folgejahren nach der deutschen Reichsgründung war Lenz dann mit wechselnden Partnern an verschiedenen Eisenbahnprojekten beteiligt. 1876 kam der nächste Schritt. Lenz gründete sein eigenes Tiefbauunternehmen, mit dem Schwerpunkt Eisenbahnbau, fungierte dabei wiederholt als „Generalunternehmer“ und baute in diesem Zusammenhang auch einige Bahnen in Mecklenburg.

Dann eröffnete ihm das Kleinbahngesetz von 1892 weitaus größere Möglichkei-

ten der selbstständigen Expansion im Eisenbahnwesen. Sein Arbeitsfeld war im weiteren Verlauf ganz Deutschland mit einer besonderen Vorliebe für seine Heimat Pommern. Er gründete die „Lenz & Co. GmbH“ mit Sitz in Stettin, weitere Tochtergesellschaften in anderen Regionen wie Westdeutschland und Baden und beteiligte sich zusätzlich an fremden Unternehmen.

Es entstand ein Kleinbahnkonzern

Auf diese Weise entstand ein aufstrebender Konzern mit zusätzlichen Betriebsführungsgesellschaften. Zeitgenossen bezeichneten „Lenz & Co.“ um 1900 als den „bedeutendsten Neben- und Kleinbahnkonzern in Deutschland“. Das kleine Bahnimperium reichte von der Geilenkirchener Kreisbahn im Westen Preußens über Pommerns Kleinbahnen bis zur „Lycker Kleinbahn in Preußens östlichster Provinz“, die bis heute in Masuren in Betrieb ist.

Der Aufsteiger aus Pommern offenbarte einen Blick für die Erfordernisse, war überaus geschäftstüchtig und arbeitete kostengünstiger als die Konkurrenz.

Dazu gehörte auch, dass Lenz „Fahrzeuge, Schienenbauten und Abläufe“ nach „gleichen Plänen“ installierte. Die Fachwelt bezeichnete sein System als „Lenz'sche Normalien“ und war um Nachahmung bemüht. Das Zentrum des Konzerns blieb auf Dauer Stettin, wo Lenz auch als Kommunalpolitiker wirkte und seinen Einfluss mit Weitblick für die Entwicklung eines Freihafens geltend machte.

Sein Engagement brachte ihm ein Vermögen, große Anerkennung und zahlreiche Ehrungen ein. Das reichte von der Erhebung zum Geheimen Kommerzienrat durch Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin bis zur Ehrendoktorwürde der TH Berlin-Charlottenburg. Nach 1900 engagierte sich Pommerns Eisenbahnkönig auch beim Bau der Eisenbahnen in den deutschen Kolonien.

Lenz ließ es im Alter ruhiger angehen, genoss sein Vermögen und wurde 83 Jahre alt. Er starb am 19. August 1930 in der Meseritzer Mühle bei Semerovo im damaligen Landkreis Schivelbein. Anschließend gab es zahlreiche Nachrufe und später auch Schriften, die sich mit seinem Wirken beschäftigten. *Martin Stolzenau*

Der grüne Adventskranz



Zum ersten Advent: Ein ganz traditioneller Adventskranz

Der erste Adventskranz wird Johann Friedrich Wichern zugeschrieben. Dieser Kranz bestand aus einem Wagenrad mit vier großen weißen und 20 kleinen roten Kerzen, der erstmals am ersten Advent im Jahr 1839 im Betsaal des Rauhen Hauses in Hamburg-Horn aufgehängt wurde. An jedem Abend vom ersten Advent bis Heiligabend wird eine Kerze angezündet. Die großen weißen Kerzen sind für die Adventssonntage, die kleinen roten für die Werkstage. Die Zahl der kleinen Kerzen bis zum Heiligen Abend ist jedes Jahr unterschiedlich. Sie variieren zwischen 18 und 24, weil der erste Adventssonntag jedes Jahr an einem unterschiedlichen Datum beginnt und die Adventszeit damit unterschiedlich lange ist. Kinder konnten so die Zahl der Tage bis zum ersehnten Weihnachtsfest anhand der Kerzen nachverfolgen. Dieser originale Adventskranz wird heute von Diakonie und Evangelischer Kirche in Deutschland (EKD) als Wichernkranz bezeichnet, der seit zirka 1860 auch grün ist.

Zum grünen Adventskranz fand ich in einer alten pommerschen Schrift folgende Beitrag von Erich Dudy:

„Entstanden ist der Brauch in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts. In einer kleinen evangelischen Kirche in Hinterpommern dachte ein Pastor an den langen Abenden des Frühwinters, wenn es zeitig finster wurde und nur der Widerschein des früh gefallenen Schnees einen leichten Schimmer an die Wände malte, darüber nach, wie er ein wenig von dem Licht, das die Christen – und nicht nur die – in dieser vorweihnachtlichen Zeit im Herzen tragen, auch nach außen sichtbar machen könnte. Plötzlich kam ihm ein guter Gedanke. Als seine Bauern am nächsten Sonntag in ihre Kirche kamen, blieben sie erstaunt stehen; neben dem Altar stand eine schöne, gerade Tanne und erfüllte das Gotteshaus bis in den letzten Winkel mit ihrem festlichen Duft.“

Bald aber erkannte der Pastor, dass er aber doch etwas vorweg genommen hatte, das nur für das Fest bestimmt ist: der Weihnachtsbaum musste als die festliche Krönung des Heiligen Abends erhalten bleiben und durfte nicht schon durch vier Wochen vorher profaniert werden. Von dieser Überlegung bis zur Wahl des grünen Kranzes, des alten Symbols für das ewige Leben, das über Finsternis und Tod triumphiert, war es nur mehr ein kleiner Schritt. Was niemals beabsichtigt war, geschah, aus der seelsorgerischen Idee eines Pastors aus Hinterpommern am Rande Deutschlands wurde ein Brauch, der seinen Siegeszug um die Welt angetreten hat. Wenn wir Pommern in der Vorweihnachtszeit den grünen Kranz mit den vier Kerzen sehen, der nunmehr ein Symbol für ein altes Fest geworden ist so wollen wir an unsere Heimat denken, in der die Kerzen des Adventskranzes zum ersten Male gebrannt haben; so soll uns jeder Adventskranz ein Heimathauch aus unserem lieben Pommern sein.“ *BS*

„Die Globalisierung erweist sich als Irrweg“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ihr Artikel zum Dostojewski-Jubiläum ist wirklich glänzend geschrieben. Er erklärt auf hervorragende Weise das dauerhafte Interesse an dem Autor“

Henning Fischer, Kiel
zum Thema: Beharrlichkeit und Belohnung (Nr. 44)



Ausgabe Nr. 45

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WERBEFILM FÜRS IMPFEN

ZU: AN VORDERSTER VIRUS-FRONT (NR. 45)

Endlich, kann ich da nur sagen, endlich ein Film, der sich um das Thema Corona dreht, aber leider meist nur aus der Sicht der Ärztin Carolin Mellau (Natalia Wörner). Andere Meinungen und Argumente wurde zwar kurz angeschnitten, aber insgesamt gesehen war dieser Film auch nur ein Plädoyer und ein Werbefilm der Pharmaindustrie für das Impfen.

Die Schauspielerin Natalia Wörner gibt auch offen zu, dass sie nur mit geimpften Schauspieler-Kollegen Filme drehen will. Ich muss mich daher immer wieder fragen, warum sich geimpfte Menschen gar so vor ungeimpften Menschen fürchten. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

IMMER MEHR PRÜGEL

ZU: INMITTEN ZWEIER KRISEN STEHT DEUTSCHLAND FÜHRUNGSLILOS DA (NR. 45)

Als wären wir alle mit den steigenden Inzidenzzahlen der Pandemie und der steigenden Inflation nicht schon bis an die Grenze unserer psychischen Belastbarkeit beschäftigt, müssen uns die empathielosen Entscheider in Berlin auch noch steigende Verkehrsstrafen aufpressen.

Solange Corona wütet, finde ich, sollten sich Politiker mit weiteren Strafen und Belastungen zurückhalten. Und zwar auch dann, wenn diese Strafen unter normalen Bedingungen durchaus berechtigt sind. Denn: Immer mehr Prügel zwingen auch den bravsten Hund zu Zornreaktionen oder zur Aufgabe.

Michael Maresch, München

POLEN DIENT ALS PUFFER

ZU: „ERKENNT IHR NICHT, WIE GEFÄHRLICH DAS IST?“ (NR. 45)

Der einzige Vorteil an der neuen Flüchtlingskatastrophe ist die Tatsache, dass zwischen den Flüchtlingen und Deutsch-

land Polen liegt. Andernfalls hätten die naiven Gutmenschen mit den rosaroten Multikultibrillen für diese Leute schon längst wieder Tür und Tor geöffnet, gemäß dem Motto „Wir schaffen das!“. Und an den Bahnhöfen hätten auf das Neue die bestellten Willkommensklatscher applaudiert. Für eine Entspannung gibt es aber trotzdem keinen Grund, denn aufgeschoben ist ja nicht aufgehoben.

Claus Reis, Schwabach

VOLK DER ARBEITNEHMER

ZUM LESERBRIEF: EIN GEFÄHRTETES VOLK (NR. 44)

Diese Parteienpolitik tötet, denn nicht umsonst gibt es den anderen schönen Spruch: „Viele Köche verderben den Brei.“ Diese vielen und überflüssigen Parteien müssen weg, denn sie sind das größte Problem in unserer heutigen Zeit. Sie regieren meist am Volk vorbei und wollen sich nur selbst erhalten, um an der Macht zu bleiben und somit an Steuergeldern zu kommen.

Immerhin bekommen diese Vertreter für wenig Leistung recht viel Geld. Im Kampf gegen das böse Rechts wird so viel Geld hinausgeworfen, aber die Kernprobleme werden völlig vergessen. Wer war denn verantwortlich für die Einführung des Kindergelds, der Einkommenssteuer oder die Abschaffung der deutschen Schrift? Dies waren doch die nationalen Sozialisten. Oder liege ich hier falsch?

Unser Land geht vor die Hunde, und unfähige Politiker treten mit Füßen nach Deutschland. Aber warum? Ganz einfach: Sie sind nicht nur unfähig, sondern auch noch dumm. Viele von diesen Personen machen Abitur und gehen anschließend in die Politik, denn Mami und Papi kennen da jemanden, der jemanden kennt. Dies muss aufhören! Politiker sollte kein Beruf sein, sondern eine Berufung. Zum Wohle des deutschen Volkes. Doch alleine der Deutsche hat es in der Hand, dies zu ändern, aber dafür muss er erkennen, dass er der Arbeitgeber und nicht der Arbeitnehmer ist. *Christian Stolle, Wedel*

TYPISCH FÜR DEN KORAN

ZU: FRIEDLICH UND RUHIG (NR. 44)

Die Kirchenschändung in Nordhausen ist kein Einzelfall. Seit 2013 hat es allein in Bayern 200 Kirchenschändungen gegeben. Es wurden Kreuze zerbrochen, Altäre zerschlagen, Bibeln angezündet, Taufbecken umgestürzt und Kirchentüren mit islamischen Bekundungen wie „Allahu akbar“ beschmiert. Im niedersächsischen Garbsen wurde die Willehadi-Kirche durch Brandstiftung zerstört. Während des Brandes klatschten sich arabische und türkische Teenager auf der Straße ab und feierten den Brand. In Haan (NRW) beschädigten Täter in Kirchen Heiligenfiguren, Jesus wurde geköpft. Im Großraum Dülmen hat es einen monatelangen Vernichtungsfeldzug gegen Marienfiguren, Heiligenstatuen und Wegkreuze gegeben. Besonders auffällig dabei war, dass Finger und Köpfe dieser Figuren abgeschlagen wurden. Das alles passt zum Koran.

Wenn man die Kirchen auf die oben genannten Vorfälle anspricht, kommt nichts zurück. Was soll auch von staatlich kontrollierten Kirchen kommen? Solange diese Menschen also nur Köpfe, Hände und Finger von Figuren abschlagen, fühlen sich „Biodeutsche“ offensichtlich nicht angesprochen (es gehört mir nicht). Und dann gibt es auch jene, denen es nicht egal ist, die aber resignieren, da eine andere Meinung zu haben, gefährlich ist.

Die Kirchen sind kaum noch mehr für ihre „Schäfchen“ da. Genauso wenig wie in der CDU und CSU das Wort „Christlich“ im Parteianamen passt. Auch hier ist festzustellen: Nicht überall da, wo dieses Wort auf der Verpackung steht, ist auch der Inhalt korrekt.

Sollte es in einer Moschee zu solchen oben beschriebenen Schändungen kommen, dann wäre Deutschland empört. Natürlich kann jeder solche Parolen pinseln, aber es kann auch jeder irgendwo ein Hakenkreuz hinschmieren.

Je länger wir uns noch von unseren Gästen deren Spielregeln aufdrücken lassen, desto schneller kommt der Abgrund

auf uns zu. Bereits 1999 erklärte der Imam von Izmir gegenüber christlichen Teilnehmern eines Dialogtreffens: „Dank eurer demokratischen Gesetze werden wir euch überwältigen, dank eurer religiösen Gesetze werden wir euch beherrschen.“

Heinz-Peter Kröske, Hameln

VERGEUDETE RESSOURCEN

ZU: ABSCHIED VON DER SCHLANKEN PRODUKTION (NR. 41)

Die globale freie Marktwirtschaft führt dazu, dass Menschen in Entwicklungsländern mit niedrigem Lebensstandard und niedrigem Lohn von Menschen in technologisch hoch entwickelten Ländern mit hohem Lebensstandard zu deren Versorgung mit billigen Produkten ausgenutzt werden. In den hoch entwickelten Ländern führt die Möglichkeit, billige Produkte zu erwerben, zu einem Konsumrausch.

Es entwickelt sich eine Wegwerfgesellschaft. Statt defekte Geräte zu reparieren, werden sie weggeworfen. Ressourcen und Energie werden vergeudet, Energie auch durch lange Transportwege. Von dem für den Transport verbrauchten Kraftstoff geht zirka ein Drittel der enthaltenen Wärmeenergie durch Motorkühlung und Abgase an die Umwelt. Sie wird aufgeheizt und zusätzlich mit Kohlendioxid angereichert.

Bei landwirtschaftlichen Produkten sind dagegen hoch entwickelte Länder der EU auf dem Weltmarkt Anbieter von Billigwaren wie Milchprodukten, Tomaten, Zwiebeln, Hühnerfüßen. EU-Subventionierung der Landwirte und Konkurrenzkampf führen zu einem minimalen Preis. Durch unfaire Handelsverträge der EU mit Entwicklungsländern werden sie in diese Länder exportiert und deren Landwirtschaft ruiniert.

Auch dieser Wirtschaftsbereich zeigt sich als sozial und durch lange Transportwege umweltschädigend. Die Globalisierung erweist sich als Irrweg. Durch Renationalisierung sollte er beendet werden. *Dieter Bliesener, Hamburg*

ANZEIGE

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Politik und Pharmaindustrie blind zu vertrauen, könnte der schlimmste Fehler Ihres Lebens sein

■ Der *New-York-Times*-Bestsellerautor Dr. Joseph Mercola und Ronnie Cummins, Gründer und Leiter der Organic Consumers Association, haben sich zusammengetan, um die Wahrheit über Covid-19 zu enthüllen und den Wahnsinn zu beenden.

In diesem Buch finden Sie aktuelle und neu enthüllte Beweise dafür, dass:

- der wahre Ursprung des SARS-CoV-2-Virus vertuscht wurde
- PCR-Tests, die Angaben der Fallzahlen, die Sterblichkeit und die Impfsicherheit massiv manipuliert und falsch dargestellt wurden
- die weltweite Pandemie von den globalen Eliten schon lange vorhergesagt und dazu benutzt wurde, um die größte Wohlstandsumverteilung in der Geschichte der Menschheit zu ermöglichen und zu verschleiern
- die Wirksamkeit der Impfstoffe stark übertrieben wurde und wichtige Sicherheitsfragen unbeantwortet geblieben sind.

»Sobald Tyrannen die Hebel der Macht in der Hand halten, verhängen sie eine Orwell'sche Zensur und machen sich daran, Andersdenkende in den Wahnsinn zu treiben.«

Robert F. Kennedy jr. in seinem Vorwort

Letztlich sind es die von Politikern und Medien geschürte Angst und Panik, die uns unsere Menschen-

rechte nehmen und eine Gesellschaft in den Totalitarismus treiben. Die einzige Möglichkeit, diesem Schicksal zu entgehen, besteht darin, tapfer Widerstand zu leisten.

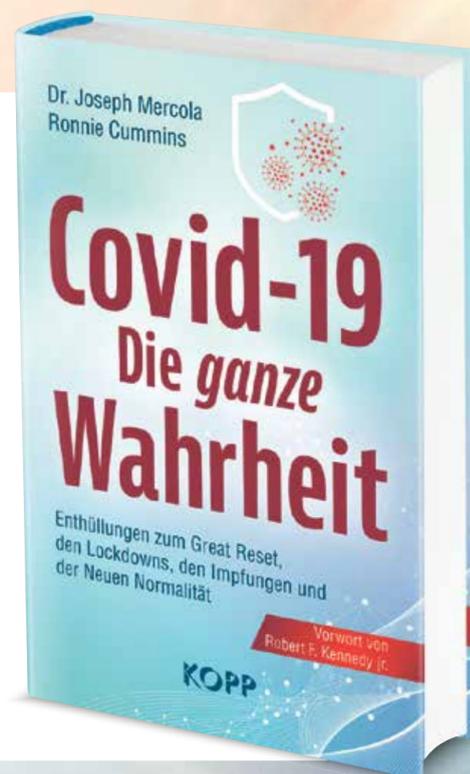
Die staatlichen Maßnahmen kommen einer nie da gewesenen Beschränkung der Bürger- und Freiheitsrechte gleich.

So muss es nicht sein. Wir haben die Macht, uns zusammenzuschließen und zu kämpfen – nicht nur für unsere Gesundheit, sondern auch für unsere Freiheit und für die Demokratie.

Covid-19: Die ganze Wahrheit ist eine Einladung an Sie, sich mit anderen zusammenzuschließen, die sich für eine gesunde, gerechte, demokratische und freiheitliche Zukunft einsetzen.

Seien Sie das Licht, das dem »dunklen Winter« ein Ende bereitet!

Dr. Joseph Mercola & Ronnie Cummins: *Covid-19: Die ganze Wahrheit* gebunden • 395 Seiten • Best.-Nr. 984 700 • 22,99 €



WINTERURLAUB

Entdeckung der Langsamkeit

Bis 13. Dezember ist Österreich wieder im Lockdown – Auch die Kelchsau erwartet wieder Winterurlauber

VON JUDITH KUNZ

Ob es klug ist, nach dem neuerlichen landesweiten Lockdown, der spätestens am 13. Dezember enden soll, nach Österreich zu fahren, bleibt jedem selbst überlassen. Fakt ist, dass sich dort viele Deutsche trotz hoher Corona-Inzidenzzahlen und 2G-Pflicht zwischen Weihnachten und Neujahr ihren Skispaß nicht nehmen lassen werden. Das gilt besonders für Skigebiete dicht hinter der deutschen Grenze so wie die Kelchsau in den Kitzbüheler Alpen.

In dieser Region wird man im positiven Sinne zur Gemütlichkeit gezwungen. An der Talstation befindet sich ein Parkplatz noch ganz ohne Einweiser und mit viel Platz zum Parken. Im Zweier-Sessellift, der an eine schwebende Holzbank mit Sicherheitsbügel erinnert und gemächlich nach oben zuckelt, fragt man sich, ob der soeben gestartete Tourenger vielleicht schneller ankommt. So beginnt die Entdeckung der Langsamkeit und ein Skitag in der Tiroler Ferienregion Hohe Salve kurz hinter Kufstein.

Die Kennzahlen sind schnell erzählt: zwei Schlepplifte und der erwähnte Sessel, Baujahr 1972, insgesamt 16 Pistenkilometer, die im unteren Bereich gar nicht mal so einfach sind, höchster Punkt in 1605 Meter Höhe, zwei Hütten. Und überwiegend Einheimische. Denn die Kelchsau ist zwar nur acht Kilometer von Hopfgarten und dem Einstieg in die legendäre „SkiWelt Wilder Kaiser – Brixental“ entfernt, aber dennoch ein ruhiges Seitental der Kitzbüheler Alpen, das man erst einmal entdecken muss.

Man findet es hinter dem Ort Wörgl, der mit seinen 14.000 Einwohnern, Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Cafés als Tor der Kitzbüheler Alpen gilt. Die Orte Hopfgarten, Itter, Kelchsau, Angath, Angerberg, Mariastein und Kichbichl haben ihren je eigenen Charme – mit dörflichen Strukturen und viel Romantik in intakter Natur, schönen Wirtshäusern und Kirchen. Skifahrer sind in Hopfgarten, Itter und Kelchsau direkt am Pistenparadies. Und hier finden sich Menschen, die nicht auf maximale Pistenkilometerleistung aus sind, sondern die den Winter genießen möchten.

„Wir haben viele, die kurz mal zwei, drei Stunden auf die Piste wollen“, sagt Martin Steinbacher, den alle als den Wirt von der Höhenbrandalm kennen. Offiziell ist er Gastronomieleiter des Stiftskellers



Schöne Aussichten in der Tiroler Ferienregion Hohe Salve: Rodeln von der Haagalm ins Tal

Foto: Silvia Seebacher

in Innsbruck, doch seit nunmehr zwölf Jahren verbringt er mit einem eingespielten Team die etwas andere Winterfrische in 1300 Metern Höhe. Auf der Höhenbrandalm im Skigebiet Kelchsau mit ihrer schönen Sonnenterrasse und den 150 Sitzplätzen treffen sich mittags alle. Die älteren Herren, die immer drinnen ihre Karten auspacken und nach ihrer Pressknödelsuppe stundenlang spielen; die Tourenger-Mädels, die freitags draußen an ihrem Teint arbeiten und sich bei Aperol Spritz die wichtigsten Neuigkeiten austauschen; und die Familien von auswärts, die sich offenbar auch alle kennen.

Mal eben zur Haagalm gehen

„Die einen sind schon fertig mit Skifahren und gönnen sich den ersten Kaffee danach, die anderen mit Kleinkindern und Schlitten stoßen dazu“, erzählt Martin. Viele sind Stammgäste, und alle bleiben. Denn die Pisten hat man schnell gesehen. Keine Hektik, kein Stress, die Zeit steht still. Der Blick reicht über die Täler „Langer Grund“ und „Kurzer Grund“, in die sich die Kelchsau aufspaltet, zum markanten Lodron (1925 Meter) und bis zum Schwaigberghorn (1990 Meter), hinter dem nachmittags die Sonne untergeht.

Wenn Martin schließt, öffnet Sebastian Astner auf der anderen Seite des Skigebiets die Haagalm. Nur am Wochenende und an Feiertagen hat er auch tagsüber auf. Denn seine Zielgruppe sind hauptsächlich Rodler. Die sich abends noch gern bewegen, eine gute Stunde mit Schlitten im Schlepptau nach oben wandern, bei ihm einkehren und dann zurück ins Tal sausen. Um die perfekte Präparierung kümmert sich Martin eigenhändig. „Das ist Chefsache“, sagt der gelernte Koch. Start und Ziel ist Innerpenningberg, das zu Hopfgarten gehört.

Besonders stolz ist Sebastian auch auf Sachertorte und Kaminwürzen. Beides natürlich selbstgemacht. Das Fleisch stammt aus der Landwirtschaft seiner Ehefrau Andrea und der Speck von Bruder Michael, der seine 70 Stück Vieh im Sommer rund um die Haagalm weiden lässt. Auch Obstler und Vogelbeer-Schnaps kommen aus der Familienproduktion.

„Zur Haagalm gehen“ ist in der Ferienregion Hohe Salve längst ein Synonym für Rodeln mit Genuss. Dabei hat sich alles zufällig entwickelt: Als Sebastians Eltern 1977 das Alpengasthaus eröffneten, musste die Versorgung gesichert und die Forststraße geräumt werden. Sie entpuppte

sich nebenbei als perfekte Rodelstrecke. Das neue Freizeitangebot entwickelte sich zum Kult bei den Einheimischen, noch im gleichen Jahr wurde der Club der Rodler Hopfgarten gegründet. Der engagierte Verein pflegt inzwischen nebenan seine eigene vereiste Naturrodelbahn – und hatte bei der Sportrodel-WM im Februar 2020 die internationale Elite am Start.

„Unglaublich, was wir da angestoßen haben“, freut sich Sebastian. Wenn Gäste „zur Haagalm gehen“, wie es so schön heißt, sehen sie jetzt oft Athleten, die sich im Training auf neue Herausforderungen vorbereiten. Und das in der abgeschiedenen und nach dem Lockdown alles andere als überlaufenen Kelchsau.

● **Ferienregion Hohe Salve** Die Tageskarte fürs Skigebiet Kelchsau kostet für Erwachsene 31,50 Euro, für Kinder 16 Euro. Wer erst zwischen 11 und 14 Uhr startet, zahlt noch weniger. Übrigens: Für Gäste mit dem Skipass „SkiWelt Wilder Kaiser – Brixental“ ist der Ausflug bereits inkludiert. Infos: Tourismusverband Ferienregion Hohe Salve, Innsbrucker Straße 1, 6300 Wörgl, Telefon 0043 57507 7010, Internet: www.hohe-salve.com

LOMBARDEI

Für zwei Winternächte zu Leonardo

Mailand hat sich von der Pandemie gut erholt – In der Weihnachtszeit lockt ein vielfältiges Kulturangebot

Vor knapp zwei Jahren stand die Lombardei wegen der Pandemie, die dort verheerende Ausmaße annahm, im Blickpunkt der Welt. Inzwischen haben sich die Region und deren Hauptstadt Mailand der Welt wieder geöffnet und locken in der Weihnachtssaison mit vielfältigen Veranstaltungen. Auch dank der Impfkampagne – die Durchimpfungsrate liegt derzeit bei einem sehr hohen Prozentsatz von 85 Prozent – gilt die Region als relativ sicher.

Während der Weihnachtsfeiertage erstrahlt Mailand im Glanz der Weihnachtsbäume. Auf den großen Plätzen aller Stadtteile werden die Lichter der Weihnachtsbäume der Designer erstrahlen und überall in der Stadt den Geist dieses besonderen Festes verbreiten.

Der erste Baum wird am Tag des Heiligen Ambrosius, dem Schutzpatron der Stadt, im Herzen der Stadt entzündet – nämlich am 7. Dezember auf der Piazza Duomo, dem Platz vor dem weltbekanntesten Dom. Wenige Stunden später öffnet das Theater der Scala seine Vorhänge für die Premiere der Opernsaison 2021/22 mit Giuseppe Verdis „Macbeth“. Die Mailänder Scala, eine der bedeutendsten Kultureinrichtungen der Welt, ist seit Oktober wieder zu 100 Prozent ausgelastet und wird mit renovierten, moderneren Innenräumen und nachhaltigem Konzept wieder vollständig für das Publikum geöffnet.

Um Touristen in dieser kalten Jahreszeit in die lombardische Millionenmetropole zu locken, läuft aktuell eine Werbe-

kampagne zur Förderung des ebenfalls stark von Covid betroffenen Hoteltourismus. So kann vom 1. Dezember bis März 2022 jeder, der ein Flugticket über eine beliebige Website, ein Reisebüro oder ei-



Weihnachtsbaum am Mailänder Dom

nen Fahrkartenschalter mit Endziel Mailand-Malpensa (MXP) oder Mailand-Linate (LIN) erworben hat, eine zusätzliche kostenlose Nacht erhalten. Es gibt nur zwei Bedingungen: Die erste Nacht muss mit dem Datum der Landung übereinstimmen. Und die Aktion gilt nur für Buchungen von mindestens zwei aufeinanderfolgenden Nächten in einem an der Initiative beteiligten Hotels.

Wer sich in Santa Maria delle Grazie da Vincis berühmtes Fresko „Letztes Abendmahl“ ansehen will, hat gute Karten. Wegen der Pandemie kommen weniger Besucher als sonst, sodass online sogar kurzfristig die heißbegehrten Zeitfensterkarten gebucht werden können: cenacolovinciano.vivaticket.it H. Tews

● MELDUNGEN

Das Rimini Federico Fellinis

Rimini – Bereits am 19. August eröffnete in Rimini mit dem Fellini-Museum das weltweit größte Museumsprojekt, das dem kulturellen Erbe des visionären Filmemachers gewidmet ist. Federico Fellini, der weltberühmte Regisseur von Kultfilmen wie „La Strada“, „Amarcord“ oder „La Dolce Vita“, kam 1920 in Rimini zur Welt und kehrte auch später immer wieder aus seiner Wahlheimat Rom, wo er am 31. Oktober 1993 verstarb, in seine Geburtsstadt zurück. So spielte der berühmte historische Badeort an der italienischen Adriaküste in der Emilia Romagna in vielen seiner Filme doch immer wieder eine wichtige Rolle. Das nun eröffnete Fellini-Museum entfaltet sich gleich an drei stimmungsvollen Standorten in der Altstadt: Castel Sismondo, eine mächtige, von Filippo Brunelleschi entworfene Festung aus dem 15. Jahrhundert; Palazzo del Fulgor, ein Gebäude aus dem 18. Jahrhundert, in dessen Erdgeschoss das legendäre Cinema Fulgor untergebracht ist, das in „Amarcord“ verewigt und vom dreifachen Oscar-Preisträger Dante Ferretti renoviert wurde; Piazza Malatesta, eine große, teilweise begrünte Fläche mit Veranstaltungsstätten, Kunstinstallationen, einem riesigen Wasserschieber, der an den antiken Burggraben erinnert, und einer großen runden Bank, die wie im Finale des Films „8½“ als Hymne an das Leben, die Solidarität und den Wunsch nach Gemeinsamkeit gedacht ist. In einem nicht nur symbolischen Ring umschließt die Piazza das kulturelle Herz Rimini mit dem Fellini-Museum, dem von Giuseppe Verdi eingeweihten und 2018 restaurierten Teatro Galli und dem in zwei Palästen aus dem 14. Jahrhundert untergebrachten Zentrum für zeitgenössische Kunst PART (Palazzi dell'Arte Rimini). Geöffnet Dienstag bis Sonnabend von 9.30 bis 13 und 16 bis 19 Uhr sowie sonntags von 10 bis 19 Uhr. www.fellinimuseum.it H. Sch.

Warnung vor Lockdown light

Schwerin – Die neuen Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie stoßen bei der Tourismusbranche auf Widerstand. So warnt Oliver Roeber, Vorsitzender des Tourismusvereins Mecklenburg-Vorpommern, dass 2G-Regeln im Gesundheitsbereich nur ein Testballon sein könnten, um das Modell unter dem Deckmantel „Lockdown light“ auf weitere Bereiche auszudehnen: „Wenn das so kommt, dann ist das ein Nackenschlag für die gesamte Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.“ Nach zwei mageren Tourismusjahren benötige die Wirtschaft Impulse und Unterstützung, um Gäste zurückzugewinnen. Die Verschärfung von 3G auf 2G sei hier das falsche Signal und grenze einen wichtigen Gästeanteil aus. Denn gerade im Winter benötige das nordöstliche Bundesland jede Übernachtung. Das bisherige System „Test bei Anreise“ habe sich bewährt und benötige keine Erweiterung. Roeber verweist dabei auf das ähnlich wie Mecklenburg-Vorpommern dünn besiedelte Skandinavien: „Hier ist man ohne geschlossene Geschäfte, Hotels und Zwangsmaßnahmen genauso gesund durch den letzten Winter gekommen, ohne die heimische Wirtschaft zu ruinieren. Die Schweden wissen nicht einmal, was ein Lockdown ist.“ tws

● FÜR SIE GELESEN

Warnung vor der „Gelben Gefahr“

„Über Stefan von Kotzes Leben ist wenig bekannt“, vermeldet die Online-Enzyklopädie Wikipedia und stellt damit einmal mehr ihre Insuffizienz beziehungsweise mangelnde Aktualität unter Beweis. Denn durch die ebenso umfang- wie materialreiche Biographie „Stefan von Kotze“ aus der Feder der beiden Historiker und Journalisten Ralf Küttelwesch und Bernhard Knapstein weiß man inzwischen doch recht viel über die verschiedenen Facetten des Lebens und Wirkens des Schriftstellers und Abenteurers, welcher am 23. August 1869 in Klein-Oschersleben in der preußischen Provinz Sachsen geboren worden war.

Aus uraltem Adel stammend

Von Kotze, zu dessen Taufpaten auch sein Großonkel Otto von Bismarck zählte, entstammte einer uralten, bereits im Jahre 1112 erstmals urkundlich erwähnten Adelsfamilie, die zahlreiche höhere Offiziere und Staatsbeamte hervorgebracht hatte. Bei Stefan von Kotze reichte es allerdings weder zum Studium noch zur angestrebten Karriere bei der Marine. Deshalb suchte er ab 1887 sein Glück im Deutschen Schutzgebiet Papua-Neuguinea und in Australien, wo ihn das Goldfieber packte. Gleichzeitig begann von Kotze ab etwa 1895 für verschiedene Zeitungen zu schreiben. Späterhin betätigte er sich zudem als Reiseschriftsteller und entwickelte dabei einen sehr eigenen sarkastisch-humoristischen Stil. Aufgrund dessen sind beispielsweise seine Ausführungen über die naiven Versuche, im steinzeitlichen Neuguinea preußische Verhältnisse einzuführen, noch heute lesenswert.

Schwarzes Schaf der Familie

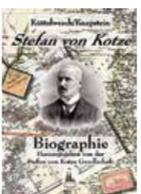
Im Jahre 1901 kehrte der Autor nach Deutschland zurück, wo er nachfolgend als Redakteur bei der Berliner „Täglichen Rundschau“ tätig war. In dieser Eigenschaft unternahm von Kotze weitere Reisen nach Afrika und auf den Balkan. Desgleichen veröffentlichte er nun auch politische Essays. Der Titel eines dieser Werke von 1904, „Die gelbe Gefahr“, zählte anschließend zu den populärsten Schlagwörtern im späten wilhelminischen Kaiserreich. Im gleichen Jahr publizierte von Kotze die nachgerade visionäre Schrift „Altjungfernkoller. Randbemerkungen zur Feministik“.

Obzwar er nun durchaus als erfolgreich galt, konnte von Kotze nie verwinden, dass er in der Rolle des „Schwarzen Schafes“ der Familie gefangen blieb. Das war einer der Hauptgründe für seinen Suizid am 11. April 1909.

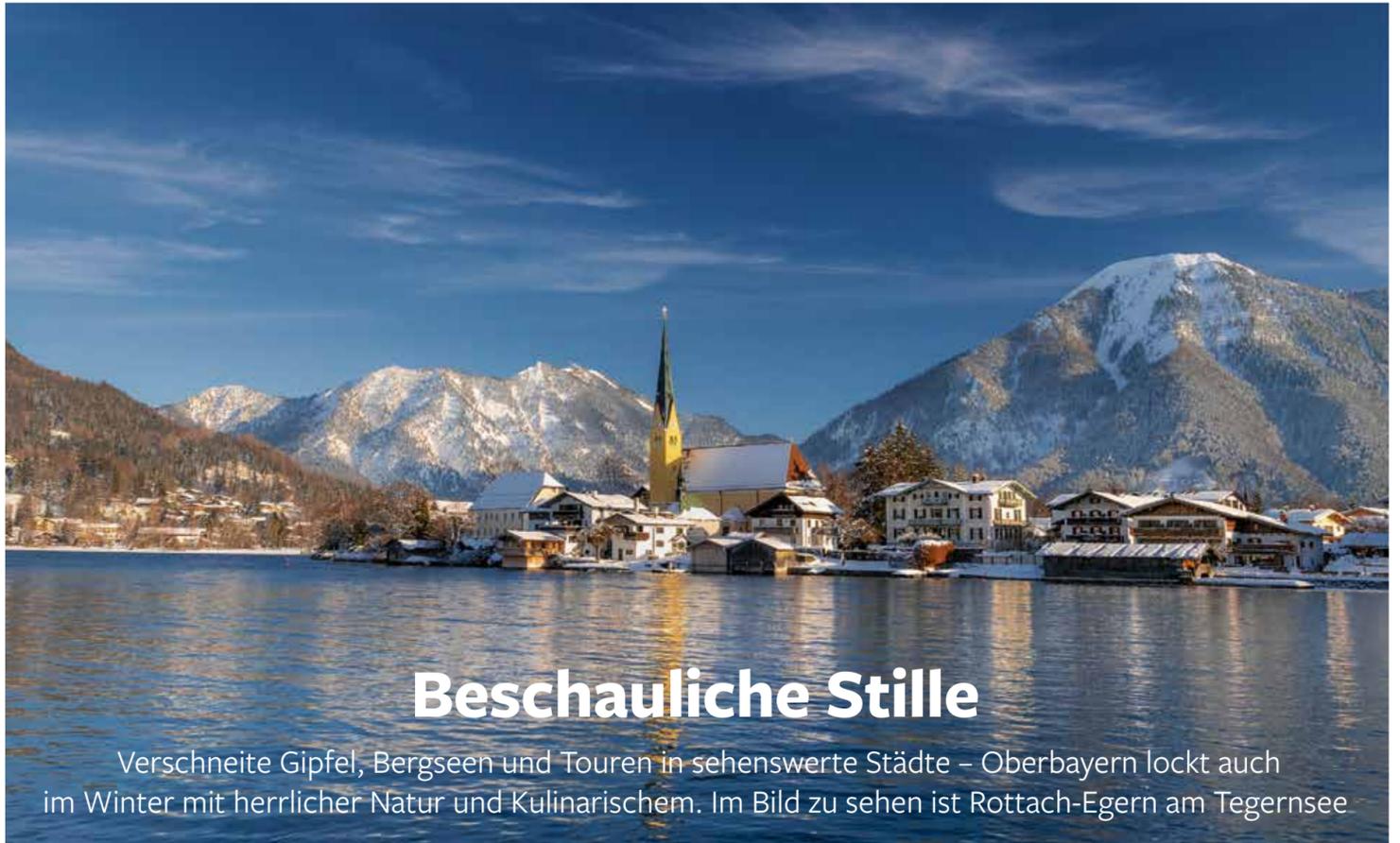
Küttelwesch und Knapstein ist es gelungen, zahlreiche zeitgenössische Quellen zu finden und den Lebensweg von Kotzes akribisch zu rekonstruieren, auch wenn sich nicht jedes Detail abschließend klären ließ. Darüber hinaus besticht die gelungene graphische Gestaltung des Buches.

Wolfgang Kaufmann

**Ralf Küttelwesch/
Bernhard Knapstein:** „Stefan von Kotze. Biographie“, Verlag Factum-Coloniae, Mittenwalde 2020, broschiert, 252 Seiten, 23,80 Euro



REISEFÜHRER



Verschneite Gipfel, Bergseen und Touren in sehenswerte Städte – Oberbayern lockt auch im Winter mit herrlicher Natur und Kulinarischem. Im Bild zu sehen ist Rottach-Egern am Tegernsee

FOTO: SHUTTERSTOCK

Reisen in der Vorweihnachtszeit haben ihren besonderen Reiz. Ob schneebedeckte Gipfel, barocke Schlösser, historische Altstädte, Seen, Wälder oder doch lieber Kulturmetropolen wie München von Interesse sind – Bayern hat jede Menge von allem zu bieten.

Ein probates Mittel zur Vorbereitung auf die nächste Reise in Deutschlands Süden stellt der reich bebilderte „Baedeker Oberbayern“ dar. Neben magischen Mo-

menten wie eine Übernachtung im Salzbergwerk oder dem Besuch der Fraueninsel im Chiemsee laden zahlreiche Sehenswürdigkeiten auch im Winter zum Besuch ein. Es gibt auch Überraschendes, etwa ein Ochsenrennen in Haunshofen alle vier Jahre.

In bewährter Weise hält der Reiseführer neben allgemeinen Informationen ausführliche Details über die Ziele in alphabetischer Reihenfolge fest. Übersichtskar-

ten in den Innenumschlägen vorn und hinten sowie eine herausnehmbare Straßenkarte im Maßstab 1:205.000 erleichtern die Übersicht. Das Easy-Zip-Gummiband schonnt die Seiten des Buchs. **MRK**

Baedeker-Redaktion (Hg.): „Baedeker Oberbayern“, MairDumont-Verlag, Ostfildern, 11. Auflage 2020, flexibler Einband mit Easy Zip, 434 Seiten, 22,95 Euro

LINKSPARTEI

Für Nationalstaat und Wir-Gefühl

Sahra Wagenknecht klagt in ihrem neuen Buch „linke Selbstgerechtigkeit“ an

VON BERND KALLINA

Sahra Wagenknecht ist seit den frühen 1990er Jahren in maßgeblichen Führungsfunktionen der in „Linkspartei“ umbenannten SED tätig. Dabei handelt es sich um jene berüchtigte Diktatur-Partei der untergegangenen DDR, die unter anderem als politische Befehlsinstanz der Stasi-Geheimdienste in die deutsche Geschichte ebenso unrühmlich einging, wie sie auch verantwortlich war für die tödlichen Grenzbefestigungen an der innerdeutschen Grenze.

Kronzeugin linker Selbstkritik

Doch Wagenknecht, vielfach wiedergewählte Bundestagsabgeordnete ihrer Partei, nur auf die totalitären Spuren grauer DDR-Zeiten und deren Verbrechen zu reduzieren, sie ständig vergangenheitspolitisch damit zu konfrontieren, ähnlich wie auf der anderen Seite des politischen Spektrums ewig mit der Faschismuskeule auf die AfD eingeschlagen wird, griffe auch hier erheblich zu kurz. Denn: Sie ist inzwischen zu einer wichtigen und nachdenklich stimmenden Kronzeugin linker Selbstkritik für offenkundige Fehlentwicklungen in diesem Lager geworden.

Unlängst überstand die in Talkshows stets besonnen und unaufgeregt argumentierende Politikerin sogar einen Anschlussantrag aus ihrer Partei, den sie vor allem wegen ihres neuen Buches „Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ über sich ergehen lassen musste. Grund genug, sich einmal mit zentralen Aussagen des kürzlich erschienenen Werkes zu beschäftigen.

„Spaltung der Gesellschaft? Auch Sozialdemokraten und linke Parteien sind beteiligt“: So diagnostiziert Wagenknecht im ersten Teil ihres lesenswerten Buches eine „gespaltene Gesellschaft und ihre Freunde“ und beklagt darin ein vergiftetes Meinungsklima in Deutschland. Doch, man höre und staune, das sei keineswegs nur den bösen „Rechten“ und „Populisten“ geschuldet, wie offiziös behauptet wird, auch viele Sozialdemokraten und linke Parteien hätten daran ihren Anteil.

Angriffslustig und offenbar ohne größere Isolationsfurcht entlarvt Wagenknecht Punkt für Punkt Lebenslügen in maßgeblichen Teilen ihres „eigenen“ Lagers: „Ob Flüchtlingspolitik, Klimawandel oder Corona: Linksliberale Überheblichkeit nährt rechte Terraingewinne.“ Die erstarkte Rechte, so die Autorin, sei nicht die Ursache, sondern selbst das Produkt einer zutiefst zerrissenen Gesellschaft. Auf den Punkt gebracht schreibt sie: „Es hätte keinen Donald Trump und auch keine AfD gegeben, wenn ihre Gegner ihnen nicht den Boden bereitet hätten.“

Je lauter Rechte tönten, desto mehr fühlten sich Linksliberale in ihrer wenig überzeugenden Position bestärkt – das sei die zu registrierende Folge. Und im Echoraum einer engen Schein-Logik hält es dann erwartbar zurück, wie diese Beispiele zeigen: „Nazis sind gegen Zuwanderung? Also muss jeder Zuwanderungskritiker ein verkappter Nazi sein! Klimaleugner lehnen CO₂-Steuern ab? Also steckt wohl mit ihnen unter einer Decke, wer höhere Sprit- und Heizölpreise kritisiert. Verschwörungstheoretiker

verbreiten falsche Informationen über Corona? Wer anhaltende Lockdowns für die falsche Antwort hält, steht also mutmaßlich unter dem Einfluss von Verschwörungstheorien. Kurz: Wer nicht für uns ist, ist ein Rechter, ein Klimaleugner, ein Aluhut ... So einfach ist die linksliberale Welt.“

Kritik zielt auch ins linke Milieu

Kein Wunder also, dass die so Vorgeführten laut aufschreien wie die sprichwörtlich getroffenen Hunde. Doch die geben nicht nur in Wagenknechts Partei den Ton an. Das von ihr attackierte linksliberale Milieu – urban, divers, kosmopolitisch und individualistisch – zielt darüber hinaus vor allem tief ins grüne Milieu. Zusätzlich ergeben sich erhebliche Schnittmengen zur 68er-geprägten Sozialdemokratie einer Saskia Esken plus Kevin Kühnert, und selbst immer größere Teile der Unionsparteien sind nach 16 Jahren Merkel-CDU vom linksliberalen Virus befallen. Mit betrüblichen Konsequenzen, meint die streitbare Autorin: „Politische Konzepte für sozialen Zusammenhalt bleiben auf der Strecke.“

Insbesondere im zweiten Teil des Buches entwickelt die Volksvertreterin dann ein Programm, mit dem soziale Politik, die diesen Namen auch verdiene, wieder mehrheitsfähig im Sinne einer sozusagen „geläuterten Linken“ werden könnte. Dabei plädiert Wagenknecht in anschaulicher Weise für „Nationalstaat und Wir-Gefühl“ und begründet – jenseits unrealistischer One-Word-Ideologeme – weshalb die vermeintlich totgesagte Idee des Nationalstaates eine Zukunft hat. Mit diesem Weckruf positioniert sich die

wahrhaft linksintellektuelle Politikerin gegen die tonangebenden postnationalen Funktionseliten der Berliner Republik in Richtung EU-Zentralstaat ebenso wie gegen die „Nie-wieder-Deutschland-Linken“ (Claudia Roth), die mit der deutschen Nation ein grundsätzliches Akzeptanzproblem haben. Deren Mantra, es dürfe „kein Zurück zum Nationalstaat“ geben, widerspricht Wagenknecht.

Sie unterstreicht vielmehr: „Von einer Handlungsunfähigkeit der Nationalstaaten kann keine Rede sein. In jeder großen Krise, egal ob gerade die Banken kollabieren oder Corona die Wirtschaft in den Abgrund zieht, entpuppten sich die totgesagten Nationalstaaten sogar als einzig handlungsfähige Akteure.“ Zwar positioniert sie sich gegen einen völkischen Biologismus und schreibt unter Bezug auf Cornelia Koppetsch, dass die Identifikation mit der Nation eine progressive und keine regressive Kraft gewesen sei, „sondern eine unersetzliche Ressource für Gemeinsamkeit, gemeinsame Gestaltung und sozialen Ausgleich“.

Kurzum: Dass „links“ auch realpolitisch punkten kann, hat Wagenknecht mit ihrem höchst interessanten Buch in vielfacher Hinsicht bewiesen. Es kann daher empfohlen werden.



Sahra Wagenknecht: „Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt“, Campus-Verlag Frankfurt/Main 2021, gebunden, 345 Seiten, 24,95 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Neue Töne aus Sachsen am Volkstrauertag. Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) verlas auf dem Dresdner Nordfriedhof anlässlich der Kranzniederlegung des Landesverbandes des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) das Totengedenken. Hier fiel auch der Satz: „Wir gedenken der Opfer von Terrorismus und Extremismus, Antisemitismus, Rassismus und Islamismus in unserem Land.“ Die ursprüngliche Textgrundlage des offiziellen Gedenkens war 1961 vom VDK vorgelegt worden, der jeweilige Bundespräsident kann Überarbeitungen vornehmen. Hatte zu Beginn der gefallene oder in Gefangenschaft verstorbene Soldat noch eine eindeutig herausgehobene Stellung, so wurde das Gedenken im Laufe der Zeit auf viele andere Personengruppen ausgeweitet. Die letzte Ergänzung stammt von Frank-Walter Steinmeier. Dabei handelt es sich um besagten Satz, allerdings ohne Erwähnung des „Islamismus“. Das Hinzufügen war eine sächsische Eigenmächtigkeit – und vielleicht keine ganz unwesentliche Ergänzung. E.L.



Wie geht's jetzt weiter?

● STIMMEN ZUR ZEIT

Mit einem Stab von sage und schreibe neun Mitarbeitern auf Staatskosten geht Kanzlerin Merkel in den „Ruhestand“. Stephan Paetow fragt sich auf seinem Blog „spae-t-nachrichten.de“ (17. November), was das wohl zu bedeuten hat:

„Was Dr. Angela Merkel wirklich bezweckt, wird sie wohl selber am besten wissen. Sie hat viel gelernt in ihren Kanzlerjahren, besonders von Wladimir Putin. Wie der mit Spezi Medwedew die Rollen tauschte, ohne seine Macht zu verlieren etwa. Und weil sie keinen Medwedew hat, nimmt sie vielleicht einen Scholz. Aber der ist doch in einer anderen Partei, werden einige einwenden. Das ist das kleinste Problem – die CDU war für Merkel auch keine Partei, sondern nur eine Art Behelfsfahrzeug.“

Oskar Lafontaine zieht in der „Welt“ (18. November) eine bittere Bilanz über die Entwicklung seiner Partei Die Linke:

„Die Partei wollte grüner als die Grünen sein und hat sich auf deren bevorzugte Themen gestürzt: Klima, Gendern, Diversität, Migration. Aber während die Grünen zum Beispiel ihre überzogenen Forderungen zur Migration längst aufgegeben haben, heißt es bei der Linken immer noch: Jeder, der will, kann nach Deutschland kommen und hat einen Anspruch auf 1200 Euro monatlich. Bei solchen Forderungen aus dem Wolkenkuckucksheim schütteln Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner nur den Kopf und wenden sich ab.“

Gabor Steingart gibt im „Focus“ (22. November) der Politik eine erhebliche Mitschuld an dem Vertrauensverlust, den sie im Volk im Zuge der Corona-Krise erlitten hat:

„Die Dienst habenden Politiker in Bund und Ländern sind nicht die Erzeuger von Verschwörungstheorien. Aber sie erzeugen die wichtigste klimatische Zutat, um diese tödlichen Embryonen der Neuzeit ausbrüten und ins Monsterhafte wachsen zu lassen: Sie schüren Verwirrung. Und immer wieder nur das: Verwirrung.“

Ferdinand Knauss macht sich bei „Tichys Einblick“ (23. November) Gedanken über die Vergleiche, mit denen Gesundheitsminister Jens Spahn Impfstoffe anpreist:

„Der geschäftsführende Bundesgesundheitsminister zitierte ‚manche impfenden Ärzte‘, die angeblich sagten: ‚Biontech ist der Mercedes unter den Impfstoffen und Moderna ist der Rolls-Royce.‘ Angesichts der offensichtlichen Enttäuschung der ursprünglichen Erwartungen, die die Regierenden an Corona-Impfstoffe als Ausgang der Pandemie geweckt haben, könnte man eher an Auto-Marken wie Trabant und Wartburg denken.“

● WORT DER WOCHE

„Wieder einmal schürt ein Top-Politiker bewusst Angst vor dem Tod – um vom eigenen Versagen und dem der Regierung abzulenken.“

Jan W. Schäfer in der „Bild“-Zeitung (23. November) zur Behauptung von Gesundheitsminister Jens Spahn, am Ende des Winters werde „wahrscheinlich so ziemlich jeder in Deutschland geimpft, genesen oder gestorben“ sein

DER WOCHENRÜCKBLICK

Hetzen und jagen

Wie Spahn zum Schluss noch einmal alles gibt, und warum Realität wirklich Mist ist

VON HANS HECKEL

Das muss man ihm lassen, dem Jens Spahn. Der Gesundheitsminister bleibt sich treu bis in die letzten Minuten seiner Amtszeit und macht mit respekteinflößender Geradlinigkeit alles, aber auch alles falsch, was man vermessen kann. So was kann man sich doch gar nicht ausdenken: Da trommeln sie zum Impfen, Impfen, Impfen, dass uns die Ohren klingeln – und der zuständige Kabinettsheini schaufelt die meistbegehrten Vakzine der Marke Biontech millionenfach aus dem Lande, sodass er sie jetzt rationieren muss.

Nur einmal hätte Spahn beinahe etwas richtig gemacht bei der Impfkampagne, als er 2020 mit seinen Amtskollegen aus Frankreich, Italien und den Niederlanden die Vakzin-Beschaffung koordinieren wollte, und zwar für die gesamte EU. Dem Minister war wohl von seinen Fachbeamten gesteckt worden, dass die EU-Kommission gar nicht die Kompetenz auf die Kette bringt, um so etwas zu stemmen.

Um ein Haar wäre das glattgegangen und Spahn endlich mal etwas gelungen. Da wurde seine Herrin auf den Vorgang gerade noch rechtzeitig aufmerksam und haute ihrem Gesundheitsminister heftig auf die Flossen. Spahn blies die Sache sofort ab und entschuldigte sich sogar untertänigst für seinen versuchten Erfolg. Von da an ging alles wieder so weiter, wie wir es von Jens Spahn gewohnt sind, nämlich schief.

Dass er seinen neuesten Bauchklatscher bei der Impfkampagne ausgerechnet mit einer Art Todesdrohung gegen Impfskeptiker garniert (nach dem Winter entweder „geimpft, genesen oder gestorben“), statt die Sache wenigstens herunterzureden, mag Außenstehende verblüffen. Uns nicht! Wie kennen unseren Spahn. Nur so einer schafft es, seine atemberaubende Stümperei mit einer sogar noch himmelschreienderen Kommunikation zu krönen.

Allerdings wissen viele Menschen solche besonderen Fähigkeiten, wie sie Jens Spahn hervorbringt, kaum zu schätzen. Sie reagieren wütend auf das politische Dauerversagen. Das bereitet den Dauerversagern begrifflicher Weise Sorge. Öffentlich beteuern sie zwar immerfort, dass sich jeder impfen lassen sollte. Aber insgeheim sind sie doch heilfroh, dass sich Millionen Ungeimpfte im Lande tummeln. Denn wer alles verbockt, der

benötigt einen Bock, einen Sündenbock, auf den er die wütende Masse hetzen kann. Wenn sich die Leute im Volk gegenseitig aufs Korn nehmen, lassen sie die Obrigkeit in Ruhe, so war das schon immer: Spalte und herrsche!

Das jüngste Versprechen, nämlich, dass es keinen Impfwang geben werde, wird gerade kassiert. Oder doch nicht? Eine Journalistin, die für eine angesehene Tageszeitung arbeitet, hat da gerade etwas zurechtgerückt: Von einem „Impfwang“ könne bei einer allgemeinen Impfpflicht nicht die Rede sein.

Wie? Ja, genau: Ein „Zwang“ wäre es erst, wenn die Unwilligen von der Polizei abgeholt und zur Impfung vorgeführt würden. Stattdessen würden ja nur Geldstrafen verhängt. Mit anderen Worten: Eine „Pflicht“ ist nur dann „zwingend“, wenn sie mit roher Gewalt durchgesetzt wird. Darauf muss man erst mal kommen.

Aber solche Verrenkungen sind gewiss nur von vorübergehender Natur. Die machen sie, solange sie meinen, ihren autoritären Geist noch nicht ganz aus der Flasche lassen zu dürfen. Hubertus Heil hat solche Manschetten längst abgelegt. Die Pflicht zu 3G am Arbeitsplatz sei ja richtig, so der Arbeitsminister. Aber der Prüfaufwand sei doch recht hoch, „einfacher“ wäre der Impfwang.

Wut über das Rittenhouse-Urteil

Da hat der Herr Heil einen wahren Kern getroffen. Vieles in diesem Land ist zu umständlich. Wir könnten alles viel einfacher haben. Nehmen wir nur dieses Gewürge mit den demokratischen Wahlen. „Einfacher“ wäre es, die Regierung würde ernannt, wie schon in vielen Ländern in Geschichte und Gegenwart. Die Ernennung könnte „einfach“ eine Einheitspartei übernehmen oder ein Obristenrat.

Bleibt die Frage, wer den Sündenbock gibt, wenn alle zwangsgeimpft sind. Auf wen lenken die Politiker die Hetzjagd dann? Ach, als nächstes kommen dann eben die Ungeboosterten dran, die wachsen ja automatisch nach. Moment mal. Haben wir da gerade „Hetzjagd“ gehört? So ein hässliches Wort wollen wir hier nicht. Hetzen tun immer nur die anderen, und was eine Hetzjagd ist, wird allein von oben entschieden.

In Chemnitz 2018 beispielsweise, das war eine Hetzjagd, auch wenn die damals keiner gesehen oder erlebt hat. Die Kanzlerin hatte so entschieden, und wer widersprach, konnte selbst aus den höchsten Positionen fliegen.

—
3G sei gut,
aber „einfacher“
wäre der
Impfwang, sagt
Hubertus Heil.
Ach! Wir
könnten so
viele
„einfacher“
haben, wenn
wir nur wollten



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Bei den tödlichen Vorfällen im US-amerikanischen Städtchen Kenosha war dagegen kaum je von einer Hetzjagd die Rede. Da hatte lediglich der damals 17-jährige Kyle Rittenhouse, ein „Rechter“, zwei Linksextremisten erschossen. Dass ein Video eindeutig zeigt, wie der junge Mann, sichtlich bewaffnet, von einer Meute gejagt und schließlich zu Boden gerissen wird, woraufhin er das Feuer eröffnet, spielte irgendwie keine Rolle. Rittenhouse war der Böse. Doch nun wurde er in allen Punkten freigesprochen, es war Notwehr. Die fortschrittliche Welt ist außer sich vor Wut.

Ja, diese Trump-Anhänger und die amerikanischen Waffengesetze! Die Gesetze müssten dringend geändert werden, hören wir überall. Und dann? Da auf dem Video weit und breit keine Polizei zu sehen ist, hätte Rittenhouse ohne sein Gewehr nicht die geringste Chance gehabt und die anderen hätten gewonnen, die in der Nacht die Stadt in eine Bürgerkriegszone verwandelt, geplündert, geprügelt und gebrandschatzt hatten. Ist es das, was die „kritischen Stimmen“ zum Rittenhouse-Freispruch lieber gesehen hätten?

Unter dem Schlachtruf „Defund the Police“ forderten linke Gruppen in den USA vergangenes Jahr, der Polizei die Mittel zu entziehen. Wenn dann die Bürger auch noch per Gesetz entwaffnet werden, gehört die Stadt endgültig der Antifa, „Black Lives Matter“ und den Gangs der Plünderer. Wäre das nicht schön? Nur leider sieht die Realität anders aus. Die US-Waffengesetze sind, wie sie sind, und die von der Polizei alleingelassenen Bürger wehren sich selbst, mit allen blutigen Folgen.

Ja, diese verfluchte Realität. Immer wieder hat sie linke Träume platzen lassen, auch auf ganz anderen Gebieten: Die Energiekosten könnten gar nicht hoch genug sein, heißt es aus dem grünlinken Lager, weil Haushalte und Unternehmen dann weniger Energie verbrauchten, und das nütze dem Klima.

Nun hat eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages zutage gefördert, dass jedes neunte deutsche Unternehmen seine Investitionen in „Klimaschutz“ zurückstellt, weil es die rasant gestiegenen Energiekosten kaum noch berappen kann. Allein die Strompreise seien für deutsche Mittelständler doppelt so hoch wie für ihre Wettbewerber in Frankreich.

Da blockiert „klimaschützende“ Hochpreispolitik im Energiesektor also ausgerechnet die „Klimaschutz“-Investitionen. Realität ist wirklich Mist.